

WILLIAM W. DOUGLAS

Auswirkungen alliierter Kriegspropaganda nach 1945

"Die Deutschen sind das beliebteste Volk in Rußland"

Michail Gorbatschow am 28. Juni 2007
auf einer Großveranstaltung in Mönchengladbach.

Rheinische Post, Mönchengladbacher Stadtpost, 29. Juni 2007

Diese Äußerung des letzten Generalsekretärs der Kommunistischen Partei Rußlands und Staatspräsidenten der Sowjetunion, der auch dem deutschen Volk den Weg zur Wiedervereinigung, wenn auch nur in den Grenzen gemäß der Potsdamer Konferenz von 1945 ohne die vorläufig polnischer Verwaltung unterstellten Gebiete eröffnet hat, ist eine demonstrative Widerlegung einer über 60-jährigen weltweit betriebenen antideutschen Greuelpropaganda! Offensichtlich haben die deutsche Besatzung, die Behandlung russischer Kriegsgefangener, der zivile Fremdarbeitereinsatz, aber auch die inzwischen bekanntgewordenen neuen Erkenntnisse über die Kriegsschuld und das Kriegsgeschehen im russischen Volk einen ganz anderen Eindruck hinterlassen, als jenen, den eine jahrzehntelange Kriegsgreuelpropaganda der Sowjetunion und der westlichen Imperialstaaten vermittelt hat.

Wäre Michail Gorbatschow deutscher Staatsbürger, hätten gewiß auf ihr Volk als das der "Täter und Mörder" abgerichtete brd-Staatsanwälte, Richter und Behördenleiter für ihn strafrechtlich relevante Sprüche gefunden (z.B. über 2½ Jahre Gefängnis und Gewerbeentzug -- wie man es mit dem deutschen Historiker Dipl. Pol. Udo Walendy praktizierte *) --, ihn zu verurteilen, weil er

"versucht habe, das deutsche Volk von der ihm auferlegten Erbsünde zu befreien."

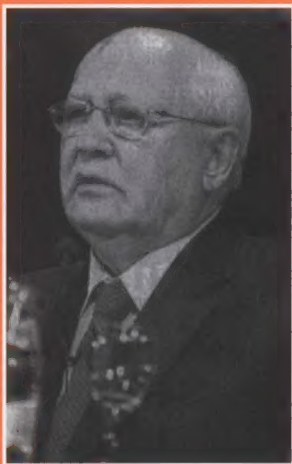
Die Geschichtsbücher in Rußland waren schon nach dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 unter Nikita Chruschtschow -- wenn auch nur in Ansätzen -- umgeschrieben worden. Die westlichen Politiker und Mediengestalter haben jedenfalls in diesem Umdenkungsprozeß für die Geschichtsschreibung und Beurteilung des deutschen Volkes noch Vieles nachzuholen, haben sie sich doch ebenfalls mit den Tatsachen auseinanderzusetzen, die der deutsche Luftwaffenoberst und hoch dekorierte Fliegerheld Hajo Herrmann in einem Interview in die Worte gefaßt hat:

"Die heutigen Begegnungen der alten Gegner offenbarten ein Erwachen aus dem Getöse der abgestandenen, gehässigen Propaganda der Kriegszeit. Deutlich wurde, daß der uns so nahe folkloristisch bekannte »Yankee«, »Tommy« oder »Iwan« keineswegs den Geißel über uns ausspie, sondern eine Minderheit der Machtgierigen wie Morgenthau, Kaufman, Mizer, Hooton oder Ehrenburg, die die Vernichtung des deutschen Volkes zu betreiben suchten. Als Besatzungssoldat hatte inzwischen auch der alte Gegner erkannt, was er uns an vielfachem Leid zugefügt hatte."

— Deutsche Nationalzeitung,

München 8.6.2007.

*) Historische Tatsachen Nr. 77, S. 38.



WILLIAM W. DOUGLAS

Auswirkungen alliierter Kriegspropaganda nach 1945

The First Amendment (Die erste Verbesserung, Ergänzung) zur Verfassung der USA

"Der Kongreß darf kein Gesetz erlassen, welches eine (Staats-) Religion einführt, oder die Ausübung irgendeiner Religion behindert. Ebenfalls darf kein Gesetz erlassen werden, welches die Redefreiheit und die Freiheit der Presse verbietet, oder das Recht des Volkes beschränkt, sich friedlich zu versammeln und sich zur Behebung von Mißständen an die Regierung zu wenden."

Wenn auch BRD-Grundgesetz Art. 19, Abs. 2 verfügt:
"In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden",

so lautet doch Art. 5 GG, Abs. 2:

"Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze. ..."

Hiermit ist ein Freibrief für Willkür erstellt worden, der erlaubt und dazu geführt hat, Wesentliches wieder aufzuheben.

Als US-Publizisten sind wir durch unser First Amendment vor solchen Tricks rechtlich abgesichert und sehen uns auch gemäß unserem Verständnis von der "freien Welt" verpflichtet, andere Völker unter das gleiche Recht zu stellen.

INHALT

Polnischer Widerstand	3
Stabshauptamt volksdeutsche Mittelstelle	4
Bandenbekämpfung der Wehrmacht	9
IKRK über Theresienstadt	10
1943 "Gaskammern" behauptet, wieder gestrichen	13
Germar Rudolf Gutachten = wissenschaftlich	14
Polnisches Vernichtungslager Lamsdorf	15
Polnisches Vernichtungslager Zgoda	20
Zeittypische Vernichtungskriegs-Propagandisten	23
Drohung eines polnischen Dogmatikers	29
"Entfesselter Terror"	30
Tragödie ungeheuren Ausmaßes	31
Rudolf Augstein durfte es bekanntmachen	32
Museum des Hasses	33
Ersatz für historische Beweisführung?	33
Einführung der "6 Millionen" in das IMT 1945	35
Bild-Zeitung diffamiert deutsche Geschichte	36
Recycling the Gassing Story	37
Vergleich Irak-Krieg 2003 mit Polenfeldzug 1939	37
"Kein Anspruch aufs Völkerrecht"	40

Israels Justizminister Hajim Ramon

"Natürlich wird es durch die Ausweitung des Krieges weitere zivile Opfer geben im Libanon. Aber es ist mir immer noch lieber, als wenn israelische Kinder getötet werden."

Originalzitat der Tageszeitung *Haaretz*,
Evelyn Hecht-Galinski (Tochter von Heinz Galinski, eh.
Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland) in einem
Leserbrief an die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*
vom 16. August 2006

Polens "Friedensliebe" 1931

Im Frühjahr 1931 gab die der polnischen Regierung nahestehende Zeitschrift *Mocarstwowie (Großmacht)* die Parole aus:

"Wir wissen, daß der Krieg zwischen Polen und Deutschland nicht zu vermeiden ist. Wir müssen uns auf diesen Krieg systematisch und mit aller Energie vorbereiten. Die heutige Generation ist dazu berufen, in die Geschichte Polens einen neuen Sieg bei Grunwald einzutragen. Dieses Grunwald werden wir aber in den Vororten von Berlin erkämpfen. Unser Ideal ist Polen im Westen durch die Odergrenze und die Lausitzer Neiße abzurunden und wiederum uns Ostpreußen einzuverleiben, von dem Pregel bis zur Spree. In diesem Kriege wird es keine Gefangenen geben und wird kein Platz für menschliche Regungen sein. Durch den Krieg mit Deutschland werden wir die Welt in Erstaunen versetzen."

Axel Schmidt, "Gegen den Korridor -- Polnische Zeugnisse und Tatsachen", Berlin 1931, S. 10

Copyright by **THE BARNES REVIEW (TBR Co)**
645 Pennsylvania Ave. S.E.
Washington D.C. 20003 - USA
2007

Halten Sie Kontakt mit unseren Büros in Europa:

Barnes Review	Barnes Review
P.O. Box 243	Siegfried Verbeke
Uckfield	Posbus 46
East Sussex TN 22 9AW	B 2600 Berchem 1
England	

Deutschland: Verlag für Volkstum + Zeitgeschichtsforschung
Postfach 1643, D 32590 Vlotho/Weser

ISSN 0176 -

Polnischer Widerstand

Nicht vergessen werden sollte das Buch "Die Polen in der polnischen Widerstandsbewegung 1939-1945", Warschau 1975, Polnischer Staatsverlag INTERPRESS.¹⁾

Sozusagen amtlich wird hier bescheinigt, daß die polnischen Untergrundkämpfer sich gar nicht erst an dem Verhalten der deutschen Besatzungstruppen orientiert, sondern ihre hinterhältige und grausame Strategie sowie Kampftechnik schon lange vor der militärischen Auseinandersetzung festgelegt hatten und sofort mit Kriegsbeginn umzusetzen begannen. Diesen Sachverhalt haben bereits zahlreiche andere polnische Veröffentlichungen, auf die z.T. in den *Historischen Tatsachen* hingewiesen worden war (z.B. in *HT* Nr. 59 und Nr. 83 S. 25 ff), bestätigt.

Mag auch nach Kriegsende den polnischen Untergrundkämpfern eine "Heldenbilanz" in nicht immer belegbare Größenordnung zugeschrieben worden sein, so ist doch unbestritten, daß ihre im Verlauf des Krieges immer spektakulärer werdenden Einsätze aus dem Hinterhalt die deutsche Besatzungsmacht permanent stark getroffen und ein Ausöhnungsverhältnis grundsätzlich sabotiert haben, gingen sie doch ebenso hinterhältig und grausam auch gegen ihre eigenen Landsleute vor, die unter legalen Verhältnissen mit den Deutschen leben wollten.

Zu den von der Widerstandsbewegung angewandten Kampfmitteln

"gehörten vor allem der Kampf gegen den Polizeiapparat, die Befreiung von Häftlingen, die Beseitigung von Spitzeln und Kollaborateuren, Attentate und Vergeltungsaktionen gegen Funktionäre der Polizei und der Sicherheitsorgane. ..."

Sabotage in der Rüstungsindustrie, im Transportwesen und in der Landwirtschaft. ... Die Sabotage umfaßte vielfältige Formen: Sie reichte vom passiven Widerstand, Vortäuschen von Arbeitsunfähigkeit, Fehlen, Flucht einzelner Personen und ganzer Gruppen – bis zum Verursachen von Ausschuß, zu Streiks ... und zur Zerstörung von Maschinen und Anlagen, sogar ganzer Werkhallen und Betriebe."

Die 1½ Millionen vom "Bund der Polen in Deutschland" mit langjähriger Kampferfahrung geführten Auslandspolen in Deutschland haben sich auf Sabotage und Diversionen-, also Zerstörungsakte in der deutschen Landwirtschaft konzentriert.

"Durch Anwendung spezieller Impfstoffe" seien "im Laufe von 3 Jahren 18.000 Schweine, 1.400 Rinder, 112.000 Stück Geflügel, 246 Pferde und 200 Schafe" verendet.

"Beim Kartoffellegen blieben 25% der Furchen unbepflanzte. ... In den Konzentrationslagern bildeten die polnischen Häftlinge eigene illegale Komitees und Gruppen der Widerstandsbewegung. ..."

Die im Herbst 1939 im KL-Buchenwald aufgebaute polnische Untergrundbewegung habe aus 850 militärisch organisierten Kämpfern bestanden, die "über 92 Gewehre, Handgranaten, Pistolen, Stichwaffen und sogar ein schweres Ma-

schinengewehr verfügt haben". Wie das möglich war und wie sie diese Waffen zum Einsatz gebracht haben, wird allerdings nicht beschrieben.

Beachtlich sind die Feststellungen über die Kriegsgefangenenlager. Hier

"entfalteten die Untergrundorganisationen ihre geheime Tätigkeit vorwiegend unter dem Deckmantel legaler, in Lagervorschriften und Anordnungen der Lagerverwaltung vorgesehenen Maßnahmen.

Die Gefangenen genossen relative Freiheit: Sie hatten beschränktes Recht auf Selbstverwaltung, kulturelles Leben, Weiterbildung, Selbsthilfe usw., was in Konzentrationslagern streng verboten war.

Diese relative Freiheit bot die Voraussetzungen für die Untergrundtätigkeit. Sie betrieben Spionage für die Alliierten. Sie verübten bewaffnete Überfälle auf Deutsche. ..."

Auf Seite 194 wird gerühmt, daß die Polen unter den ausländischen Zwangsarbeitern bei der Entwicklung des antifaschistischen Kampfes eine ansehnliche Rolle gespielt haben.

"Zu den Aufgaben der Partisanenabteilungen der GL (Volksgarde) gehörten Diversionen auf Eisenbahnlinien und Straßen, Desorganisation der Verwaltung des Okkupanten, Selbstverteidigung des Terrains durch Zerstörung der Gendarmerie- und Polizeiposten, die Befreiung von Gefangenen, Liquidierung besonders schädlicher Nazis sowie von Verrätern und Spionen, die Störung der Produktion in den Fabriken und Hütten, Sprengung der Hochspannungsmasten und Gasleitungsrohre, Entgleisung der Versorgungstransporte, Zerstörung der Holzbrücken. ..."

Von Ende September 1939 bis 1945 habe es 300 illegale Organisationen als militärische, paramilitärische und gesellschaftspolitische Widerstandsvereinigungen gegeben.

Im Untergrund haben ungefähr 600.000 Polen aktiv gekämpft, davon 100.000 in militärischen Kampfeinheiten.

Auch die Bauern wurden in die Partisaneneinheiten eingereicht und die Dörfer "zur Basis der Partisanenbewegung gemacht". Den Kampfmethoden der Organisatoren dieser Partisanenbanden entsprach es, die Bauern zu zwingen, mit ihnen mitzukämpfen, andernfalls ihre Ernte und Gehöfte in Flammen aufgehen und ihre Familien umgebracht würden.

Allein auf dem Gebiet des Generalgouvernements wurden 1.518 Überfälle auf Eisenbahnzüge oder Gleissprengungen durchgeführt, 187 Zerstörungsakte auf Straßenbahnen verübt, 135 Brücken und 2.000 Dreschmaschinen zerstört. Wieviel Gehöfte ihrer eigenen Landsleute sie angesteckt, wieviel eigene Volksangehörige sie ermordet haben, wieviel Elend sie überhaupt über ihr eigenes Polen gebracht haben, darüber schwiegen sich die Berichtersteller weitgehend aus.

Alles Leid wurde kurzerhand den Deutschen angelastet, und in Warschau sogar ein Denkmal zur Erinnerung an die Katynopfer aufgestellt mit einem Verdammungstext gegen "die deutsch-faschistischen Massenmörder", obgleich jeder Pole seit Jahrzehnten wußte, daß jene Täter die Sowjets waren.

1) Eugeniusz Duraczynski, (Hrsg. = Mieczysław Juchniewicz), Warschau 1957, 198 Seiten.

Eidesstattliche Erklärung zum Stabshauptamt der Volksdeutschen Mittelstelle ²⁾

"Ich, **Siegfried Golling**, geb. 5.8.1906 in Stettin, Regierungsrat beim Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums, Stabshauptamt, z.Zt. im Untersuchungsgefängnis Nürnberg, being duly sworn depose and say:²⁾

Ich war vom 1.9.1940 bis 1945 juristischer Sachbearbeiter in der Abteilung Landwirtschaft des Stabshauptamtes. Als solcher hatte ich nicht nur die juristischen Fachfragen dieser Abteilung zu bearbeiten, sondern war insbesondere auch damit beauftragt, die Zusammenarbeit mit den anderen Abteilungen des Stabshauptamtes und mit anderen Behörden aufrecht zu erhalten.

Auf Grund der durch meine Arbeit erworbenen Kenntnisse erkläre ich zu den in der Anklage gegen die SS mit dem Wort "Germanisierung" zusammengefaßten Vorwürfe, sowie sie in der Anklagerede vom 14./15. 12.1945 Seite 1298 ff des amtlichen Protokolls unter Ziffer 2 a bis f erwähnt sind:

a)

Der Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums hat sich mit der Ausnützung der Produktionsmöglichkeiten in den eingegliederten Ostgebieten, deren Ergebnisse der nationalsozialistischen Kriegsmaschine zustatten kommen sollten, nicht beschäftigt. Die Organisation der gewerblichen Wirtschaft, insbesondere der Industrie, waren Angelegenheit des Wirtschaftsministeriums, des Ministeriums für Bewaffnung und Munition oder **Görings** und des Vierjahresplans.

b)

Mit der Behandlung der Polen in den eingegliederten Ostgebieten hatten die Behörden des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums -- Stabshauptamt und Volksdeutsche Mittelstelle -- nichts zu tun, da die Bearbeitung aller Fragen der fremden Minderheiten schon vor Gründung des Stabshauptamtes von **Himmler** dem Chef des Reichssicherheitshauptamtes **Heydrich** übertragen worden waren und **Himmler** dem Stabshauptamt verboten hatte, in die Bearbeitung dieser Fragen irgendwie einzugreifen. **Heydrich** und die Staatspolizei sahen in der Behandlung der fremden Minderheiten immer nur die sicherheitspolizeiliche Aufgabe und sie bemächtigten sich ganz und gar dieses Aufgabengebietes. Die Beamten des Stabshauptamtes haben verschiedentlich versucht, diesen polizeilichen Betätigungsdrang einzuschränken. Der sachverständige Abteilungsleiter **Dr. Stier** gebrauchte z.B. ständig die Worte, daß man Volkstumpolitik nicht mit dem Polizeiknüppel machen dürfe, aber gegenüber der Bedeutung **Heydrichs** blieben derartige Versuche ohne Ergebnis. Infolgedessen wurde auch das Stabshauptamt über die Evakuierungsaktionen der Verwaltungsstellen in Westpreußen und Posen, die in der Hauptsache bereits abgeschlossen waren, ehe seine Tätigkeit überhaupt aufgenommen hatte, nicht einmal unterrichtet und konnte sich z.B. nur mit Schwierigkeiten die statistischen Berichte, die in PS-2916 Band I veröffentlicht sind, verschaffen. Nachdem die Hauptmasse der Evakuierungen Ende Oktober 1939 erledigt waren, sind meines Wissens von der Staatspolizei nur noch kleine örtlich begrenzte

Evakuierungsaktionen durchgeführt worden.

Anfang 1941 verbot **Himmler** als Reichskommissar weitere Evakuierungen völlig. Dieses Verbot wurde nach außen hin mit Verkehrsschwierigkeiten begründet.

Diese sogenannten Evakuierungen durch örtliche Verwaltungsstellen in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Polenfeldzug und die Aktionen der Staatspolizei waren in Wirklichkeit Umsiedlungen der Polen in das Generalgouvernement, dessen Regierung für die Aufnahme, Unterbringung und Betreuung der Umsiedler verantwortlich war. Diese Maßnahmen unterschieden sich in keiner Weise von der jetzt 1945/46 durchgeführten Umsiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei.³⁾ An allen diesen Vorgängen war die SS als Organisation weder jemals beteiligt, noch auch hatte sie eingehende Kenntnis davon, wie die deutsche Öffentlichkeit.

c)

Mit der Deportation von Polen als Arbeitskräfte für das Reich oder gar für die Konzentrationslager ist das Stabshauptamt niemals befaßt gewesen. Seine Aufgabe "Hereinholung Deutscher ins Reich und ihre Ansiedlung" hatte es zu einer diametral entgegengesetzten Haltung gezwungen, da die **Sauckel**-Aktion die vom Stabshauptamt für die Deutschen benötigten Arbeitsplätze mit fremden Staatsangehörigen besetzte und damit die Arbeit des Stabshauptamtes behinderte. Denn es befanden sich in den Lagern der Volksdeutschen Mittelstelle, noch rund 500.000 Deutsche, für die weder Arbeit noch Wohnungen zu beschaffen waren, weil die Betriebe genügend billigere ausländische Arbeitskräfte durch die Aktion **Sauckel** erhalten konnten.

d)

In den 1918/19 vom deutschen Reich abgetrennten Teilen der damaligen Provinzen Posen und Westpreußen wohnten 1939 noch immer 600.000 Deutsche, nachdem bereits in den Jahren nach der Abtrennung über 1 Million ausgewandert⁴⁾ waren.

Nur dieser völkerrechtlich durch die Minderheitenschutzverträge längst anerkannte Bevölkerungsanteil in den eingegliederten Ostgebieten sollte und konnte durch die deutsche Volksliste erfaßt werden. Die Aufnahme in die deutsche Volksliste geschah auf freiwillige Meldung (vgl. Abs. 15 und 21 der Durchführungsbestimmungen des Reichsministeriums des Innern vom 13.3.1941, 2916-PS Band 1941, Seite 196).

Die deutsche Volksliste ist kein Werk der SS, sondern wurde durch eine Verordnung der Reichsregierung vom 4.3.1941 ordnungsgemäß als gesetzliche Einrichtung geschaffen. Das Dokument in PS-2916 vom 12.9.1940 (USA Beweisstück Nr. 307) ist ein Schreiben **Himmlers** an den Reichsinnenminister, das er als Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums verfaßte. Die Verordnung vom 4.3.1941 hat der Reichsinnenminister mit den ordentlichen Verwaltungsbehörden, den Landräten, Regierungspräsidenten und Reichsstatthaltern (Oberpräsidenten) durchgeführt. Die SS hat die Verordnung nicht durchgeführt.

Der mir vorgelegte Erlaß **Himmlers** vom 16.2.1942 (R 112, USA Beweisstück Nr. 309) (S I) AZ Nr. 420 VII /41 - 1761) betrifft

2) IMT-Protokolle Bd. XLII S. 621 ff. -- Affidavit SS 71.

3) Für die Vertreibungsmethoden der Tschechen 1945 gegenüber den Sudetendeutschen gibt es keine vorausgegangenen deutschen Vergleiche! Hier hat sich Herr **Golling** im Ausdruck verirrt.

4) Wenig später gab Herr **Golling** zu, daß diese "Auswanderung" eine erzwungene, also eine Vertreibung war.

Deutschstämmige, die ihre Eintragung in die deutsche Volksliste nicht beantragen, ist ein von **Himmler** persönlich unterzeichneter Erlaß der Staatspolizei. Das ergibt sich aus dem Aktenzeichen. Er berührt einen in das Arbeitsgebiet der Staatspolizei gehörenden besonderen Tatbestand. Dabei widerspricht er dem vom Innenminister vor und nach dem Erlaß festgehaltenen Grundsatz, daß die Anmeldung zur deutschen Volksliste freiwillig war. Er führte keine Änderung dieses Grundsatzes herbei. Er trat lediglich der, besonders in Westpreußen erkennbar gewordenen Absicht entgegen, daß Deutsche sich durch Unterlassung des Antrages der Wehrpflicht entzogen. Wie weit der Erlaß überhaupt angewandt wurde, war im Stabshauptamt unbekannt. Jedenfalls änderte er an dem Grundsatz, daß nur Deutsche zum Bekenntnis der Zugehörigkeit zum deutschen Volk durch ihren Antrag zugelassen wurden, nichts.

Die in R 112 gleichfalls enthaltenen 3 weiteren Erlasse vom 26.2.42 betreffend Behandlung der in Abt. 4 der deutschen Volksliste eingetragenen Personen,

vom 1.7.1942 betreffend Umsiedlung der Angehörigen der Abt. 4 der deutschen Volksliste und

vom 28.7.1942 betreffend Umsiedlung und Einsatz der Angehörigen der Abt. 4 der deutschen Volksliste sind in der Hauptsache Erlasse der Staatspolizei.

Der erste Erlaß ist von ihr ohne Mitwirkung des Stabshauptamtes herausgegeben worden. Es widersprach auch der Regelung und versagte seine zur Durchführung notwendige Mitarbeit, weil es eben diese Methoden des Polizeiknüppels bekämpfte. Deshalb hatte die Staatspolizei durch den Erlaß vom 1.7.1942 die Anwendung auf Einzelfälle beschränken müssen. Erst dann wurde durch den Erlaß vom 28.7.42 die Durchführung für Einzelfälle – dies wurde ausdrücklich betont – möglich gemacht. Tatsächlich wurde aber durch den Widerspruch des Stabshauptamtes die Durchführung überhaupt verhindert. Diese Erlaßsammlung war keine "Germanisierungsaktion", sondern nur der Versuch der Staatspolizei, in die Behandlung von Deutschen einzugreifen, die sich als solche im Verhältnis zum polnischen Staat nicht bewährt hatten.

e)

Die Ansiedlung von Deutschen ist unterblieben. Es ist zu diesem Zweck auch kein Landbesitz beschlagnahmt worden.

f)

Die Beschlagnahme von Privatbesitz erfolgte weder durch die SS noch durch das Stabshauptamt des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums, sondern durch den Vierjahresplan und das Reichsernährungsministerium mit Hilfe von dessen Generalverwalter. Die dem Reichskommissar gestellte Aufgabe diente lediglich der Durchführung der Verordnung über die Beschlagnahme in den besetzten, ehemals polnischen Gebieten vom 5.10.1939 (Verordnungsblatt für die besetzten Gebiete in Polen, Seite 25) und der Nachprüfung der Tätigkeit des Generalverwalters im Einzelfall (vgl. Verordnung über die öffentliche Bewirtschaftung land- und forstwirtschaftlicher Betriebe und Grundstücke in den eingegliederten Ostgebieten vom 12.2.1940 Reichsgesetzblatt I Seite 355). Die in der Verordnung vom 17.9.1940 (Reichsgesetzblatt I Seite 1270 Beschlagnahme) genannte Tätigkeit des Reichskommissars war keine Eigentumsänderung, hatte keinen Besitzwechsel zur Folge, bedeutete keinen Eingriff in die Wirtschaftsführung, war keine Veranlassung zur Evakuierung oder Deportation der Zivilbevölkerung, bereitete nicht die Ansiedlung mit Deutschen vor. Alle solche Maßnahmen kamen nach § 4 und 3 der Verordnung vom 12.2.1940 als unzulässig nicht in Betracht und wären unwirksam gewesen.

Diese Beschlagnahme konnte deshalb auch **nicht** dafür dienen, Anhängern der NSDAP oder Angehörigen der SS Landbesitz als Belohnung zu verschaffen, was vom Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums sowieso verboten war, und war auch nicht geeignet, den Umsiedlern Landbesitz zu verschaffen, um ihnen einen Ausgleich für ihr im Herkunftsland zurückgelassenes Vermögen zu geben. All das kommt in dem Dokument R 92 USA-Exh. 312 (Interne Richtlinien für die Anwendung der Verordnung vom 17.9.1940) in den Bemerkungen in Ziffer 1 und 2 zu § 4 und in Ziffer 7 zu § 9 zum Ausdruck, wo auf die Bestimmungen der Verordnung vom 12.2.1940 hingewiesen ist. Die Statistische Meldung in R 92 gibt den Umfang der Tätigkeit des Generalverwalters bei der Beschlagnahme wieder. Die 4 Bodenämter, die in der Meldung genannt sind, umfassen den ganzen Raum der eingegliederten Ostgebiete.

Das Beschlagnahmerecht benutzte das Stabshauptamt als Handhabe zur Unterbringung von Umsiedlern. Umsiedler sollten während des Krieges nur **provisorisch** als Treuhänder untergebracht werden, ohne daß damit ihre endgültige Ansiedlung schon gesichert würde. Zu diesem Zweck veranlaßte das Stabshauptamt den Generalverwalter, die Umsiedler als Treuhänder einzusetzen, obwohl sich der Generalverwalter bereits mit anderen Mitarbeitern versorgt hatte und diese nun wieder entlassen mußte. Unter ihnen befanden sich zahlreiche, die die von ihnen bewirtschafteten Betriebe zu erwerben gehofft hatten, insbesondere solche, die nach 1918 aus den ehemals deutschen Provinzen Posen und Westpreußen hatten abziehen müssen. Auch deren Wiedergutmachungswünschen gegenüber setzte das Stabshauptamt seine Absicht durch, konnte das aber erst mit Hilfe der Verordnung vom 17.9.1940 erreichen.

Unabhängig davon, daß es gar nicht die Absicht des Stabshauptamtes war, die Umsiedler schon während des Krieges endgültig anzusiedeln, es hätte dies nach Ziffer III des Führererlasses vom 7.10.1939 (PS-686) auch gar nicht gekonnt, weil hierdurch dem Reichsernährungsminister die Aufgabe der landwirtschaftlichen Siedlung vorbehalten war. Insoweit hatte sich der Führererlaß an das Gesetz über die Neubildung deutschen Bauentums, das etwa im Juli 1933 erlassen war, gehalten. Der Reichskommissar, Stabshauptamt, konnte und sollte sich nicht über die alten Prinzipien der ländlichen Siedlung und der Agrarreform hinwegsetzen.

Nach den Erläuterungen Ziffer 2 zu § III im R 92 waren den Dienststellen des Reichskommissars **grundsätzlich** Einziehungen, d.h. Enteignungen untersagt worden. Es sind Einziehungen auch nur auf Grund besonderer für den Einzelfall gegebener Anweisung des Stabshauptamtes vorgenommen worden. Darüber hinaus waren keine Einziehungen geplant, da die Erfordernisse der Nachkriegszeit nicht zu übersehen waren. Sonderanweisungen wurden nur gegeben, wenn aus kriegswichtigen Gründen ein Eigentumswechsel unvermeidlich war, so bei der Beschaffung von Land zwecks Anlage von Truppenübungsplätzen, Flugplätzen, Industriewerken, aber nicht zwecks Ansiedlung. Solche Maßnahmen wurden auch im alten Reichsgebiet in zahlreichen Fällen durchgeführt und hatten umfangreiche Besitzveränderungen unter der deutschen ländlichen Bevölkerung zur Folge. Es kann keinesfalls als eine Ausplünderung der Zivilbevölkerung eines besetzten Gebietes angesehen werden, wenn solche Maßnahmen nimmehr auch in den eingegliederten Ostgebieten durchgeführt wurden. Man kann billiger Weise während des Krieges erwarten, daß die Bevölkerung besetzter Gebiete die gleichen Lasten trägt, wie das Volk im Innern des Reiches. Im übrigen gilt für alle hiermit

befähigten Behörden, daß sie auf Grund gesetzlicher Anordnungen und Ermächtigungen handelten, sowie daß für sie als deutsche Behörden der Erlaß über die Eingliederung der Ostgebiete vom 8.10.1939 rechtsgültig und wirksam war. Die eingegliederten Ostgebiete mußten mithin von deutschen Behörden als Reichsgebiet behandelt werden. Dies gilt auch für das Stabshauptamt. Allein die Anlegung der Truppenübungsplätze Bisia in Oberschlesien, Konin und Warthelager im Warthegau, Thorn und Konitz in Westpreußen und Mława im Regierungsbezirk Zichenau erforderten mehr als 270.000 ha. Im ganzen sind bis Kriegsende etwas über 300.000 ha Flächen und zwar ausschließlich zu solchen besonderen Zwecken eingezogen worden.

Das Stabshauptamt hat **niemals** die Ansicht vertreten, daß das zur Ansiedlung der Umsiedler benötigte Land den polnischen Eigentümern etwa entschädigungslos enteignet werden sollte. Der Führerlaß vom 7.10.1939 schrieb dem Stabshauptamt im Absatz V vor, zur Landesbeschaffung das Gesetz über die Landesbeschaffung für Zwecke der Wehrmacht vom 29.3.1935 anzuwenden, das bekanntlich eine volle Entschädigung des **Vorbesitzers vorsieht**. Nachdem jedoch von dritter Seite (Beauftragter für den Vierjahresplan Göring) mit der allgemeinen Landbeschlagnahme bereits eingegriffen worden war, konnte dieses Landbeschaffungsgesetz für Zwecke der Wehrmacht keine Anwendung mehr finden und es mußte zunächst bei der Beschlagnahme verbleiben, bis eine endgültige gesetzliche Regelung eintrat. Diese Ansicht des Stabshauptamtes könnte aus dem Aktenmaterial, sofern dieses verfügbar wäre, eindeutig bewiesen werden.

Die Bemühungen der in den Provinzen Posen und Westpreußen lebenden Deutschen, ihr durch die polnische Agrargesetzgebung 1919/39 entschädigungslos enteignetes Land, das inzwischen mit polnischen Kleinbauern besiedelt worden war, zurückzugeben und damit ihre landwirtschaftlichen Restbetriebe wieder lebensfähig zu gestalten, hat das Stabshauptamt abgelehnt, da es die am 1. September 1939 bestehenden Besitzverhältnisse während des Krieges nicht zu ändern beabsichtigte.

Den in dem mir vorgelegten Dokument 1352-PS genannten

Kusche konnte ich aus meiner früheren Tätigkeit beim Reichsnährstand flüchtig. Er war Diplolandwirt und vor dem Kriege beim Reichsnährstand in Breslau angestellt. Ich fand später seine Berichte in den Akten und erkundigte mich bei der Dienststelle des Stabshauptamtes in Kattowitz nach ihm. Ich erfuhr, daß er 1940 als Angestellter des Bodenamtes tätig war. Seine Aufgabe, die sich auf die karteimäßige Erfassung der Besitzverhältnisse beschränkte, hatte ihn nicht befriedigt. Deshalb machte er die **Vorschläge** in den Berichten. Als die abgelehnt wurden, wurde ihm nahegelegt auszuscheiden. Er hat das auch getan. Der SS hat er meines Wissens nicht angehört. Er wurde später Reserveoffizier in einem Infanterieregiment. Seine Berichte stammen aus einer Zeit, als die Verordnungen vom 17.9.1940 noch nicht erlassen waren, sie beweisen nur, daß er die Aufgaben des Reichskommissars und seinen eigenen Auftrag völlig mißverstehen hatte. Das wurde ihm auch so deutlich gesagt, daß er daraufhin den Abschied genommen hat. Die Ablehnung seiner Vorschläge kommt auch in dem Brief des Zentralbodenamtes vom 19.5.1940, der in dem Dokument 1352-PS erscheint, zum Ausdruck.

Der mir vorgelegte Erlaß **Himmlers** vom 16.12.1939 (R 143) enthält eine Wiedergabe einer Beschlagnahmeanordnung der Haupttreuhandstelle Ost vom Dezember 1939, wiedergegeben vom **Reichssicherheitshauptamt** für dessen Dienststellen. Mit den Aufgaben des Stabshauptamtes hat der Erlaß nichts zu tun. Anlaßlich eines Sonderfalls erkundigte ich mich im Sommer 1942 nach der Tätigkeit der wegen der Kunstwerke und des historischen Materials eingesetzten Sachverständigen. Vom Referenten der Haupttreuhandstelle Ost wurde mir darauf mitgeteilt, daß der eingesetzte Treuhänder seinen Auftrag bereits bis zur Erstellung eines Abschlußberichtes durchgeführt habe. Soweit er Beschlagnahmen durchgeführt habe, habe er die Überführung der Gegenstände in die provinziellen Museen in Kattowitz, Posen und Danzig und zwar ausschließlich an diese veranlaßt. Beschlagnahme Einzelgegenstände müßten dort vorzufinden sein. Es habe sich lediglich um eine Sicherungsmaßnahme gehandelt.

Siegfried Golling

Der Verteidiger ergänzte u.a.:

"Die Maßnahmen des Stabshauptamtes sind nicht geeignet, den Tatbestand der Plünderung, Deportation, Germanisierung Rassenverfolgung zu erfüllen.

1. Wirtschaftliche Ausnutzung der besetzten Länder war Sache des Wirtschaftsministeriums, **Speer und Görings** (s. Protokoll S. 1298).

2. Behandlung der Polen in den besetzten Ostgebieten war Sache des RSHA. **Himmler** hat dem Stabshauptamt verboten, in diese Fragen einzugreifen, daher war es nicht unterrichtet über Evakuierung von Polen. Die Evakuierung von Polen wurde Anfang 1941 verboten. Soweit evakuiert worden war, handelte es sich um ordnungsgemäße Umsiedlungen ins Generalgouvernement.

3. Deportation von Polen zu Zwangsarbeit wurde vom Stabshauptamt nicht durchgeführt und widersprach seinen Aufgaben, da noch 500.000 deutsche Umsiedler untergebracht werden sollten, die sich in Umsiedlungslagern ohne Arbeit und Wohnung befanden."

4. Die Erfassung der deutschen Bevölkerung in Volkslisten-Kategorien hatte weder "die SS" konzipiert noch durchgeführt, sondern das Reichsinnenministerium. Nicht "Rassenverfolgung" war hiermit beabsichtigt – die Meldungen

waren freiwillig und betrafen nur Deutschstämmige –, sondern sicherheitspolizeiliche Erwägungen sowie die Schaffung von Übersichten für die nur auf Deutsche anzuwendende Wehrpflicht. Immerhin lebten 1939 im Warthegau und Danzig-Westpreußen mit den noch zugegliederten Gebietsteilen rund 10.568.000 Polen, im Generalgouvernement 1939/1941 etwa 10.610.000.^{5) S. 172}

Beschlagnahmen von Grundstücken durch den Reichskommissar führten nicht zu Eigentumswechsel, sondern zur provisorischen Unterbringung von Umsiedlern während des Krieges. Ein Generalverwalter hatte das Vermögen zu verwahren. Enteignungen aus kriegswichtigen Gründen zur An-

5) Hans Roos, "Geschichte der polnischen Nation 1916 - 1960", Stuttgart 1961. **Hans Roos** spezifiziert die Zahlen von S. 172 auf S. 178: "Die Bevölkerung dieses gesamten westpolnischen Territoriums bestand nach **polnischen Berechnungen** aus 9.221.000 Personen mit polnischer, 622.000 mit deutscher, 582.000 mit jüdischer oder hebräischer und 71.000 Personen mit tschechischer Muttersprache. Die **deutschen Berechnungen** wiesen etwa 7.864.000 Polen, 559.000 Juden und 161.000 sonstige Nichtdeutsche nach." – Alle bis zum 1. September 1939 vertrieben gewesen Deutschen sind in der polnischen Statistik eliminiert. Warum **Hans Roos** aus der deutschen Statistik die in jenen Gebieten noch vorhanden gewesen Deutschen nicht erwähnt hat, ist unerfindlich und wirft einen Schatten auf seine wertneutrale Berichterstattung.



Polnischer Munitionsnachschub: "Pferdebespannter Munitionswagen der polnischen Armee mit Gummireifen." – *Life*, 28. August 1939

lage von Truppenübungsplätzen, Flugplätzen und Rüstungsanlagen entsprachen den Grundsätzen, die auch im Reich üblich waren und Entscheidungen vorsahen.

Die nachfolgend im IMT-Band XLII abgedruckten Eidesstattlichen Erklärungen von dem eh. SS-Obergruppenführer und General der Polizei, zudem seit Oktober 1939 Leiter des Stabshauptamtes, **Ulrich Greifelt**, sowie SS-Obergruppenführer und General der Waffen-SS und Polizei sowie Chef des Rasse- und Siedlungshauptamtes (1941 - 1943), **Otto Hofmann**, bestätigten die Angaben von **Siegfried Golling** und ergänzten sie in einigen Punkten.

Im Jahr 1942 standen rund 2.000 Angestellte und 4.000 weitere Personen im Dienst des Stabshauptamtes, die nach Qualifikation, nicht nach Parteizugehörigkeit ausgewählt worden waren. Unter ihnen befanden sich allenfalls 600 SS-Angehörige, von 15 Abteilungsleitern nur 7. In den Aufgabenbereich des Stabshauptamtes waren die staatlichen Provinzbehörden eingeschaltet, die für ihre Personalpolitik selbst verantwortlich waren. Das Rasse- und Siedlungshauptamt hatte für die Arbeit des Stabshauptamtes weder einen Beamten zur Verfügung gestellt, noch irgendwelche Siedlungs- oder Schulungspläne vorgesehen. **Himmler** selbst hat jegliche Begünstigung von SS-Angehörigen unter Ausnützung der Kriegslage untersagt. Kein SS-Angehöriger ist während des Krieges in dem ehemaligen "Korridorgebiet" angesiedelt worden!

Für die nach dem Polenfeldzug 1939 - 1940 in den als Reichsgaue Wartheland und Danzig-Westpreußen wieder eingegliederten ehemaligen deutschen Provinzen durchgeführten Abschiebungen bzw. Umsiedlungen von Polen und Juden in das Generalgouvernement war **Reinhard Heydrich** als Chef der Sicherheitspolizei und des SD verantwortlich gemacht worden. Was hier im einzelnen geschehen ist, konnte bislang noch nicht wertneutral ermittelt werden, weil seitens der Siegermächte im Verbund mit Polen zu mächtige Interessen bemüht waren, die wahren Zusammenhänge, auch jener der Vorgeschichte seit 1919, aus dem Bewusstsein der Menschen zu tilgen und andererseits das Vorgehen der deut-

schen Besatzungsmacht hemmungslos und ebenfalls ohne jegliche Bindung an die Wahrheit zu brutalisieren.

Zugunsten durchzusetzender Macht und Eroberungspolitik hat sich Polen mit seinen Verbündeten in Räubermentalität seit Ende des Ersten Weltkrieges gewissenloser Geschichtsfälschungen und Greuelpropaganda bedient. Für Polen hat selbst heute eine ehrliche Aufarbeitung der deutsch-polnischen Geschichte noch keineswegs begonnen! Wie kann man unter solchen Verhältnissen das hier angeschnittene Thema sachgerecht darstellen, zumal Polen Jahrzehnte Zeit hatte, um elementare Beweismittel zu vernichten und seine Propagandathesen mit internationaler Zustimmung in Glaubensdogmen umzuwandeln?

Nachfolgende Kurzfassung eines durchaus nicht ns-freundlichen Sachkenners macht deutlich, was im Verlauf der Jahr-

zehnte bereits alles der Vergessenheit anheimgegeben worden ist, was aber in Wirklichkeit die deutsche Besatzungspolitik in den nach 1939 wieder ins Reich eingegliederten Gebieten außerordentlich stark beeinflusst hat und dies zudem unter den Bedingungen eines sofort begonnenen polnischen Partisanenkrieges:

"Der neue polnische Staat ging (1918/1919) bald daran, das deutsche Volkstum in den ehemaligen deutschen Gebieten zu dezimieren und den deutschen Charakter einiger Landschaften zu beseitigen. Zunächst wurden alle noch verbliebenen deutschen Beamten und Berufssoldaten ausgewiesen. Die Anzahl der Zwangsvertriebenen infolge Auflösung der deutschen Behörden und Garnisonen betrug etwa 200.000 Personen. Insgesamt sind jedoch in den Jahren 1918 bis 1923 mindestens 800.000 deutsche Menschen verdrängt worden.

Folgende Maßnahmen halfen der Polonisierung: allen Deutschen, die nach 1908 in die Ostprovinzen eingewandert waren, wurde das Recht verweigert, die polnische Staatsangehörigkeit anzunehmen und damit in der Heimat bleiben zu können. Das Gleiche galt für alle, die nicht ununterbrochen 12 Jahre im Lande gewohnt hatten. Ferner mußten alle diejenigen, die für Deutschland optiert hatten, das Land verlassen.

Davon waren vorwiegend das Deutschtum in den Städten betroffen. Die ländliche Bevölkerung klammerte sich an ihre Scholle und optierte lieber für Polen, ehe sie auf ihren Boden verzichtete.

Eine 3. Möglichkeit, Deutsche zur Abwanderung zu bringen, war die Beschlagnahme deutschen Eigentums und die Annullierung von Pachtverträgen. So gingen in kurzer Zeit ca. 400.000 Hektar aus deutschem in polnischen Besitz über. Auch die Scheu vor dem polnischen Heeresdienst hat einige Deutsche veranlaßt, das Land ihrer Väter zu verlassen.

Schließlich sorgte die seit 1926 durchgeführte Agrarreform dafür, daß weiterer deutscher Boden in polnische Hände kam. Die Agrarreform – Enteignung des größeren Grund-

besitzes, Verstaatlichung der Wälder u.a.m. – wurde in Polen fast nur in den Westgebieten durchgeführt. In den Ostgebieten ist am Elend des Dorfproletariats nicht allzuviel geändert worden.

Das Ergebnis dieses Prozesses war ein Absinken des Anteils Deutscher an der Gesamtbevölkerung des Korridor-gebietes von 65,1% im Jahre 1910 auf 19,6%, in Posen von 38,7% auf 14,3%. Besonders stark war der Rückgang in den Städten. In Thorn hatte das Deutschtum einen Verlust von 92,6%, in Graudenz von 89,6%, in Posen von 90,8%. ...

Bis 1924 hatte die deutsche Volksgruppe durch Liquidation, Annullierung und Zwangsverkauf 510.000 ha Boden verloren, bis 1939 waren durch die Durchführung der Agrarreform weitere 300.000 ha dazugekommen.⁶⁾ S. 159 - 160 + 151

Die hier vorgetragenen Fakten haben leider das Terror- und Vertreibungsschicksal der Ostoberschlesier nicht miteingefügt. Dieses gesamte Geschehen haben die "friedlichen Demokratien" der Welt gebilligt und Polen sogar zur Durchsetzung weiterer Gebietseroberungen mit Massenvertreibungen ermuntert und nachfolgend unablässig unterstützt! Und dies haben die Imperialmächte unter Führung Großbritanniens bereits vor Kriegsbeginn mit Hilfe einer den Polen im März 1939 aufgeschwätzten vorbehaltlosen Garantie, die es der Warschauer Führung freistellte, selbst über die Kriegsgründe gegen Deutschland und den Zeitpunkt des Kriegsausbruchs zu entscheiden, demonstrativ eingeleitet.

Kann das und ihr anschließender "Richterspruch" über die "kriegsverbrecherischen Deutschen" rechtens sein?

Wenn auch gegenüber diesem "Gewicht des Faktischen" – Polen im Verein mit den Weltimperialmächten bei Verschweigen seiner 20-jährigen Vertreibungs- und Ausrottungspolitik – eidesstattliche Versicherungen hochrangiger deutscher Polizeioffiziere anscheinend wenig ausrichten können, wie z.B. jene des ehemaligen Generalleutnants der deutschen Ordnungspolizei **Adolf von Bomhard**, so haben diese doch vor der Geschichte Bestand:

"Von Ausrottungsaktionen war dem Hauptamt Ordnungspolizei *n i e* etwas bekannt, folglich konnte dies auch nicht Ziel der Aufstellung (von Polizeiregimentern) sein. ...

Das Hauptamt Ordnungspolizei war auf das später eingetretene große Ausmaß des Partisanenkrieges nicht vorbereitet und nicht darauf gefaßt. Die Bewaffnung mußte daher im Laufe des Krieges aus Beutewaffen verstärkt werden, hing aber gegenüber der sehr viel besseren Bewaffnung der Partisanen besonders an Maschinenwaffen immer bedeutend zurück.

... Die Version des Obergruppenführers **von dem Bach-Zelewsky** (Chef der Bandenkampfverbände beim Reichsführer-SS), »der Partisanenkrieg diente nur als Vorwand für die Vernichtung bestimmter Bevölkerungssteile«, war während des Krieges weder dem Hauptamt Ordnungspolizei noch der Generalität der Ordnungspolizei bekannt. Über diese Auffassung sind wir Generale der Ordnungspolizei enttäuscht, denn die Ordnungspolizei hat die Partisanen nur bekämpft, weil durch sie die Verbindungen des Heeres und die Ernteeinbringung gestört oder gefährdet waren, und um den Aufbau und die geregelte Arbeit der Zivil- und Militärverwaltung zu ermöglichen.

6) Helmuth Fechner, "Deutschland und Polen", Würzburg 1964.

chen. Der Gedanke an eine Vernichtung bestimmter Bevölkerungssteile ist uns Offizieren der Ordnungspolizei nie gekommen und nie gesagt worden. ... " S. 642

Hans Roos bekannte:

"Überhaupt stand die Bevölkerung des deutschbesetzten Polen um die Jahreswende 1939/1940 dem deutschen Besatzungsregime nicht allzu unfreundlich gegenüber." S. 177

Hans Roos bestätigte weiter, daß die deutsche Verwaltung "rasch Maßnahmen zur Versorgung der Bevölkerung traf",⁶⁾ S. 178 und dennoch die Polen "die Zusammenarbeit mit der Besatzungsmacht nahezu einmütig abgelehnt haben".

Dennoch schrieb er alles Folgende unter Außerachtlassung des polnischen Volkstumskampfes seit 1919 und des mit Kriegsbeginn einsetzenden polnischen Untergrundkrieges der "Hybris Hitler'scher Volkstumspolitik" und dem "Terror Himmlers" zu. Er ergänzte diese unkonkreten Sprüche mit weiteren unbeweisbaren, den Zeitgeistmächtigen gefälligen Allgemeinplätzen. Gerade dort, wo man auch bei ihm als Fachhistoriker Beweise für derartige Einzelheiten sucht, findet man keine! Das ist die Lage in der Literatur allgemein!

Hans Roos erwähnte aus dem Wartheland bis zum 31. März 1941 Geflohene = 100.000 und Deportierte = 280.000.⁶⁾ S. 179 Da dies und alles Nachfolgende bei ihm ohne Beweise blieb und in "Ausrottung oder Deportation der geistig und kulturell führenden Schichten" ausmündet,⁶⁾ S. 179 sehen wir unseren Versuch, von ihm nähere Auskunft zu erhoffen, als gescheitert an. Mit solchen opportunen Allgemeinplätzen ist keine Geschichte aufzuklären! Zum wenigsten wäre ein differenzierender Hinweis nötig, inwiefern sich die "geistig und kulturell führenden Schichten" von Anfang an dem Partisanenkrieg gegen Deutschland angeschlossen haben oder nicht.



Mordechai Haim Rumkovsky, Vorsitzender der Ghetto-Verwaltung in Lodz, vollzog, wie hier 1944, Trauerzeremonien junger jüdischer Paare und unterschrieb ihre Heiratsurkunden mit "Ältester im Judenrat im Ghetto Lodz".

Dieses Foto wurde am 16. April 2007 in den Israel Nachrichten (Tel Aviv) veröffentlicht. Es stammt aus dem Archiv des Kibbuz der Ghetto-Kämpfer "Lochamei Hagetaot", in dem sich zahlreiche weitere Heiratsurkunden und ein Fotoalbum mit Seltenheitswert von Hochzeitspaaren verschiedener Ghettos während des Zweiten Weltkrieges in Polen befinden.⁷⁾

7) Deutsche Nationalzeitung, München, 4. Mai 2007, S. 10.

Zeugnis über Bandenbekämpfung der Wehrmacht

Otto Heidkämper

Generalleutnant a.D. den 27.6.1946

**Ich, Generalleutnant Otto Heidkämper
being duly sworn, depose and say:**

"Eidesstattliche Erklärung

Ich war unter Generaloberst **Reinhardt** vom 3.5.1943 bis 17.8.1944 als Oberst im Generalstab und Generalmajor Chef des Generalstabes der 3. Panzerarmee.

Betr. Bandenkrieg:

a.) **Greuelthaten.** Während die 3. Panzerarmee im Raum Witebsk in fester Stellung lag, also in der Zeit von Mai 1943 bis Juni 1944, waren Ermordungen von Armeeangehörigen durch Banditen hinter der Front und im rückwärtigen Armeegebiet an der Tagesordnung. Fast sämtliche ermordeten deutschen Soldaten waren beraubt und größtenteils scheußlich verstümmelt.

Der Bandenkrieg im Gebiet der 3. Panzerarmee ist wegen der Verbrissenheit und Heimtücke, mit denen auf Seiten der Banditen fanatisch gekämpft wurde, mit dem ehrlichen Kampf des Soldaten nicht zu vergleichen. Wegen der ständigen Ermordungen und der viehischen Verstümmelungen, mit denen unsere Soldaten ihre von Banditen ermordeten Kameraden auffanden, wurde auch vom deutschen Soldaten im Bandenkampf zunehmend erbittert und rücksichtslos gekämpft. Insonderheit trug hierzu bei, daß die Banditen, wenn ihnen der Kampf aussichtslos erschien, dieses durch Händehochheben zu erkennen gaben. In dem Augenblick aber, wo unsere Soldaten zu ihrer Gefangennahme schreiten wollten, eröffneten sie aus allen Gewehren und M. G. erneut das Feuer -- nun zum eklatanten Mord.

Häufig harrten die Banditen im Wasser oder Morast liegend oder im Boden eingegraben, nur durch den Hals einer zerbrochenen Flasche Luft schöpfend, stundenlang aus, um die sie suchenden deutschen Soldaten passieren zu lassen und sie dann im gegebenen Augenblick rücklings zu ermorden.

b.) **Armeebefehle.** Auf Grund dieser immer wiederkehrenden Vorfälle wurde aus der im Bandenkampf stehenden Truppe heraus mehrfach dem Oberbefehlshaber der Wunsch vorgetragen, für den Bandenkampf alles freizugeben, also alle einschränkenden Bestimmungen des Haager Abkommens aufzuheben, weil diese auch von den Banditen in keiner Weise beachtet wurden. Generaloberst **Reinhardt** hat diesen Wünschen nicht

nachgegeben. Es war ihm mit seiner Ehre als deutscher Offizier und mit seiner religiösen Einstellung unvereinbar, Mord mit Mord zu beantworten. Ich weiß, wie mein Oberbefehlshaber seelisch unter jedem neuen durch Banditen an einem seiner Soldaten verübten Mord gelitten und mehrfach mit sich gerungen hat, ob er die Vergeltung freigeben solle. Sein Entschluß war jedesmal, *»Es bleibt wie bisher, wir wollen anständige Soldaten bleiben.«* Er hat deshalb auch bei seinen täglichen Fahrten an die Front die Führer und Unterführer immer wieder ermahnt, auch im Bandenkampf anständig vor sich selbst zu bleiben.

Das Oberkommando der 3. Panzerarmee hat vor jedem Bandenunternehmen schriftlich befohlen, wohin die gefangenen Banditen abzufahren seien. Auch ist befohlen worden -- ob schriftlich oder mündlich, weiß ich nicht mehr --, daß Banditen, die im Kampf überwältigt würden oder durch Parlamentarier übergeben in Gefangenschaft gerieten, genau so wie gefangene Soldaten zu behandeln seien. Insbesondere seien Verwundete ärztlicher Betreuung zuzuführen. Verwundete Banditen sind in das von der 3. Panzerarmee für Ostruppen eingerichtete Lazarett eingeliefert worden.

Gemäß Panzerarmeebefehl war jeder gefangene Bandit vor seiner Abführung in die Gefangenschaft zu vernehmen. Ein Bandit, der auf Grund dieser Vernehmungen eines Mordes an einem deutschen Soldaten einwandfrei überführt wurde, war nach Urteil durch ein Standgericht sofort zu erschießen. Meistens hatten allerdings durch Mord nachweisbar belastete Banditen schon vorher Selbstmord verübt. Die übrigen gefangenen Banditen waren befehlsgemäß als Arbeiter nach Deutschland abzugeben. Auch gegen diese Maßnahme wurde aus der Truppe heraus Sturm gelaufen, weil sie nicht verstand, daß man heimtückisch kämpfende Zivilisten und Mordverdächtige als Arbeitskräfte in die Heimat abschob. Die Truppe beantragte wiederholt, diese gefangenen Banditen zu erswerter Arbeit in Frontnähe (Minensuchen, Munitionsschleppen) einzusetzen. In einer fermündlichen Unterhaltung über diesen Punkt zwischen Generaloberst **Reinhardt** und Feldmarschall v. **Kluge** (Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Mitte) etwa im August 1943 wurde dieser Antrag abgelehnt. Es blieb bei der Verschickung gefangener Banditen ins Reich.

c.) **Übergriffe.** Es sind mir als Armeechef keine Fälle von Übergriffen deutscher Soldaten gegen Banditen bekanntgeworden, gegen die hätte eingegriffen werden müssen.⁸⁾

8) Der Text dieses Dokumentes befindet sich im Staatsarchiv Nürnberg.

Nachdruck aus Gründen der Dokumentation aus der *Deutschen National Zeitung*, München vom 24. November 1978 in Ergänzung zu den Berichten über das IKRK in den *Historischen Tatsachen* Nr. 98, S. 21 - 23:

"Die Wahrheit über Theresienstadt Bericht des Roten Kreuzes widerlegt Greuelpropaganda"

Über Theresienstadt, jenes nordböhmische Städtchen, das ab 1942 ausnahmslos mit Juden aus dem deutsch-besetzten Teil Europas besiedelt wurde, herrschen noch immer Horrorgeschichten, die mit der zeitgeschichtlichen Wahrheit nichts oder nur wenig gemein haben. So behauptet beispielsweise das (angesehene) Internationale Biographische Archiv **Munzing** über den SED-Funktionär **Norden**:

"Albert Norden wurde am 4. Dezember 1904 in Myslowitz (Oberschlesien) als Sohn eines Rabbiners geboren, der 1942 im Vernichtungslager Theresienstadt ums Leben kam."

Und das linke Hamburger Blatt *"Die Zeit"* fabuliert in seiner letzten Ausgabe – im Zusammenhang mit der Frage der Verjährung von NS-Taten – Theresienstadt sei

"Durchgangsstation in den Tod für 160.848 deportierte Juden aus ganz Europa" gewesen.

Tatsächlich war Theresienstadt kein Sanatorium, und die zwangsweise Umsiedlung von Juden dorthin, wie überhaupt die NS-Judenverfolgung, ein schweres Unrecht, das nicht beschönigt werden soll. Das rechtfertigt aber keinesfalls Greuelbehauptungen, die dazu dienen, das deutsche Schuldkonto wahrheitswidrig aufzustocken und den Sühnekomplex der Deutschen zu vertiefen. Wer Theresienstadt als *"Vernichtungslager"* hinstellt, lügt; und wer hierzu von 160.848 getöteten Juden spricht (man beachte die Genauigkeit der Zahl), lügt ebenfalls. Denn soviel Personen waren dort weder auf einmal noch im Laufe der Jahre konzentriert.

Im *"Lexikon des Zweiten Weltkrieges"* (Südwest-Verlag, München, 1977) heißt es: In Theresienstadt seien *"während des Krieges insgesamt 153.000 Menschen inhaftiert"*

gewesen. Davon aber sind laut *"Die Zeit"* 160.848 Personen getötet worden. Eine selbst für gewiefteste Rätselfreunde nicht zu knackende Nuß!

"In Ruhe leben, und sterben"

Was die in Theresienstadt Verstorbenen (nicht Ermordeten) anbelangt, so bezieht der ehemals dort inhaftiert gewesene jüdische Autor **H. G. Adler** in seinem Buch *"Die verheimlichte Wahrheit"* (Verlag J.G. B. Mohr, Tübingen 1958) ihre Zahl auf *"34 - 35.000"*, eine Angabe, die mit der des genannten *"Lexikons des Zweiten Weltkrieges"* und anderer Sachliteratur übereinstimmt. Daß rund 87.000 bis 88.000 Theresienstädter Insassen im Laufe der Jahre in Konzentrationslager verbracht wurden, kehrt zwar als Behauptung in vielen Büchern wieder. Dem steht

aber die Feststellung des Internationalen Roten Kreuzes aus dem Jahr 1945 entgegen:

"Es wurden 10.000 Juden nach den Lagern des Ostens, besonders Auschwitz, transferiert" (siehe **Adler**).

Auch ein Befehl der Reichsführung-SS vom 16. Februar 1943 blieb erhalten:

"Der Reichsführer-SS wünscht die Abtransportierung von Juden aus Theresienstadt nicht, da sonst die Tendenz, daß die Juden im Altersghetto Theresienstadt in Ruhe leben und sterben können, damit gestört würde."

In diesem Befehl kommt klar zum Ausdruck, um was es sich bei Theresienstadt nach den Vorstellungen des NS-Regimes handelte: um eine Sammelstätte für Juden, die dort bis an ihr natürliches Lebensende verbleiben sollten, nicht aber um ein *"Vernichtungslager"* oder um eine *"Durchgangsstation in den Tod"* (obwohl im strengen Sinne jeder menschliche Aufenthaltsort aus biologischem Zwang heraus eine Durchgangsstation in den Tod ist).

Vor allem ältere Juden wurden in den böhmischen Ort geschickt, wodurch dieser den Beinamen *"jüdisches Reichsaltersheim"* erhielt. Diese Tatsache verträgt sich wenig mit der Behauptung, daß alte und damit arbeitsunfähige Juden sozusagen automatisch einer Vernichtung anheimfielen.

Um Mißverständnissen vorzubeugen: Die Lebensverhältnisse in Theresienstadt entsprachen in vielem nicht der Vorstellung, die man von einem *"Altersheim"* im Regelfall hat. Die im Laufe des Krieges eingetretene Überbelegung des Ortes führte zu zahlreichen Problemen und ließ die Todesrate ansteigen. Im Vergleich zu üblichen Konzentrationslagern war Theresienstadt, das unter jüdischer Selbstverwaltung stand, jedoch ein Platz, der Juden relativen Schutz und erträgliche Lebensbedingungen bot, womit keinesfalls das bittere Unrecht der Deportation und Freiheitsberaubung bestritten werden soll.

Das nationale wie das internationale Rote Kreuz hatten ein wachsames Auge auf Theresienstadt. Im Juni 1944 verfaßte der IKRK-Delegierte **Dr. Rossel** in französischer Sprache einen Bericht über den Besuch einer Rot-Kreuz-Delegation in Theresienstadt. Darin heißt es,

"daß unser Erstaunen außerordentlich war, im Ghetto eine Stadt zu finden, die fast ein normales Leben lebt, wir haben es schlimmer erwartet. ..."

"Wir sagten den mit der Begleitung beauftragten Offizieren der SS-Polizei, daß die Schwierigkeit, auf die wir stießen, um die Bewilligung zum Besuche Theresienstadts zu erhalten, am überraschendsten ist."

Dr. Rossel weiter:

9) *Deutsche Nationalzeitung*, München, 24. November 1978.

"Diese jüdische Stadt ist tatsächlich erstaunlich. Es mußte eine Einheit im Gemeinschaftsgeist unter Juden geschaffen werden, die aus verschiedenem Milieu gekommen sind, verschiedene Sprachen reden, aus verschiedenen Bedingungen, verschiedenen Vermögensverhältnissen. Das ist sehr schwer gewesen. Das Ghetto von Theresienstadt ist eine kommunistische Gesellschaft, die von einem ‚Stalin‘ von hohem Wert geleitet wird, -- Eppstein."

Eine kommunistische Stadt, von Juden selbstverwaltet, im nationalsozialistischen Herrschaftsgebiet -- eine wirklich bemerkenswerte Einschätzung durch einen unabhängigen Delegierten des Roten Kreuzes.

Wer glaubt, Rossel wollte Theresienstadt rechtfertigen, täuscht sich. Die beiden letzten Sätze seines Berichts, dem zahlreiche Photos beigelegt wurden, lauten:

"Unser Bericht wird das Urteil niemandes ändern; jedem steht es frei, die vom (Deutschen) Reich eingenommene Stellung, die jüdische Frage zu lösen, zu verdammen. Wenn dieser Bericht dennoch das Geheimnis rund um das Ghetto Theresienstadt ein wenig zerstreut, so ist es genügend."

"Günstiger Gesamteindruck"

Als im Spätwinter 1944/45 von der antideutschen Propaganda das Gerücht ausgestreut wurde, Theresienstadt sei zu einem Vernichtungslager geworden, in dem Juden "vergast" würden, suchte die Genfer Zentrale des Internationalen Roten Kreuzes erneut bei deutscher Seite um eine Besuchs- und damit Kontrollmöglichkeit nach. Um volle Objektivität zu gewährleisten, wurde Dr. Rossel durch Dr. Lehner ersetzt, dem der IKRK-Beauftragte Dunant beigegeben war. Durch diesen personellen Austausch wollte man ganz sicher gehen, daß der Bericht nicht von jemandem abgefaßt wird, der eventuell voreingenommen wäre.

Doch Lehner und Dunant bestätigten Rossels Nachforschungen ausnahmslos. Über ihren Besuch in Theresienstadt am 6. April 1945 schrieben sie:

"Der Gesamteindruck des Lagers war ein sehr günstiger; wir verweisen auch auf den Rapport von Dr. Rossel und können nur hinzufügen, daß sich indessen nichts geändert hat."

Auf den letzten zwei Seiten ihres vier Schreibmaschinenseiten umfassenden Berichts heißt es:

"Soziale Struktur der Judengemeinschaft"

Die Idee der Reichsregierung bei der Gründung von Theresienstadt ging dahin, eine Judengemeinschaft zu schaffen, ihr eine eigene Selbstverwaltung zu überlassen und so das praktische Experiment (im Text wohl irrtümlich "Element") im Kleinen für einen künftigen Judenstaat zu machen, dem ein gewisser Landstrich nach dem Kriege zur Verfügung gestellt werden sollte. Der kleine Judenstaat Theresienstadt ist vollkommen nach dem kollektivistischen Wirtschaftsprinzip aufgebaut. Es herrscht eine Art Edelkommunismus, der in der gesamten sozialen Struktur stark zum Ausdruck kommt. Die Ergebnisse, die durch dieses System erzielt wurden, sind äußerst bemerkenswert. In sozialer Hinsicht ist Theresienstadt sicher den meisten europäischen Städten weit voraus. Die Stadt besitzt vier große Krankenhäuser, acht Altersheime, fünf oder sechs Kinderheime, Erziehungsheime für Knaben und Mädchen. Alle diese öffentlichen Anstalten

sind sehr gut eingerichtet. Als Beispiel zitieren wir die Krankenhäuser, von denen fast jedes einen Röntgenapparat besitzt und deren übrige Einrichtungen derart sind, daß die Ärzte fast wie auf einer Universitätsklinik arbeiten können. Die Stadt besitzt eigene Theater, ein öffentliches Kaffeehaus, eigene Schlächtereien, eigene Bäckereien, und alles, was zu einem geordneten Stadtbetrieb gehört. Als Geld ist die Theresienstadtkrone im Umlauf. Der Direktor von der Bank hat den Delegierten einen umfassenden Vortrag über die Geldprobleme gehalten, über Deflation, Inflation und andere Börsengeheimnisse, von denen wir allerdings nicht allzuviel verstanden.

Die einzelnen Gewerbegruppen sind in eine Art Gewerkschaft eingeteilt mit eigenen rechtlichen Pflichten. Jede Gewerkschaft bewohnt einen eigenen Wohnungsblock und je nach Leistung sind die Wohnungen mehr oder minder gut eingerichtet. Ein guter Handwerker hat ungefähr Berechtigung auf die gleichen Wohnungseinrichtungen wie ein Beamter mittleren Grades oder Künstler.

Jeder arbeitende Theresienstädter erhält je nach Leistung als Prämie einige Bons zugeteilt, die zum Ankauf von verschiedenen Naturalien verwendet werden können. Es wird durch dieses Mittel die Arbeitsfreudigkeit gesteigert.

Nährungsverhältnisse

Die Einwohner von Theresienstadt erhalten die gleichen Karten wie die deutsche Zivilbevölkerung. Da sie jedoch viele Einzelpakete und Kollektiv-Sendungen erhalten, dürfen sie im allgemeinen besser gestellt sein. Dazu kommt, daß durch die Kollektivwirtschaft eine bessere Ernährung gewährleistet werden kann. In der Tat sehen die Einwohner von Theresienstadt auch nicht durchaus etwa unterernährt aus.

Zusammenfassung

Das Gesamtbild der Stadt macht einen sehr günstigen Eindruck, so zu mehr, als die Verwaltung vollkommen in den Händen des Ältestenrates liegt, der aus ziemlich prominenten Mitgliedern zusammengesetzt ist. Auch die Polizeigewalt in der Stadt wird von Juden durchgeführt und ist dem Judenältesten unterstellt. Die Stadt wird von zehn Gestapo-Beamten überwacht, die sich außerhalb der Stadtmauern aufhalten. Flüchtlinge aus Theresienstadt kommen nicht vor, da die einzige Sorge der dortigen Insassen darin besteht, nicht in irgendein Konzentrationslager verschleppt zu werden. Über das Lager Theresienstadt wurde ein Film gedreht, von dem eine Kopie auf Wunsch dem CICR gesandt werden kann. Wir haben Teile dieses Filmes gesehen, es ist eine Art Dokumentar-Film, natürlich mit leicht propagandistischem Einschlag.

Anfragen über Israeliten, die sich in Theresienstadt befinden sollen, können an den Chef des Sicherheitsdienstes, Dr. Weinmann, in Prag gerichtet werden. Nachrichten werden nur durch diese Stelle gegeben werden.

Dr. Lehner, Delegierter des IKRK"



THERESIENSTADT 23. Mai 1944

Lieber Chawer,

mit herzlichem Dank bestätigen wir Ihr Schreiben vom 8. ds. Mts. Mit großer Freude benutzen wir die Gelegenheit, Ihnen zu antworten und Sie zu bitten, allen Freunden Grüße zu bestellen und dafür zu danken, daß sie sich unserer annehmen. Wir dürfen davon ausgehen, daß Sie auch dessen in Ihrem Brief Erwähnung tun, daß die zahlreichen Sendungen aus Lissabon und Istanbul ein Werk unserer Freunde sind. Auch die Freunde aus Wien, die hier mit uns zusammenleben, haben Sendungen aus den genannten Orten erhalten. Wenn unsere Verpflegungssituation auch durchaus geordnet ist und zu keinerlei Sorge Anlaß gibt, so freuen uns doch diese Sendungen immer wieder, weil wir sie als ein Zeichen Ihrer Freundschaft ansehen.

In Theresienstadt ist eine richtige jüdische Stadt entstanden, in der alle Arbeiten von Juden besorgt werden, von der Straßenreinigung angefangen bis zu einem modernen Gesundheitswesen mit Krankenhäusern und einem durchorganisierten ärztlichen Betreuungsdienst mit einem großen Stab von Pflegepersonal, von sämtlichen technischen Arbeiten bis zur Verpflegung in den Gemeinschaftsküchen, von der eigenen Polizei und Feuerwehr bis zu einem besonderen Gerichts-, Post- und Verkehrswesen, von einer Bank mit eigenem Siedlungsgeld und von Verkaufsläden für Lebensmittel, Kleidung und Hausrat bis zur Freizeitgestaltung, in deren Rahmen regelmäßig Vorträge, Theateraufführungen und Konzerte stattfinden. Die Kinder, denen besondere Sorge gilt, sind in Kinder- und Jugendheimen, die nicht arbeitsfähigen Alten in Alters- und Siechenheimen unter ärztlicher Aufsicht und Pflege untergebracht. Die Arbeitsfähigen sind vor allem für den inneren Dienst eingesetzt. Aus allen Gebieten sind hervorragende Fachkräfte zusammengekommen. Dies kommt nicht nur der hier zu leistenden Facharbeit auf technischem, hygienischem und administrativem Gebiet zugute, auch in der Freizeit hat sich dadurch ein reiches kulturelles Leben auf jüdischem und allgemeinem Gebiet entwickeln können. Eine Bibliothek mit nahezu 50.000 Bänden mit mehreren Lesezimmern, ein Kaffeehaus mit ständigen Musikdarbietungen dienen der Zerstreuung, insbesondere für die älteren Menschen. Zentralbad und Zentralwäscherei fördern die allgemeine Hygiene, auf die naturgemäß besonderer Wert gelegt wird. So kann man sich hier, wenn man die äußere und innere Umstellung und Einordnung vollzogen hat, durchaus wohlfühlen. Eine Ansicht der Stadt ersehen Sie aus dem Briefkopf.

Der Gesundheitszustand ist als durchaus günstig anzusehen, was neben der klimatischen Lage von Theresienstadt in erster Linie der hingebenden, unverdrossenen Arbeit unserer Ärzte, der ausreichenden Versorgung mit Lebensmitteln und mit Medikamenten zu danken ist. Zuwendungen, die wir erhalten, stehen uns im Rahmen der jüdischen Selbstverwaltung zur Verfügung und können zusätzlichen Verwendungszwecken zugeführt werden. So haben wir jetzt von Ihrer Zuwendung Kenntnis erhalten und danken Ihnen und den Freunden herzlichst dafür.

Auch wir wären froh, wenn wir häufiger die Möglichkeit hätten, von Ihnen Nachricht zu erhalten. Wir denken oft an die Freunde, die uns durch Sie haben grüßen lassen. Auch unsere Gedanken bewegen sich oft um Möglichkeiten einer Alijah; mit besonderem Interesse haben wir aus Ihren Zeilen entnommen, daß auch Ihre Bemühungen einer wenn auch noch so bescheidenen Lösung dieses Problems gelten.

Wir danken Ihnen für Ihr freundschaftliches Gedenken und sind froh darüber, daß wir Ihrer Verbundenheit gewiß sein dürfen. Lassen Sie bald wieder von sich hören.

Mit herzlichem Schalom

Ihre

Franka
Dr. Franz Kahn

Franka
Dr. Erich Munk

Erich
Dr. Erich Appel

Wolfgang
Ing. Otto Zucker

Ernst
Dr. Erich Oesterreicher

Karl
Karl Körbel

Und nach der "Befreiung"?

Wäre der Bericht des Internationalen Roten Kreuzes, das im Jahr 1945 sicherlich nicht mehr auf die Interessen des untergehenden Dritten Reiches auch nur die geringste Rücksicht zu nehmen brauchte, negativ ausgefallen, wäre er gewiß in die gängige Zeitgeschichtsliteratur, ja in die Schulbücher eingegangen. Da er aber mit der antideutschen Propaganda nicht harmoniert, ist er nur wenigen Kennern bekannt.

Der eingangs erwähnte jüdische Autor H.G. Adler steht (zählnekinirschend) die Authentizität des Berichts ein und weiß gegen ihn nur einzuwenden, Lehner -- ein Schweizer -- habe wohl "gedankenlos" gehandelt. Eine Widerlegung der Fakten jedoch erfolgt nicht, nicht einmal ein solcher Versuch. Adler äußert in diesem Zusammenhang nur Frohsinn:

"Es ist ein glücklicher Umstand, daß wenige Wochen vor Kriegsschluß dieser gefährliche Bericht keinen Schaden mehr zu stiften vermochte."

Jedenfalls war die Nichtveröffentlichung des Berichts der antideutschen Greuelpropaganda förderlich.

Auch was nach der "Befreiung" in Theresienstadt passierte, blieb der breiten Öffentlichkeit bis zum heutigen Tag verborgen. Die Juden wurden entlassen und statt ihrer Abertausende von Deutschen dort zusammengepfercht, aber nicht unter Selbstverwaltung mit Theateraufführungen und eigener Fußball-Liga, sondern unter dem Schreckensregiment tschechischer Chauvinisten und Kommunisten, die aus dem "Vernichtungslager" der Propaganda ein Vernichtungslager der Realität machten, -- nunmehr in "Friedenszeiten" unter "Befreiungsbedingungen".

Fräglich war es ein von deutscher Seite verübtes Verbrechen, jüdische Menschen nach Theresienstadt zu deportieren und dort gefangen zu halten. Die Betroffe-

nen haben Wiedergutmachung verdient und bekommen. Wer aber büßt und sühnt für das Theresienstadt, in dem deutsche Männer, Frauen und Kinder gequält und vernichtet wurden? Nicht einmal ein schlichtes Wort der Entschuldigung hörten wir

bisher, statt dessen nur Leugnung der Massenverbrechen an Deutschen und Aufbauschung deutscher Schuld. Dieser heuchlerischen Einseitigkeit gilt es zu wehren – der Wahrheit und Gerechtigkeit zuliebe."

1943 "Gaskammern" behauptet, dann wieder gestrichen¹⁰⁾

Der Staatssekretär an den Botschafter in der Sowjetunion (Standley)

Washington, 27. August 1943 – 22 Uhr.

758. Ich übergab heute dem sowjetischen Bevollmächtigten eine Kopie des folgenden Textes der "Erklärung über deutsche Verbrechen in Polen", welche gleichzeitig von den Briten und uns am 30. August freigegeben (veröffentlicht) werden soll.

"Eine vertrauenswürdige Information hat die Regierung der Vereinigten Staaten erreicht über Verbrechen, die von den deutschen Invasoren gegenüber der Bevölkerung Polens begangen worden sind. Seit Herbst 1942 wurde ein territorialer Gürtel, der sich von der Provinz Bialystok entlang dem Fluß Bug südwärts erstreckt, systematisch von seinen Bewohnern geräumt. Im Juli 1943 wurden diese Maßnahmen ausgeweitet auf praktisch die gesamte Provinz Lublin, wo hundertausende Personen von ihren Heimstätten weg deportiert oder ausgerottet worden sind.

Diese Maßnahmen sind mit äußerster Brutalität ausgeführt worden. Viele der Opfer sind an Ort und Stelle getötet worden. Die Familien wurden auseinandergerissen. Männer von 14 bis 50 wurden zur Arbeit nach Deutschland verbracht. Etliche Kinder wurden an Ort und Stelle getötet, andere von ihren Eltern getrennt und andere nach Deutschland verbracht, um als Deutsche aufgezogen oder an deutsche Siedler verkauft zu werden oder mit den Frauen und alten Männern in Konzentrationslager abgeschoben zu werden, wo sie jetzt systematisch zu Tode gebracht werden in Gaskammern.

Die Regierung der Vereinigten Staaten bestätigt erneut ihre Entschlossenheit, die Anstifter und praktischen Durchführer dieser Verbrechen zu bestrafen. Sie erklärt fernerhin, daß, wie

lange auch immer solche Greuel andauern, die von den Verantwortlichen im Namen Deutschlands begangen werden, – bei der schließlichen Endregelung mit Deutschland werden sie zur Rechenschaft gezogen werden. Inzwischen wird der Krieg gegen Deutschland mit äußerster Härte fortgesetzt werden, bis die barbarische Hitlerische Tyrannei überwunden sein wird."

Die Botschaft in London hat uns informiert, daß das britische Außenministerium diesen Text vor 3 Tagen an die Sowjetregierung mit der Bemerkung weitergeleitet hat, die sowjetische Regierung möge, sofern sie sich dazu in der Lage sehe, eine ähnliche Erklärung herausgeben. Das Vorgenannte wird Ihnen zu Ihrer Kenntnisnahme übermittelt. Sollten Sie es jedoch für wünschenswert halten, so mögen Sie eine Kopie des vorgenannten Textes dem Kommissariat für Auswärtige Angelegenheiten zuleiten.

HULL

Der Staatssekretär an den Botschafter in der Sowjetunion (Standley)

Washington, den 30. August 1943 -- 17 Uhr.

767. Ressort-Text 758 vom 27. August, 22 Uhr.

Auf Anregung der britischen Regierung, die besagt, es bestehe keine zureichende Klarheit hinsichtlich Exekution in Gaskammern, so daß eine solche Behauptung nicht zu rechtfertigen sei, hat man sich darauf verständigt, den letzten Teil des Absatzes III der "Erklärung über deutsche Verbrechen in Polen", der beginnt mit "wo" und endet mit "Gaskammern" zu streichen, so daß der Absatz endet mit "Konzentrationslagern". Informieren Sie bitte das Kommissariat für Auswärtige Angelegenheiten über die Änderung des Textes.

HULL

1943 "Gaskammern" behauptet, dann wieder gestrichen Foreign Relation Documents of the United States 1943, vol. 1, page 416 - 417

740 00116 European War 1839/1197a: Telegram
The Secretary of State to the Ambassador in the Soviet Union
(Standley)

WASHINGTON, August 27, 1943 - 10 p. m.

758. I handed the Soviet Chargé today a copy of the following text of the "Declaration on German Crimes in Poland" which is to be released simultaneously by the British and ourselves on August 30:

"Trustworthy information has reached the United States Government regarding the crimes committed by the German invaders against the population of Poland. Since the autumn of 1942 a belt of territory extending from the province of Bialystok southwards along the line of the River Bug has been systematically emptied of its inhabitants. In July 1943 these measures were extended to practically the whole of the province of Lublin, where hundreds of thousands of persons have been deported from their homes or exterminated.

10) Foreign Relation Documents of the United States 1943, vol. 1, page 416 - 417

These measures are being carried out with the utmost brutality. Many of the victims are killed on the spot. The rest are segregated. Men from 14 to 50 are taken away to work for Germany. Some children are killed on the spot, others are separated from their parents and either sent to Germany to be brought up as Germans or sold to German settlers or despatched with the women and old men to concentration camps, where they are now, being systematically put to death in gas chambers.

The United States Government reaffirms its resolve to punish the instigators and actual perpetrators of these crimes. It further declares that, so long as such atrocities continue to be committed by the representatives and in the name of Germany, they must be taken into account against the time of the final settlement with Germany. Meanwhile the war against Germany will be prosecuted with the utmost vigor until the barbarous Hitlerite tyranny has been finally overthrown."

The Embassy in London has informed us that the British Foreign Office conveyed this text to the Soviet Government 3 days ago with the suggestion that the Soviet Government might issue a similar declaration if it saw fit. The foregoing is transmitted for your information, but if you consider it desirable you may transmit a copy of the above text to the Commissariat for Foreign Affairs.

HULL

Das Gernar-Rudolf-Gutachten ist wissenschaftlich

Der vereidigte Gerichtssachverständige Professor der Chemie Dr. **Henri Ramuz** (Rheinparkstr. 3/8, CH-4127 Birsfelden) hat am 18.5.1998 als vereidigter Sachverständiger in einer Expertise für das Gericht im Schweizer Châtel-St. Denis (3. Bezirksgericht) das Rudolf-Gutachten als sachgerecht korrekt bestätigt. Die schriftlich begründeten Darlegungen von Prof. Ramuz führten am 9.9.1998 zum Freispruch des Journalisten René-Louis Berclaz, der wegen Verbreitens der französischen Fassung des "rassediskriminierenden" Rudolf-Gutachtens angeklagt worden war.

Wenn Berclaz dennoch zu 4 Monaten Gefängnis mit Bewährung bestraft worden war, so wegen eines Flugblattes, in dem er die aus dem Zitat von **Nahum Goldmann**, dem langjährigen Präsidenten des jüdischen Weltkongresses:

"Ich übertreibe kaum. Das jüdische Leben besteht aus zwei Elementen: Geld einsammeln und protestieren."

die Eingangsworte *"Ich übertreibe kaum"* ("Das jüdische Paradox", S. 77) weggelassen hat. Das Gericht folgerte daraus eine Sinnentstellung.

Die LICRA -- Ligue Internationale contre le Racisme et Antisémisme --, die das Verfahren in Gang gebracht hatte, gab sich mit diesem Urteil zufrieden, offensichtlich, weil eine weitere Diffamierung des Rudolf-Gutachtens nicht mehr möglich schien und das Alterswerk **Nahum Goldmanns** "Das jüdische Paradox" (Frankfurt 1978) übergenug Peinlichkeiten für das Judentum enthält.

740.00116 European War 1939/1104a : Telegram

The Secretary of State to the Ambassador in the Soviet Union (Standley)

WASHINGTON, August 30, 1943 - 5 p. m.

767. Department's 758, August 27, 10 p. m. At the suggestion of the British Government which says there is insufficient evidence to justify the statement regarding execution in gas chambers, it has been agreed to eliminate the last phrase in paragraph 2 of the "Declaration on German Crimes in Poland" beginning "where" and ending "chamber's" thus making the second paragraph end with "concentration camps". Please inform the Commissariat for Foreign Affairs of the change in text.

HULL



15.10.1998, S. 10

Toter verletzte neun Menschen

Student Carl T. Grimm (20) aus Placentia (Kalifornien) brachte sich mit Zyanalkristallen um. Sie bildeten in seinem Körper ein tödliches Gas. Sanitäter, die ihn abtransportierten, bekamen Schwindelanfälle. So ging es jedem, der sich der Leiche näherte. Grausig: Aus dem Körper des Toten entwichen Reste des gefährlichen Gases – neun Menschen verletzt.



MINNESOTA STATE UNIVERSITY, MANKATO
REPORTER
ONLINE EDITION

15.10.1998

Selbstmorddämpfe machen neun Iowa-Schüler krank

GRINNELL, Iowa (CPX) Ein Schüler des Grinnell Colleges schluckte bei seinem Selbstmord derart viel Kaliumcyanid, daß neun Leute von den Dämpfen aus seinem Körper krank wurden.

Zwei Angestellte des Colleges, drei Schüler und vier Sanitäter wurden von den Dämpfen geschwächt oder betäubt, nachdem sie am Montag mit dem toten Körper des Studenten in Berührung kamen. Sie wurden im örtlichen Krankenhaus behandelt und dann entlassen.

Carl T. Grimm, 20, ein Oberschüler in Placentia, Calif., schluckte eine kristalline Form des Kaliumcyanids, das verhindert, daß Sauerstoff in die Zellen gelangen kann. Laut Aussagen eines Sprechers des Colleges hatte der Schüler einen Zimmerkameraden sofort gebeten, Hilfe zu holen, jedoch erst als das Wasser in seinem Körper begann, Blausäuregas zu bilden. Der Flur von Grimms Zimmer im privaten, liberalen Kunst-College, etwa 80 km östlich von Des Moines gelegen, war wegen der Dämpfe evakuiert worden. Das Grinnell Regional Medical Center, wohin Grimms Körper gebracht wurde, mußte auch gelüftet werden. Das College versucht immer noch herauszufinden, wie Grimm an das Kaliumcyanid gelangte und warum er sich umbringen wollte.

http://www.mankato.msus.edu/depts/reporter/reparchive/10_15_98/campuscope.html

Polnisches Vernichtungslager Lamsdorf

Die Kriegsziele der westlichen und östlichen Imperialstaaten waren offen auf die Vernichtung Deutschlands abgestellt und der *"erschreckendste Friede der Weltgeschichte"* ihren Führungskräften so offensichtlich, daß sie seine Bedingungen nicht zu formulieren wagten. Die täglichen Tötungsauftrufe des sowjetischen Mordhetzers **Ilja Ehrenburg** und der sowjetischen Marschälle begleiteten den Vormarsch der Roten Armee und die damit einhergehende Vertreibung von über 15 Millionen Deutschen aus ihrer Heimat. Die polnischen Partisanen haben sich diesem singulären Genozid-Szenario – ebenso wie die Tschechen, Jugoslawen und andere – eigenmächtig angeschlossen. Das seit Sommer 1944 von **Stalin** als "neue polnische Regierung" eingesetzte "Lubliner Komitee" beschloß am 4.11.1944 als "Sicherungsmaßnahme" *"alle Volksdeutschen für unbegrenzte Zeit in Arbeitslager zu verbringen"*.

Eines ihrer furchtbarsten Beispiele ist das im Juli 1945 eröffnete und Ende 1946 aufgelöste Vernichtungslager Lamsdorf in der Nähe des bislang deutschen Städtchens Lamsdorf zwischen Oppeln und Neiße in Oberschlesien. Es ist eines der wenigen von den 1.225 nach "der Befreiung" errichteten polnischen Konzentrationslager, die dank der Initiative einzelner Überlebender ausgiebig dokumentiert werden konnten.

Das 1945/47 von Russen, Polen, Tschechen, Jugoslawen veranstaltete Vertreibungsinferno in den deutschen Ostprovinzen vollzog sich in Größenordnungen von 15 - 18 Millionen Menschen mit gleichartigen Methoden und Mentalitätsvoraussetzungen wie in Lamsdorf. Zur "Rache" für angeblich deutsche Taten hätte politische und kriegsgeschichtliche Sachkenntnis gehört, die junge Bandenführer wie **Czesław Gimborski**, der sich schon als Zwanzigjähriger mit besonders mörderischem Vorgehen gegen wehrlose Deutsche als Lagerkommandant von Lamsdorf empfohlen hatte, gar nicht haben konnten! Für solche Leute wie ihn zählten nur Raubgier und Blutrausch, nicht hingegen Anliegen, die etwas mit Humanität, "Rache" oder Recht zu tun hatten!

Der "kleine Gimborski" war jedoch nur möglich, weil die großen alliierten Imperialpolitiker diese bestialischen Tötungs- und Vertreibungsstrategien vorgegeben, befohlen und sich gegenseitig genehmigt haben! So ist der Fall Lamsdorf in eine viel größere politische Dimension einzuordnen, als dies bislang geschehen ist.

Ohne Rücksicht auf die Unterbringungsmöglichkeiten wurden über 8.064 Deutsche – Kinder, Frauen, Männer, Greise, Kranke –, zumeist aus den umliegenden Dörfern des Kreises Falkenberg, nachts unerwartet aus ihren Häusern gejagt und nach Lamsdorf verschleppt. Insgesamt 6.488 – darunter 828 Kinder – sind als Tote aus dem Lager gekarrt worden. Weitere gelten als vermißt bei den Arbeitskommandos außerhalb des Lagers.^{11) S. 98}

"Die Schwerkranken und Sterbenden legte man im Lager auf

die Straße, wo sie bald verstarben, oder man tötete sie sofort. ...

Am härtesten betroffen wurden die Dörfer Bielitz, das fast völlig ausgerottet wurde, Neuleipe, Ellguthammer, Steinaugrund, Lippen, Lamsdorf, Arnsdorf, Hilbersdorf, Goldmoor, Mangersdorf, Jakobsdorf, Groditz, Kleuschnertitz, Jatzdorf u.a."^{11) S. 18, vergl. weitere S. 98}

Alle Eingelieferten waren ausschließlich deshalb erfaßt worden, weil sie Deutsche waren. Bereits den Empfang im Lager der nachts aus ihren Betten Gejagten schilderte **Dr. Esser**, wie ihn auch andere bestätigten, und selbst fanatischste antifa-Agitatoren es keinem einzigen deutschen Konzentrationslager nachgesagt haben:

"Die bereits nachts ausgeraubten Menschen eines Dorfes (oder auch schon vorher in schmutzigen Kellern Inhaftierten und Gefolterten) wurden mit dem Rest ihrer Habe ins Lager gejagt. Dort mußten sie den ganzen Tag bei Wind und Wetter vor dem Büro stehen und auf ihre Registrierung warten. Nachdem jedem einzelnen auch das Letzte, einschließlich Mantel, Rock oder Schuhe geraubt worden war, wurde er verprügelt, mit Kolben gestoßen, mit Bleikabeln geschlagen usw., so daß diese Menschen im Gesicht völlig unkenntlich, blutüberströmt und mit zerbrochenen Gliedern und Rippen weggestoßen wurden. Markerschütternde Schreie ertönten und hallten von dort in das Lager. Viele wurden erschlagen oder erschossen, die Überlebenden starben in zahlreichen Fällen an den Folgen der vorausgegangenen unbeschreiblichen Mißhandlungen ...

Die übrigen bei der Registrierung nicht Getöteten oder halb Totgeschlagenen kamen in Baracken, in denen ihnen unter furchtbaren Drohungen und Prügeln noch die Leibwische, evtl. verstecktes Geld usw. abgenommen wurde, wobei leider auch deutsche Stubenkommandanten eine niederträchtige Rolle spielten. ...

Der sogenannte -deutsche Lagerführer- Jan Fuhrmann (früherer polnischer Korporal) riß z.B. mißhandelten Müttern den Säugling aus den Armen und erschlug ihn. Vor ihm zitterte jeder Deutsche. ...

Um sich vor seinen polnischen Auftraggebern auszuzeichnen, veranstaltete er die jedem Lamsdorfer in grausamer Erinnerung gebliebene Nachttübung, bei der 25 Männer völlig entstellt und 15 getötet wurden. ..."^{11) S. 16}

Nach dem Wecken morgens um 5 Uhr verordnete er für alle – auch die 80 - 90-jährigen Männer – "Frühspurt", – mit der Folge, daß in den ersten 4 Monaten täglich ca. 10 Tote auf der Strecke blieben.^{11) S. 16}

45 Männer als "politisch Belastete" waren in eine Stube zusammengelegt, unter schrecklichen Foltern, teilweise im "Zustand geistiger Ohnmacht", zu "Geständnissen" gezwungen und anschließend alle ermordet worden.^{11) S. 14}

Doch die Mordwillkür richtete sich gegen alle Deutschen, Frauen, Kinder und Männer gleichermaßen. Sie bestimmte den Tagesablauf der Arbeitskommandos draußen und der im Lager Verbliebenen – auch in der Lazarettbaracke –, die tags und nachts betrunkenen Banditen ausgeliefert waren. Wahllos wurde geschlagen und erschlagen, gequält, vergewaltigt, erschossen. Unablässig war das Beerdigungskommando im Einsatz, bis die Wachen deren 6 Männer erschossen und zu den Leichen warfen.^{11) S. 21}

11) Heinz Esser, "Die Hölle von Lamsdorf" -- Dokumentation über ein polnisches Vernichtungslager, Dülmen 1977, Hrsg.: Landsmannschaft der Oberschlesier 40883 Ratingen-Hösel, Bahnhof-Str. 67/69, Laumann Verlag, Dülmen Postfach 1360. -- Hier Aussage des ch. deutschen Lagerarztes Dr. med. Heinz Esser.

"Die meisten Kranken mußten sterben, sei es an den Folgen der Aushungerung, sei es infolge Fehlens an Medikamenten oder Hilfsmitteln für ärztliche Behandlung oder infolge der Schwere der Krankheit und der völlig fehlenden Abwehrfähigkeit und Widerstandskraft sowie den furchtbaren Folgezuständen der unvorstellbaren Verletzungen durch Mißhandlung und Folterung. ...

Nur mit Entrüstung konnte ich feststellen, ohne es verhindern zu können, wie den Schwerkranken in den eisigen Wintermonaten bei offenen Fenstern und undichter Bedachung Decken vom Körper gerissen und als Beute eingesteckt wurden. Voller Verzweiflung mußten wir zusehen, wie die Fieberkranken und Sterbenden mit Peitschen geschlagen wurden oder wie man selbst schwerkranke Frauen und Mädchen von 14 Jahren brutal und mit sadistischen Methoden vergewaltigte." ^{11) S. 23}

Die polnische Bewachung vernichtete gespendete Medikamente und verweigerte selbst in dringenden Fällen eine Behandlung in einem 3 km entfernten Krankenhaus.

"Das Massensterben erreichte seinen Höhepunkt, als, unterstützt durch Unterernährung und Mangel an allem auch nur der primitivsten hygienischen Einrichtungen, Waschgelegenheiten, Bekleidung sowie auch Arzneien, die grundsätzlich nicht beschafft werden durften, noch Seuchen ausbrachen in Form von Bauch- und Flecktyphus, denen die Menschen massenhaft (etwa 95%) zum Opfer fielen. Die Aushungerungstaktik hatte furchtbare Auswirkungen, besonders unter den Kindern, die Tag und Nacht vor Hunger weinten und wimmerten. ..." ^{11) S. 22}

Von den 828 ins Lager eingelieferten Kinder dürften 78 als Waisen überlebt haben. Alle über 10-Jährigen waren zudem ebenfalls zu unzumutlichen Arbeiten herangezogen worden.

Am 4. Oktober 1945 brach in einer Lagerbaracke plötzlich Feuer aus. Vorliegende Anzeichen deuten darauf hin, daß die polnische Wachtruppe ihn selbst gelegt hat, war sie doch in Anwesenheit eines polnischen Brandschwerverständigen in Gestalt eines Feuerwehroffiziers mit Wodka angereichert – der etwa 20-jährige berüchtigte Lagerkommandant **Gimborski** **voran** – schon an der Brandstelle, ehe die Lagerinsassen davon etwas bemerkt hatten. Schließlich bewies ihr anschließendes Vorgehen, daß sie ein Massaker geplant und nicht etwa Brandstifter gesucht hatten. Diesen Brand nahmen die Polen zum Anlaß für "ein furchtbares Massaker", indem sie ununterbrochen und unterschiedlos alle, die sie zum Löschen zusammengetrieben hatten, wohlgezielt niederschossen.

"Nach Verbrennung der Baracke ging die Jagd auf Menschen im Lager weiter und damit auch das Erschießen. ...

285 Männer und Frauen wurden mit Gewalt aus der Krankenstube ins Massengrab geworfen, wobei sie entweder vorher durch Genickschuß getötet oder durch Kolbenschläge betäubt noch lebendig ins Grab geworfen wurden." ^{11) S. 25 + 26}

Anschließend konnte Dr. Esser über 500 Mordopfer registrieren.

Die grauenvollen, von Dr. Esser und zahlreichen anderen Zeugen dargelegten Erlebnisse bestätigen sich in variationsreicher Vielfalt, daß wir sie hier unseren Lesern ersparen wollen. Man möge sie in ihren Originalberichten nachlesen.¹¹⁾ Eines sei jedoch hier festgelegt: Alle diese Erlebnisberichte sind so realistisch und widerspruchsfrei formuliert und mit Namen und Zeitangaben belegt, daß sie sich grundsätzlich von dem Gros der nach dem Zweiten Weltkrieg gegen "deutsche Täter" vorgebrachten Untaten abheben. Der Dokumen-

tationswert dieser Berichte ist zudem dadurch abgesichert, daß die Landsmannschaft der Oberschlesier sie auf das sorgfältigste überprüft, unabhängig hiervon der Historiker Professor Dr. Werner Fraudentst noch einmal "nur hieb- und stichfeste Darstellungen" zur Veröffentlichung vorge-schlagen und ein später gegen den deutschen Stubenkommandanten Paul L. durchgeführter Schwurgerichtsprozeß die Gesamtanlage in Lamsdorf 1945/1946 noch einmal aufgerollt hat. Zudem ist die polnische Regierung im April 1965 offiziell mit diesen Berichten konfrontiert worden.

In diesem Zusammenhang gewinnt auch folgende Bekundung von Dr. med. Esser besondere Bedeutung:

"Die Polen behaupteten immer wieder, in der Nähe des Lagers Lamsdorf seien angeblich 90.000 Polen von den Deutschen erschossen worden und in Massengräbern im früheren russischen Kriegsgefangenenlager verscharrt worden.

Eines Tages erschien eine Kommission unter Führung eines hohen russischen Offiziers und namentlich bekannter alliierter Offiziere, um die Angelegenheit der Massengräber zu untersuchen.

Die Lagerinsassen erhielten den Befehl, sofort geschlossen zum Massenfriedhof zu marschieren und mit der Ausgrabung der Toten zu beginnen. Soweit diese Arbeiten unter Aufsicht russischer Truppen ausgeführt wurden, verliefen sie normal und unter einigermaßen menschlichen Bedingungen. Daß die Menschen im Lager kein Essen erhielten, wußten die Russen nicht. Soweit sie es in Einzelfällen erfuhren, teilten sie ihr Brot mit den Unsrigen.

Aber an den abseits gelegenen Gräbern vollzogen sich Greuelsenzen. Unsere Männer und Frauen mußten unter furchtbaren Schlägen der polnischen Posten mit den bloßen Händen die verwesenen Leichen ausscharrten, von morgens bis abends. Dabei kam es zu unvorstellbaren Bestialitäten. Frauen mußten auf Befehl der polnischen Miliz die Leichen küssen und wurden mit diesen in schamlose Berührung gebracht. Der Verwesungsgeruch der Leichen drang in die nasen Kleider und abends in das Lager und in die Stuben. Der furchtbare Geruch ging wochenlang nicht mehr hinaus.

Nach einigen Tagen wurde ich unter Bewachung vorgeführt und gezwungen, an der ärztlichen Untersuchung der Leichen teilzunehmen.

Bei keiner dieser Leichen wurden Anzeichen einer gewaltsamen Todesursache festgestellt. Es befanden sich auch einige Deutsche darunter, wie man an den Erkennungszeichen feststellen konnte.

Der russische Offizier erklärte ruhig und sachlich in wenigen Worten unseren Leuten, die Untersuchungen haben für die Deutschen nichts Belastendes ergeben!

Ich konnte die Zahl der Toten nicht feststellen. Es mögen annähernd 500 gewesen sein. Es waren die Opfer einer Tuberkulose- und Flecktyphus-Epidemie." ^{11) S. 27 + 28}

"Die Hauptschuldigen aus dem Lager Lamsdorf sind der ehemalige Kommandant Czeslaw Gimborski, sein erster Gehilfe Ignaz, seine Komplizen Antek, ... Jan Fuhrmann, ein gewisser Pawlik und die übrigen mit Namen nicht bekannten

sowie der Feuerwehrmann Nowak ...

Nach Absetzung des Mörders **Gimborski** hörte der Massenmord in der bisherigen Form zwar auf, während die Vernichtung durch Hungerung und Seuchen weiterging. ...

Im Vordergrund des Lagerterrors stand nun das Schänden der Frauen und Mädchen durch betrunkene Polen, die nach ärztlicher Feststellung alle geschlechtskrank waren. ...^{11) S. 28}

Im Juni 1946 wurden die ersten Inhaftierten, total ausgemergelt und in Fetzen, entlassen, doch nur ein Teil erreichte Westdeutschland, viele andere wurden in andere Arbeitslager verbracht, teils aus den Heimkehrtransporten wieder herausgeholt.

Das in der genannten Publikation im Gesamttext abgedruckte Schwurgerichtsurteil vom 20. Dezember 1951 (Hannover: 2 Ks 1/51 28 a 6/51)^{11) S. 82 ff} gegen den deutschen Stubenkommandanten **Paul L.** als Mittäter wegen Beihilfe zum Mord, schwerer Körperverletzung pp. hat die noch einmal gerichtlich überprüften Zustände des Lagers Lamsdorf in den Worten zusammenfaßt:

"Im Juni 1945 richtete die polnische Untergrundbewegung hier (im ehemaligen Wehrmachtslager für russische Kriegsgefangene) ein Konzentrationslager für Deutsche ein. In den etwa 5 bis 6 Baracken mit etwa 7 - 10 Stuben waren während der Dauer des Bestehens dieses Lagers vom Sommer 1945 bis Herbst 1946 jeweils zwischen 600 und 1.200 Menschen untergebracht. Nach und nach wurden die Einwohner von etwa 14 Ortschaften - meistens aus dem Kreise Falkenberg - hier untergebracht. Der Grund der Aussiedlung der Deutschen durch die Polen war in erster Linie, die so verlassenen deutschen Dörfer ungehindert ausplündern zu können.

Ob das Lager von der polnischen Regierung ausdrücklich eingerichtet worden ist, hat nicht aufgeklärt werden können. Es scheint eher, als ob polnische Partisanen - allerdings mit stillschweigender Duldung polnischer Regierungsstellen - dieses Lager von sich aus eingerichtet haben.

Polnischer Lagerkommandant war bis etwa zum 10. Oktober 1945 ein teils als »Kongreßpole«, teils als »polnischer Jude« bezeichneter und als besonders grausam geschilderter Mann namens **Gimborski**. Ihm zur Seite standen etwa 30 polnische Milizianten als Wachmannschaften. Unter ihnen befand sich ein bei den deutschen Lagerinsassen sehr gefürchteter und als einflußreich geschilderter Mann, der unter dem Namen »**Ignaz**« bekannt war, ohne daß dessen legale Stellung im Lagerkommando hätte festgestellt werden können. Er war jedenfalls ein dem **Gimborski** an Grausamkeit und Brutalität gleichkommender Miliziant, der bei jeder sich bietenden Gelegenheit in grausamer Weise die deutschen Männer, Frauen und Kinder mißhandelte, totprügelte bzw. erschöß.

Als sogenannter »deutscher Lagerkommandant« fungierte ein gewisser **Fuhrmann**, der den Polen für die Ordnung im Lager verantwortlich war und dem von den deutschen Lagerinsassen nachgesagt wurde, daß er den Polen an Grausamkeit gleichzukommen versucht habe.

Außer **Fuhrmann** hat noch eine gewisse traurige Bekanntheit in diesem Lager ein Mann namens **Herbert Pawlik** erlangt, der - ursprünglich Deutscher - dort für Polen op-

tiert hatte und sich als Spitzel für die Polen hervorgetan hat.

...

Die Deutschen waren im Lager getrennt nach Männern, Frauen und Kleinkindern, kinderlosen Frauen und Mädchen, sowie die Knaben im Alter bis etwa 15 - 16 Jahren untergebracht. Familien wurden rücksichtslos auseinandergerissen. Kamen Angehörige dennoch einmal insgeheim zusammen und wurden sie dabei von der polnischen Miliz gefaßt, dann gab es dafür entsetzliche Prügelstrafen bzw. die Todesstrafe. Vergewaltigungen der Frauen durch Polen waren an der Tagesordnung. ...

An Verpflegung gab es für die Deutschen täglich mittags ½ Liter Wassersuppe, dazu morgens oder abends 3 - 4 alte, meistens faule, anfangs sogar ungekochte, Kartoffeln und eine halbe Scheibe Brot. Ferner gab es auch ein wie Tee aussehendes Getränk, das von den Lagerinsassen aus Kräutern innerhalb des Lagers bereitet wurde. Diese Nahrung entsprach einem täglichen Kaloriengehalt von etwa 150 bis 200 Kalorien, so daß die Menschen nach etwa 2 - 3 Wochen an dieser Hungerration versterben mußten, falls sie nicht zusätzliche Nahrung in Form von Liebesgabenpaketen von den außerhalb des Stacheldrahtes befindlichen Deutschen erhielten.^{11) S. 82 ff}

Nach Plünderung dieser Gaben durch die Polen und Stubenkommandanten erhielten die Adressaten das Übrige-biebene. In der Urteilsbegründung folgen die von den verschiedensten Zeugen geschilderten Schläger- und Mordszene anläßlich des täglichen »Frühsports« und der Zählappelle morgens und abends. Bestätigt wird die Kurzfristigkeit der Austreibung »innerhalb weniger Minuten in der Mehrzahl der Fälle«, die anschließende Ausraubung der Vertriebenen von den Resten ihrer noch schnell mitgenommenen Habe, die katastrophalen hygienischen und sanitären Lagerverhältnisse bei fehlender Wasserleitung, Hunger und Kälte, die grassierende Läuseplage mit Folge der anschließenden Fleckfieber-Epidemie im Winter 1945/46, die Verweigerung medizinischer Instrumente, Medikamente und Bettwäsche, die unter ständigen Schlägen, Todesdrohungen und willkürlichen Morden erzwungene Schwerstarbeit, bei der in der Landwirtschaft eingesetzten Frauen und Männer, die u.a. wie Zugtiere Pflüge, Eggen oder vollbeladene Wagen ziehen mußten. Die Flucht eines Häftlings wurde mit Erschlagen des gesamten jeweiligen Arbeitskommandos geahndet.

"Bei diesen Zuständen lag die Sterbeziffer im Lager sehr hoch. Die untere Grenze war im allgemeinen bei etwa 10 Toten pro Tag, die obere Grenze bei etwa 30 Toten. Es gab allerdings auch Tage, wo die Polen darüber hinaus in ganz besonderer Weise gegen die Deutschen wüteten. Hierzu zählt einmal die erste Nacht, die der Angeklagte im Lager verbrachte. Er war mit einem Schub von etwa 60 - 70 Leuten aus Falkenberg nach Lamsdorf nach einem anstrengenden Fußmarsch gekommen. In der ersten Nacht veranstalteten die Polen mit diesen halb verhungerten Menschen eine sogenannte »Nachtübung«, wobei sie etwa die Hälfte der Menschen - und zwar solche, die nicht schnell genug »auf-nieder« machen konnten - erschlugen. Dem Angeklagten selbst wurde in dieser Nacht ein Arm gebrochen.

Ein weiterer Schreckenstag für die Deutschen war der 5. Oktober 1945. An diesem Tage brannte auf einmal vormit-

tags eine der Lagerbaracken. ... Währenddessen schossen die Polen blindlings in die Menge, die dadurch teils ins Feuer getrieben wurde und so elendig umkam, teils den Kugeln der Polen zum Opfer fiel. Mehr als 50 Deutsche kamen allein an diesem Tag ums Leben.

Durch all diese Methoden sollen die Polen, wie es der Lagerarzt **Dr. Esser** auf Grund seiner Berechnungen dem Gericht anschaulich gemacht hat, während der Dauer des Bestehens dieses Vernichtungslagers mehr als 6.000 Deutsche umgebracht haben.

Die Verhältnisse im Lager besserten sich entscheidend mit einem Wechsel in der polnischen Lagerleitung, der etwa um den 10. Oktober 1945 erfolgt ist."

Dieser Wechsel in der polnischen Lagerleitung war offensichtlich ein Ergebnis des vorangegangenen Barackenbrandes und des damit verbundenen gezielten Massenmordes der polnischen Posten, der nicht ohne Befehl hatte spontan durchgeführt werden können.

Im Jahre 1957 waren Czeslaw Gimborski und Ignaz Szy-pula in Oppeln vor ein polnisch-kommunistisches Gericht gestellt worden. Zwar wurden dort auch ehemalige deutsche Häftlinge als Zeugen vorgeladen, doch waren diese aus Erinnerung an die erlebten Schrecken im Lager und der ohnehin gewohnten kommunistischen Willkürherrschaft und Schauprozessregie so verängstigt, daß aus ihren Aussagen die wahren Zusammenhänge kaum ans Tageslicht gekommen sein dürften. Wie auch immer dies jedoch zu beurteilen sein dürfte – Prozeßakten stehen uns nicht zur Verfügung –, der Prozeß war ohnehin geheim. Erst Jahre später wurde bekannt, daß die Angeklagten freigesprochen worden waren.

Am 13. April 1965 sandte die Landsmannschaft der Oberschlesier einen Aufruf über die Verbrechen in Lamsdorf an

die polnische Regierung, nachdem sich die rot-polnische Regierung bislang geweigert hatte, zu den mehrfach angebotenen Beweisunterlagen Stellung zu nehmen.

In diesem Aufruf zur Stellungnahme und Verurteilung der für die benannten Verbrechen Verantwortlichen ist dargelegt, daß – abgesehen von durchgängigen Mißhandlungen und ungezählten Folterungen sowie Vergewaltigungen – bewieskräftig sind: 6.480 Mordopfer, davon 1.462 namentlich bekannte, als Folge von Erschießen, Erschlagen, lebend Begraben, lebend Verbrennen, Mord nach schweren Folterungen, geplanter Hungertod, verweigerter ärztlicher Versorgung und Sanierung chaotischer hygienischer Verhältnisse mit damit verbundenem Seuchentod.

Diesmal veranlaßte die polnische Regierung die Zeitung *Kierunki*, Warschau-Krakau in der Nr. 23 vom 6. Juni 1965 zu antworten. Dort hieß es u.a.:

Lamsdorf ist kürzlich ein Museum errichtet worden.

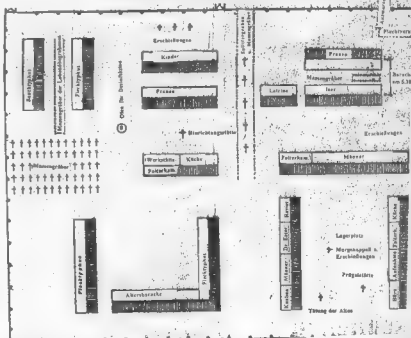
"Denjenigen, denen an einer Ehrenrettung der Geschichte des 3. Reiches gelegen ist, ist die Erinnerung an nationalsozialistische Verbrechen schlechthin peinlich, umso mehr, als diese scheußlichen Verbrechen von der heute offen und offiziell in der Bundesrepublik rehabilitierten Wehrmacht begangen worden sind. Lamsdorf ist ein Dokument für die historische Kontinuität deutscher Verbrechen.

Während des Ersten Weltkrieges hat hier bereits ein Lager bestanden, in dem französische Kriegsgefangene umkamen. Ganze Jahrzehnte hindurch ist es weiter ausgebaut worden. Nach der Befreiung verblieben als materielle Substanz einige zerstörte Baracken, und zwar diejenigen, in denen während des Krieges die unter den Kriegsgefangenen noch am besten behandelten Engländer und Franzosen untergebracht waren, sowie die Gebäude, in denen die Wehrmacht ihre Quartiere hatte.

Das war der Grund dafür, daß sogleich nach der Befreiung auf dem Gelände des ehemaligen Stalag VIII B Lamsdorf ein Repatriierungspunkt für Deutsche aus den umliegenden Dörfern eingerichtet worden ist.

Die völkische Situation war hier, wie übrigens in der ganzen Region der damals wiedergewonnenen Gebiete, unerhört kompliziert. Eine entschiedene Mehrheit der Einwohner besaß die deutsche Staatsangehörigkeit. Das bedeutete aber noch nicht, daß sie in der Mehrheit Deutsche waren. ...

Bei dieser Lage der Dinge haben die polnischen Behörden erlaubt, daß diejenigen Einwohner, die innerhalb von 14 Tagen eine Treuerklärung für das polnische Volk nicht abgeben, ihre Bauernhöfe verlassen mußten. In der Praxis ist übrigens diese Frist von 14 Tagen nicht eingehalten worden. Die einzelnen Dörfer sind aufgesucht und Gespräche mit den Einwohnern über die Treuerklärung geführt worden. Lamsdörfer, die diesen fraglichen Zeitab-



Lagerskizze nach den Aufzeichnungen des deutschen Lagerarztes Dr. Heinz Esser 1946. Die polnische Lagerführung hatte keine Skrupel, ihre Morde im Anblick der Inhaftierten durchzuführen und ihre Mordstätten sowie Opfer weitgehend im Lagerbereich zu hinterlassen.

schnitt aus eigener Erfahrung erlebt haben, stellen fest, daß zwischen der Aufforderung und Einweisung einer deutschen Familie in das Sammellager meistens etwa 2 - 3 Monate verfloßen sind.

Die Repolonisierung dieser Gebiete war ein äußerst vor-dringliches Anliegen, denn davon hing wesentlich die Mög-lichkeit ab, der Bevölkerung schnell Ruhe und Sicherheit zu geben. ...

Die deutsche Bevölkerung in den Dörfern unterstützte nicht nur die Banden, sondern führte selbst Sabotage- und Terroraktionen durch; sie stiftete Unruhe und Verwirrung. Die Umsiedlungsaktion der aktiven deutschen Bevölkerung war deshalb in dieser Situation eine dringende Notwendig-keit. ...

Damals konnte übrigens niemand voraussehen, daß be-reits nach wenigen Jahren in Deutschland der Versuch un-ternommen werden würde, die Wahrheit über Lamsdorf durch Lügen zu vertuschen. ...

Zyklisch wiederholen sich in der deutschen Geschichte Wellen, in denen andere Völker der Verbrechen beschuldigt werden." (1) S. 56

Das polnische Volk habe sich nach seiner Befreiung nicht das Recht auf Vergeltung angemaßt, *"das wäre mit seiner völkischen Würde und Moral nicht vereinbar gewesen."* (1) S. 56.

Es bleibt bei der ausschließlichen deutschen Schuld und den verwerflichen revanchistischen Zielen der Deutschen. Die Deutschen greifen auf die *"alte bewährte Methode des deutschen Imperialismus"* zurück, andere der Verbrechen zu beschuldigen. Die deutsche Geschichte sei *"seit Jahrhunderten vom Wahn fanatischer Expansionsvorstellungen ge-formt"* gewesen.

Der einzige "Täter", den die polnische Regierung in ihrer Antwort erwähnt, ist der angebliche *"zweite Lagerkomman-dant"*. Und ausgerechnet dieser Fuhrmann sei ein Deutscher gewesen. -- Den Barackenbrand haben die Häftlinge, die mit *"Banden in den Wäldern zusammengearbeitet"* hätten, selbst entfacht und zu bekämpfen verweigert. So gab es für die Lagerposten keinen anderen Ausweg, als von der Schußwaffe Gebrauch zu machen, *"zumal sie noch eine weitere Aktion von außen her befürchten mußten"*.

"Die Gerichtsverhandlung gegen Czeslaw Gimborski am 20. Dezember 1957 hat unwiderleglich den provokatorischen Charakter der ganzen Aktion erwiesen. ...

Czeslaw Gimborski, heute Major der Bürgermiliz im Wo-jewodschaftskommando Katowitz, ein Mann, dessen ganze Familie von den Nationalsozialisten ermordet worden ist, hat in Lamsdorf niemanden ermordet." (1) S. 59 - 60

Im übrigen seien in Lamsdorf nicht mehr als 4.000 Deut-sche durchgegangen. Zugegeben wird die anfänglich schlechte Ausgangslage des Lagers, die fehlenden sanitären Anla-gen, die mangelhafte Versorgung mit Lebensmitteln und Me-dikamenten, *"aber es gab keine andere Möglichkeit"*, Besse-res zu gestalten. Der Typhus sei aus einem Dorf in das Lager eingeschleppt worden. Hieran waren die Deutschen ebenfalls schuld. Nur 10 - 20 Deutsche seien während der gesamten Lagerzeit geflohen, was für *"die wirklichen Umstände"* ange-sichts fehlenden Stacheldrahtes, weniger Posten und fehlen-

der Wachtürme und Arbeit auf den Feldern außerhalb des Lagers spreche.

"Die ersten Tage der Freiheit in der Geschichte unseres Volkes waren kein leichter Zeitabschnitt, vor allem in un-seren West- und Nordgebieten, die wir nach ihrer jahrhunder-telangen Unfreiheit wiedergewonnen haben. Die oft drama-tisch komplizierte Volkstumsituation in diesen Gebieten war das Ergebnis jahrelanger Germanisierung durch die Er-oberer und Okkupanten ..."

Das Verhalten der Polen gegenüber den umzusiedelnden Deutschen sei besonders schwierig gewesen, weil *"die Ok-kupanten"* -- gemeint waren die Deutschen -- das *"Land be-stialisch zerstört und verwüstet"* hätten und die Polen dabei *"ihre nationale Würde so eindeutig erwiesen hatten"*.

"Auf die gegen uns von den neofaschistischen Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland gerichteten Verleumdun-gen zu antworten ist wichtig, weil es für unsere jungen Ge-nerationen einen ungeheuren Erziehungswert besitzt." (1) S. 61

Diese offiziell der Presse überlassene Antwort ist nicht nur typisch für die geistige Auseinandersetzung der Po-len mit den Deutschen in bezug auf die Lagerverhältnisse in Lamsdorf 1945/1946, sondern für die gesamten Schick-salsfragen beider Völker, -- zumindest für die Zeit seit Ende des Ersten Weltkrieges bis in die Gegenwart.

Eindeutig ist erkennbar, daß seitens der Warschauer Politiker alles, aber auch buchstäblich alles an Fakten auf den Kopf gestellt, hemmungslos gelogen, der Okkupant zum Befreier, der Heimatvertriebene zum Eroberer und Okkupanten, der Mörder zum verleumdeten makellosen gentleman, der Opfer-Anwalt zum neofaschistischen Re-vanschisten umfunktioniert wird. Nichts wird sachlich beantwortet, selbst bei klarster Sachlage! Und dies im Namen der Würde der polnischen Nation mit Erziehungs-wert für die jungen Generationen!

Polens Außenminister Skubiszewski belehrte ergänzend die Repräsentanten der Bundesrepublik -- Bundespräsident Richard v. Weizsäcker und Außenminister Dietrich Gen-scher --, daß die von diesen dem deutschen Volk schon beige-brachte *"erzwungene Wanderschaft"* tatsächlich zu keinerlei Beanstandungen Anlaß geben konnte, hatten doch

"die deutschen Umsiedler viel Gepäck und Verpflegung, gesicherte ärztliche Pflege und reisten unter ordentlichen Bedingungen." (2)

Doch bereits am 16. August 1945 hatte sogar Winston Churchill im britischen Unterhaus hierüber eine ganz an-dere Befürchtung geäußert:

"Außerordentlich hohe Zahlen von Deutschen sind überhaupt nicht aufzufinden. Es ist nicht unmöglich, daß sich hinter dem Eisernen Vorhang eine Tragödie fürchterlichen Ausmaßes entwickelt." (3)

Er wußte, wovon er sprach, hatte er diese Entwicklung doch selbst eingeleitet und kannte seine sowjetischen und sonstige Bündnispartner. Sein Informationsminister Bren-dan Bracken hatte nicht ohne Grund am 29.2.1944 ein Rund-schreiben an alle höheren Beamten Englands und die führen-

(2) Deutsche Nationalzeitung, München 11. Mai 1990.

(3) Village Voice, New York, 30. März 1993.

den Männer der britischen Presse verfaßt.

"Angesichts der zu erwartenden Bestialitäten beim Vormarsch der Roten Armee in Osteuropa können wir die Weltöffentlichkeit davon nur durch verstärkte Greuelpropaganda gegen Deutschland ablenken." ¹⁴⁾

1974 hatte die Bundesregierung bekundet, eine Dokumentation über die Vertriebungsverbrechen anzulegen. Nach Einvernahme von etwa 100 Zeugen hörte man von diesem Projekt nichts mehr. Die Staatsanwaltschaft in Hagen, die sich um die Strafverfolgung der Verbrecher von Lamsdorf bemüht hatte, wurde darauf hingewiesen, daß -- so auch die erboste polnische Presse -- solche Strafverfolgungsbemühungen "der Nationalisten den Normalisierungsprozeß zwischen der BRD und der Volksrepublik Polen verhindern".

"Im übrigen sei es angesichts der nach den polnischen Gesetzen bestehenden Rechtslage nicht sinnvoll, die genannten Geschehnisse zum Gegenstand von Besprechungen zu machen. Die Bundesregierung sei nicht bereit, sinnlose Sachen anzugehen." ¹⁵⁾

Die bereits 1966 vom Bundesvorstand der Landsmannschaft Oberschlesien erstattete Strafanzeige gegen 7 namentlich bekannte Polen, die für die Verbrechen im Lager Lamsdorf verantwortlich waren, endete ohne Ergebnis.

Anläßlich seines Warschau-Besuches im Mai 1990 bemühte sich Bundespräsident Richard v. Weizsäcker, von Polen "gru-

ten Gewissens die deutsche Einheit legitimiert" zu bekommen, forderte die Deutschen zur "Rücksichtnahme und Sensibilität" gegenüber Polen auf und wies in Tischreden nicht etwa polnische Forderungen auf "Wiedergutmachung" usw. zurück, ¹⁶⁾ sondern wußte nur etwas zur Bekräftigung der deutschen Schuld und "dem Grauen, mit dem wir Ihr Land überzogen haben", vorzutragen. Die Amputation des eigenen Landes sei "als Folge eines Menschheitsverbrechens unantastbar und unverletzlich". ¹⁷⁾

Am 16. März 2007 tönte Bundeskanzlerin Angela Merkel anläßlich ihres Staatsbesuches in Warschau vor Studenten der dortigen Universität ebenfalls im Gleichklang mit den polnischen Propagandaschablonen aus der Vorkriegs- und Stalinzeit mit Globalanklagen gegen das deutsche Volk, angefangen von dessen alleiniger Kriegsschuld bis zu "mehr als 6 Millionen" polnischen Kriegsopfern. ¹⁸⁾ Von polnischen Verbrechen seit 1918 kannte sie keines, jedenfalls hatte sie nichts "aufzurechnen". Sie mahnte auch nicht etwa die Polen, "ihre Vergangenheit anzunehmen", sondern nur die Deutschen, die nun endlich Ruhe geben und Verzicht auf alles leisten, Raub der Heimat, Vertreibung und Massenmorde Fremder an Deutschen als rechtens anerkennen sollten. Und schließlich:

"Es kann keine Umdeutung der Geschichte durch Deutschland geben!" ¹⁹⁾

Grotesk und würdelos!

Polnisches Vernichtungslager Zgoda bei Schwientochlowitz im oberschlesischen Industriegebiet

Death Camp at Swietochlowice, Poland Jews murdered Germans

"The Wrath of Solomon", A long feature story in the March 30, 1993 *Village Voice* by John Sack reports that many thousands of Germans died from torture, beatings and disease at a camp at Swietochlowice, Poland. Communists often put Jews in charge of such camps where Germans were tortured and killed long after WW II ended. Many of the Germans were Christians.

Nobel Prize recipient and first chairman of the US-Holocaust Memorial Museum says that "In Buchenwald they (the Germans) sent 10.000 (mainly Jews) to their deaths every day." The authoritative International Tracing Service of Arolsen, an affiliate of the International Red Cross, stated in 1984 that the number of documented deaths (of both Jews and non-Jews) at Buchenwald during the war was 20.671. Most were unfortunate victims of a catastrophic war, not German policy. When the Communists took over Buchenwald at least 13.000 and as many as 21.000 Germans died in Soviet run Buchenwald ("Buchenwald: Legend and Reality", Christian News Encyclopedia. pp. 2.913-4). ..."

Vorstehende Einleitung haben wir dem 10-seitigen Aufsatz von John Sack in der New Yorker Wochenzeitung *Village Voice* vom 30. März 1993 im Original wiedergegeben, um deutlich zu machen, daß der 1930 geborene jüdisch-amerikanische Autor nach 7-jährigen Recherchen in Polen und Deutschland ernsthaft um die Aufarbeitung der historischen Wahrheit bemüht war und sich nicht scheute, die vielen in Zgoda ermittelten Greuelaten und 3.000 - 4.000 Morde hier und anschließend in seinem Buch "An Eye for an Eye" ¹⁹⁾ der Öffentlichkeit zur Kenntnis zu bringen. Täter, Überlebende und



Solomon (Schlomo) Morel,
The Jewish Commandant
hat nach vielfältigen Aussagen sogar von Juden Tausende wehrloser
Deutscher umgebracht. Sein bevorzugtes
Schlaginstrument waren Stuhlbeine,
seine Kumpans meist jüdische Partisanen aus Lublin. ¹⁹⁾ S. 186, 322, 368

14) Edward Rozek, "Allied Wartime Diplomacy -- A Pattern in Poland", London 1958, S. 209 - 210 -- Vergl. HT Nr. 23, S. 40.

15) *Die Welt*, 10. März 1977.

16) *UN (Unabhängige Nachrichten)*, Bochum 7/1990 S. 4. -- Bis 15.11.1989 erhielt Polen von der BRD Leistungen im Wert von 7,478 Milliarden DM. Weitere Leistungen in Milliardenhöhe waren vorgesehen.

17) In der polnischen Statistik sind u.a. die deutschen Mordopfer russischer und polnischer Heimatvertreiber als jüdische Mordopfer "deutscher Kriegsverbrecher" aufgeführt. -- Vergl. HT Nr. 59, S. 33 ff.

18) *Deutsche Nationalzeitung*, 23.3.2007.

unterschiedlichste Archivalien waren seine Informationsquellen.

Die Tatsache, daß **John Sack** selbst Jude ist, hatte es ihm ermöglicht, mit dem 1945 = 23-jährigen Lagerkommandanten **Solomon (Schlomo) Morel** viele vertrauliche Gespräche führen zu können. So hat er erfahren, daß dessen Eltern und sein Bruder 1943 von Polen erschossen worden sind – entscheidende Einzelheiten über die Hintergründe dieser Morde blieben unbekannt.^{19) S. 321} **Focus** machte aus ihnen flugs „Nazi-Kollaborateure“, wußte aber auch nichts Näheres. Wären dies polnische „Nazi-Kollaborateure“ gewesen, hätte **Morel** dies **John Sack** mitgeteilt, schon allein, um seinen Haß gegen die Deutschen zu motivieren. Näher liegt der Gedanke, daß es sich hier um eine Auseinandersetzung zwischen kommunistischen und den von London aus geführten Partisanen gehandelt haben dürfte. Bekanntlich waren **Stalins** Leute mit den unerwünschten Polen nicht zimperlich umgegangen. Jedenfalls **Schlomo Morel** hat sich den obsiegenden polnisch-kommunistischen Partisanen angeschlossen.^{19) S. 321}

Focus zitierte in der Ausgabe 15/1993 einen kurzen Auszug von **John Sack** über die Tätigkeit des Lagerkommandanten **Morel**:

„In Swietochlowice, vor allem in der gefürchteten »Braunen Baracke« ließ er seinen Rachegefühlen freien Lauf und erschlug allein oder zusammen mit anderen mehrere tausend Deutsche.“
...“ 20) S. 133

Einzelheiten dieses täglich grausam-sadistischen Vorgehens von **Morel** und seinen Leuten hat **John Sack** vielfältig geschildert. Auch diese wollen wir hier unseren Lesern ersparen, dennoch muß uns bewußt bleiben, was diese unschuldigen ostdeutschen Menschen als Folge einer singular-beispiellosen Völkermordpropaganda und verlogenen alliierter Regierungspolitik zu erleiden hatten.

Zwei kurze Auszüge aus im Bundesarchiv Koblenz hinterlegten Berichten bestätigen ergänzend das, was **John Sack** zusammengestellt hat:

Erlebnisbericht des Buchhalters W.F.:

„Die 3 folgenden Wochen (nach Einlieferung ins Lager Zgoda am 10. Juli 1945) waren die schrecklichsten meines Lebens. Zehn Tage bekamen wir nur eine dünne Kraut-Suppe, dann ein Viertel Brot. Die Baracke war verseucht, 4 Mann auf einer Prille, 150 Mann »Bodenpersonal«, die überhaupt kein Bett hatten. Läuse und Wanzen zu Millionen.“

Diese Unterernährung und das Ungeziefer bewirkten, daß Typhus ausbrach. Jeden Tag fuhr ein großer Bretterwagen mit den nackten Toten zum Tore hinaus. Fast jeden Tag gingen Transporte in die benachbarten Gruben und Hütten. Das Lager faßte etwa 5.000 Menschen. Kommandant war ein gewisser **Morel**, ein Schweinehund ohnegleichens. Aber auch unter seinen Leuten forderte die Seuche Opfer.

Am 30. Juli wurden wir 50 Mann nach Baildonhütte in Kattowitz-Domb verfrachtet. Diesen Umständen habe ich es zu danken, daß ich überhaupt mit dem Leben davonkam.“^{21) Bd. 2, S. 205}

Bericht von Frau J.F.:

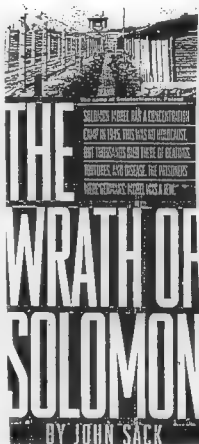
„Den Frauen wurde auf Befehl des Kommandanten die Haare völlig abgeschnitten. ...“

Das Lager hatte 7 Baracken. In einer davon waren nur Mitglieder der NSDAP untergebracht. Diese Baracke war so überfüllt, daß einer neben dem andern kauern mußte, und keiner konnte sich weder hinlegen noch ausstrecken. Der Anblick dieser zum Skelett abgemagerten Männer war entsetzlich. ...

Als im Juni die Typhusepidemie ausbrach, starben täglich 60 bis 70 Menschen. Drei bis viermal täglich fuhr der Arbeitswagen,

19) John Sack, „An Eye for an Eye – The Untold Story of Jewish Revenge Against Germans in 1945“, New York 1993, Basic Books Inc. – deutsche Ausgabe: „Auge um Auge – Die Geschichte von Juden, die Rache für den Holocaust suchten“, Hamburg 1995, Kabel Verlag.
20) **FOCUS**, 15/1993, 10. April 1993.

21) Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße, der Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, 8 Bände, München, Deutscher Taschenbuchverlag; unveränderter Nachdruck aus 1953 ff.



Ein ehemaliger Auschwitz-Häftling zu **John Sack**:

„Ich würde lieber 10 Jahre in einem deutschen Lager leben, als auch nur einen Tag in einem polnischen.“^{19) S. 136}

von Gefangenen gezogen, auf den Friedhof.

Es kamen trotz der vollkommenen Überfüllung der Baracken täglich Transporte von Männern. Die ließ man Tag und Nacht auf dem Hof stehen, verhörte und mißhandelte sie und transportierte sie zu den Gruben zur Arbeit. Von da kam keiner mehr wieder. ...

Ich selbst bin dann auch an Typhus erkrankt. Wir lagen in den Baracken ohne jegliche Betreuung und ärztliche Hilfe. Viele Frauen bekamen Geschwüre, die infolge des vorhandenen Ungeziefers und der furchtbaren Zustände voller Würmer waren. Ich lag mehrere Tage bettlägerig auf meinem Lager, und als ich wieder aufwachte, waren im Saal nur noch ein Zehntel der Frauen, die mit mir erkrankt waren. ...“^{21) Bd. 2, S. 324}

Unabhängig von der bedeutsamen Dokumentation „Der Tod sprach polnisch“,²²⁾ in der auch die Nachkriegskonzentrationslager der Polen mit erfaßt sind, liegt unserem Vortrag noch die Aussage eines Erlebniszeugen vor, der ungenannt bleiben wollte, dessen Bericht aber für die Geschichtswissenschaft erhalten bleiben sollte, weil er, mit einer Vielzahl von Namen und Einzelheiten angereichert, die übrigen Belege von **John Sack** bestätigt:

„... Hier – in der Markthalle von Schwientochlowitz, das war das Sammellager, und was sich hier an Unmenschlichkeiten und

22) „Der Tod sprach polnisch – polnische Grausamkeiten an Deutschen 1919 - 1949“, 24035 Kiel 1999, Arndt Verlag Postfach 3603 + Joachim Nolywaika, „Polen nicht nur Opfer“, 01591 Riesa 2006, Deutsche Stimme Verlag, Mannheimer Str. 4.

grausamem Treiben ereignet hat, läßt sich kaum beschreiben – wütete der Lagerkommandant Morel mit seinen Schergen. Täglich kam er mit seinem Stabe betrunken in die mit über 2.000 deutschen Männern gefüllte Markthalle, sie schossen blindlings in die Menge, schlugen wild mit der Hundepeitsche und Gummiknüppeln auf die wehrlosen Opfer ein, suchten sich immer einige heraus, die dann außerhalb der Halle erschossen wurden. Der Zustand in der Halle ging ins Unerträgliche...

Der Sadismus und das Tyranisieren wollte nicht enden. Ich sehe noch einen Bergrevierinspektor aus Königshütte, der einen Spitzbart trug, und einen anderen Spitzbartträger sich gegenseitig die Barthaare herausreißen, mit Schlägen mit der Hundepeitsche bis zur Bewußtlosigkeit dazu angetrieben. Prothesenträger und Beinverletzte mußten über Böcke von Verkaufsständen springen bis sie liegen blieben u.a. mehr. ...

In Zgoda war erst recht die Hölle los. Aus allen Gegenden Schlesiens wurden deutsche Menschen nach Zgoda gebracht. Eine Baracke war sogar mit Frauen belegt. ...

Daß das Lager Zgoda nur auf die Vernichtung und Ausrottung der eingelierten Deutschen abgestellt war, ist unverkennbar. Abgesehen davon, daß man kaum etwas zum Essen bekam, war man durch die Mißhandlungen und Qualen so entkräftet, daß nach einigen Tagen das Massensterben einsetzte. ...

In der Nacht erschien in unserer Baracke der Lagerkommandant Morel mit seinen Komplizen. Wir wurden aufgerufen und derart verprügelt, daß wir daran das ganze Leben denken werden. Schläge mit der Hundepeitsche und mit dem Gummiknüppel prasselten auf uns nieder. Franke wurden die Zähne herausgeschlagen, mir das Nasenbein gebrochen und sämtliche Zehennägel blau geschlagen, die alle später abfielen. ...

Fast täglich wurden nächtliche Stubenappelle durchgeführt. Wir mußten uns dabei auf die Erde legen, mit dem Gesicht zum Fußboden. Die Horde trampelte mit ihren Stiefeln auf uns herum, verprügelte uns und warf unsere Pritschen durcheinander. Es gab Prügel anstatt Essen, und nach kurzer Zeit waren von den ersten 3.000 Insassen über 1.200 nicht mehr am Leben. ..."

Über die Nächte in Schwintochlowitz verweist John Sack auf zahlreiche Dokumente im Bundesarchiv Koblenz:

"Swintochlowitz war bei weitem nicht das einzige Lager unter jüdischer Leitung, und es war nicht einmal das schlimmste Lager", erklärt Sack. "1945 gab es noch viele andere Lager mit jüdischen Leitern, in denen deutsche Zivilisten starben."

In Deutschland seien die Lager weitgehend verschwunden worden. Es gebe nur wenige Andeutungen in wenigen Publikationen", sagt der Buchautor Sack zu FOCUS. Er fügt hinzu: "Daß Morel Jude war, wurde nie geschrieben." ⁽²⁰⁾

Sack bezifferte die Zahl der Ermordeten in den von ihm benannten Lagern bei über 200.000 Inhaftierten mit 80.000. ⁽¹⁹⁾

S. 338

"Die bekanntesten sind die Lager in Lamsdorf, »Rosengarten« in Myslowitz, wo 17.000 Deutsche ermordet wurden, und das berüchtigte Jaworzno, das auf östlicher Seite der oberschlesisch-kleinpoleischen Grenze liegt." ⁽²¹⁾

Nicht zu vergessen das größte Lager mit 30.000 angeblichen "Judenverfolgern" Potulice nahe der Ostsee. ^(19) S. 196 + 22)

weitere KZ-Namen in Nofymka S. 115

"Schon wenige Wochen nach der Einrichtung der ersten polnischen Lager klagten englische und amerikanische Zeitungen,

daß überall im Lande jetzt Konzentrationslager für Deutsche eingerichtet werden." ⁽²²⁾

Zu spät – 1957, erneut 1993 – klagte man in offiziellen US-Kreisen über den polnischen Völkermord und den "unbekannten Holocaust", der sich in diesen Nachkriegslagern und Gefängnissen vollzogen hat. ^{(19) S. 343}

Das Ostpreußenblatt vergaß noch "die polnische KZ-Baracke an Deutschen im Lagerkomplex von Auschwitz" sowie die Tatsache zu erwähnen, daß es John Sack war, der im Bundesarchiv Koblenz die Unterlagen fand und öffentlich machte, denzufolge Polen nach 1945 = 1.255 KZ's für über Hunderttausend Deutsche errichtet hatte.

Und nicht nur dies:

In diesen 1.255 polnischen KZ sind binnen kurzer Zeit 20 - 50% der mehr als 200.000 deutschen Inhaftierten umgekommen bzw. ermordet worden. ^{(19) S. 188}

Für diese Zustände sowie zusätzlich jene in den 227 nur für Deutsche vorgesehenen polnischen Gefängnissen war der unter jüdischer Leitung stehende polnische Sicherheitsdienst verantwortlich. ^{(19) S. 361}

Auf eine weitere wichtige Dokumentation über dieses vom Februar bis November 1945 bestehende Vernichtungslager Zgoda sei hingewiesen: Sepp Jendryschik "Zgoda". ⁽²⁴⁾

Im Dezember wurden die Lagerbaracken abgerissen und alle diesbezüglichen Dokumente vernichtet (so die offizielle Version). Spätere Richter "fanden keine Beweise mehr", was sie daran hinderte, Täter ausfindig zu machen und zu verurteilen.

Morel wurde Direktor verschiedener Gefängnisse in Oppeln, Kattowitz und dann eines Lagers für Polen. Er wurde bis zum Oberst befördert.

Die polnische Regierung gestattete erst im Sommer 1947 dem Komitee des Internationalen Roten Kreuzes, einige ausgewählte und für deren Inspektion besonders hergerichtete Lager zu besichtigen. Der Abschlußbericht des IKRK vermerkte mit Nachdruck diese potemkinsche Präparierung. Erst 1951 lösten die Verantwortlichen aus Warschau die letzten dieser Lager auf. ⁽²³⁾ Was sich derweil in den polnischen Gefängnissen abgespielt hat, blieb der Öffentlichkeit bis heute verborgen.

"Dann, 1968 war Parteisekretär Wladyslaw Gomulka der 3 Jahre in einem Gefängnis des Sicherheitsdienstes gewesen war, alle Juden aus dem Dienst hinaus. Schlomo blieb in Polen, in Kattowitz." ^{(19) S. 241}

bis eine Kommission zur Untersuchung von Verbrechen gegen das polnische Volk auch seinen Fall aufgriff und ihn zur Aussage verlor. Eine Polin und ein Pole, beide ehemalige Häftlinge in Zgoda, hatten ihn angezeigt.

"Irgendwie kam auch die polnische Presse dahinter". Vor allem ein Titel auf der ersten Seite der Krakauer Zeitung Wiscni am 24. November 1991 "Die Hölle begann nach dem Krieg" lenkte die Aufmerksamkeit auf die KZ-Treiben von Schlomo Morel.

Er entzog sich weiteren Verhören durch Flucht nach Israel. Dort bekam er jedoch keine Rente aus Polen ausgezahlt, so kehrte er nach Abflauen der Anklagewellen und Personalwechsel in den Staatsanwaltschaften wieder nach Kattowitz zurück und blieb dort seitdem unbeteiligt.

24) Sepp Jendryschik, "Zgoda – Eine Station auf dem schlesischen Leidensweg" Viöl 2000, Verlag für ganzheitliche Forschung, 200 Seiten.

23) Das Ostpreußenblatt, Hamburg, 11. März 1995, S. 2.

Der Wert von John Sacks Arbeit besteht nicht nur in der Publizierung der von ihm gesammelten Fakten, sondern auch darin, daß er die meisten seiner über 200 Zeugen-Interviews auf Tonband aufgenommen und in der Universität in Boston hinterlegt hat, so daß diese der Öffentlichkeit in der John-Sack-Collection zugänglich gemacht worden sind.¹⁹⁾ S. 355 + 372

Keine "Volksverhetzung", keine "Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener", keine "Beleidigung": -- Transparent an einem Balkon im Berliner Stadtviertel Friedrichshain. Bei Transparenten wie "Bomber Harris: Do it again, Alles Gute kommt von oben" auch nicht. -- "Bei Hakenkreuzfahnen ist das etwas anderes", auch bei Bildunterschriften wie "Gute Heimreise" angesichts schwer gepackter Familienclans aus Anatolien auf einem Bahnhof oder Flugplatz.

Foto: *Junge Freiheit* Nr. 26/1996 vom 23. Juni 2006, S. 4



Zeittypische Vernichtungskriegs-Propagandisten

Die Karriere des "hoffnungsvollen Nachwuchshistorikers" -- **Jochen Böhler**, geb. 1969 -- begann ähnlich wie jene des US-Holocaust-Studenten **Daniel Goldhagen**, dessen Abschlußarbeit für die "Entdeckung des deutschen Juden-Killer-Gens" schon von der Harvard Universität und nachfolgend von der Bundesregierung **Helmut Kohl** preisgekrönt wurde: **Jochen Böhler** erhielt im Jahr 2000 für seine Magisterarbeit "Verbrechen der Wehrmacht in Polen im September 1939" den Fakultätspreis der Philosophischen Fakultät der Universität zu Köln. Den nächsten "Förderpreis" übergab ihm 2005 die Generalkonsulin der Republik Polen in Köln für das Manuskript zu seinem Buch "Aufakt zum Vernichtungskrieg",²⁵⁾ eine Publikation des Deutschen Historischen Instituts Warschau. Dafür hatte er sich schon 4 Jahre als Mitarbeiter am dortigen Institut in Warschau beliebt gemacht. Dank dieser seiner hochrangigen Empfehlungen wurde er schließlich auch als Mitglied im Arbeitskreis Militärgeschichte und im Deutschen Komitee für die Geschichte des Zweiten Weltkrieges begrüßt. Seitdem wird er gefeiert als "Bestätiger" des von der Wehrmacht im Polenfeldzug 1939 geführten "Vernichtungskrieges gegen das polnische Volk". Der langjährige Chefhistoriker des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes der Bundeswehr in Potsdam und Dozent für neuere Geschichte an der Universität in Freiburg, **Prof. Hans-Erich Volkmann**, förderte im Gleichklang mit **Jochen Böhler** mittels eines Aufsatzes im Ausstellungskatalog "Größte Härte: Verbrechen der Wehrmacht in Polen im September/Okttober 1939" diese Initiativen des Deutschen Historischen Instituts Warschau. Inzwischen wird das Buch "Aufakt zum Vernichtungs-

krieg" von der Bundeszentrale für politische Bildung mit Steuergeldern an Multiplikatoren vertrieben.

Der junge deutsche Wissenschaftler **Daniel Heintz** hat sich inzwischen bereits auf den Weg gemacht und einen beachtlichen Teil der von **Jochen Böhler** angegebenen Quellenhinweise überprüft.²⁶⁾ Sein Ergebnis, das ihn als Historiker "schnell den Kopf schütteln" ließ:

- 1.) Mangelhafte Zitierung der Quellen,
- 2.) Weglassen wichtiger Fakten,
- 3.) Übersehen von Dokumenten, die erst den Gesamtzusammenhang verdeutlichen,^{26) S. 12}
- 4.) Verweis für deutsche Dokumente auf polnische Quellen, nicht auf deutsche,^{26) S. 16}
- 5.) Verweis auf Beweisquellen, die seinen Aussagen entweder widersprechen oder diese nicht fundieren.^{26) S. 15}
- 6.) Verschweigen wesentlicher Textpassagen aus Dokumenten, womit aus diesen ein gegensätzlicher Sachverhalt hergeleitet wird,^{26) S. 19, 23 ff + 65}
- 7.) Widersprüche in seinen eigenen Aussagen,^{26) S. 66}
- 8.) Kritische Übernahme frei erfundener sowjetischer Anklagen,^{26) S. 66}
- 9.) Fehlende Kritik an der polnischen Partisanenkriegführung bei gleichzeitiger Verurteilung deutschen "Freischärlerwahns" als Kriegsverbrechen,^{26) S. 69 ff}
- 10.) Die wiederholt zu "Tausenden" beklagten "ermordeten Juden und Polen", die **Jochen Böhler** zum Anlaß nahm, daraus "ethnische Säuberungen" und "Vernichtungskrieg" abzuleiten, blieben an sämtlichen Textstellen pauschal behauptet ohne Zeit-, Orts- und Zahlenangaben, so daß Nachprüfungen unmöglich sind.^{26) S. 87 - 89}

25) Jochen Böhler, "Aufakt zum Vernichtungskrieg", Frankfurt/M 2006 im Fischer Taschenbuch Verlag, eine Publikation des Deutschen Historischen Instituts Warschau.

26) Daniel Heintz, "Größte Zumutung -- Verbrechen gegen die deutsche Wehrmacht", Suraven 2007, Regin-Verlag.

11.) Verwendung überwiegend einseitiger Literatur, vorwiegend sogar kommunistischer und deren Folgeproduktion des national-diktatorisch regierten polnischen Regimes.

Böhler verweist zwar auf einen vornehm-höflich formulierten Vorbehalt, den er sich dann aber nicht zu Herzen nimmt:

"Widerstrebend ist man geneigt, Reginald Thomas Paget, Verteidiger im Hamburger Manstein-Prozeß, zuzustimmen, der ausführt,

»daß die von den polnischen Kommissionen nach dem Krieg durchgeführten Untersuchungen wenig Beweiskraft besitzen. Sie bestehen meist aus isolierten Darstellungen von Einzelpersonen, die kaum je durch andere Beweisquellen bestätigt wurden.«" 25) S. 111

Böhler vermeidet indessen die notwendige Definition, daß die Bolschewisten mit ihrer Ideologie des "dialektischen Materialismus" seit 1917 -- abgesehen von Terror und Mord -- Lüge, Betrug und Fälschung als Kampfmittel legitimiert und ihren ununterbrochenen Einsatz allerorten verlangt haben.

Böhler stellt Sachverhalte auf den Kopf

Beispiel: Rede Adolf Hitlers am 30. Januar 1939:

Der Reichskanzler habe in dieser Reichstagsrede

"die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa als Ergebnis eines kommenden Weltkrieges angekündigt." 25) 29 - 30

Böhler zitiert für diesen Rede-Ausschnitt eine Sekundärquelle -- ausgerechnet **Walter Hofer**, der in seinem Buch über "die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges" einleitend gefordert hatte: *"Die braune Ära dürfe nicht objektiv dargestellt werden"* -- und erweckt hiermit den Eindruck, da es seiner Darstellung nach ohnehin keinen anderen "Täter" gab, daß **Hitler** sowohl "einen kommenden Weltkrieg" als auch in diesem Zusammenhang "die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa" beabsichtigt, "geplant" habe.

Der wirkliche Sachstand hingegen ist ein ganz anderer: **Hitler** hatte in dieser Rede das internationale Judentum gewarnt, auf einen solchen Krieg weiter hinzuarbeiten, denn es sollte bedenken, daß ein solcher Krieg nicht nur eine Katastrophe für die Völker Europas wäre, sondern auch für die Juden selbst. Wörtlich sagte er:

"Jeder auch nur denkbare Nutzen dieses Krieges ist restlos ausgelöscht worden durch die ungeheueren Opfer nicht nur an Menschenleben oder Gütern, sondern durch die fortwährende Belastung aller Produktionen und vor allem der Staatshaushalte. ...

Die Völker der Welt werden in kurzer Zeit erkennen, daß das nationalsozialistische Deutschland keine Feindschaft mit anderen Völkern will,

daß alle die Behauptungen über Angriffsabsichten unseres Volkes auf fremde Völker entweder aus krankhafter Hysterie geborene oder aus der persönlichen Selbsterhaltungssucht einzelner Politiker entstandene Lügen sind,

daß diese Lügen aber in gewissen Staaten gewissenlosen Geschäftemachern zur Rettung ihrer Finanzen dienen sollen, daß vor allem das internationale Judentum damit einer Befriedigung seiner Rachsucht und Profitgier erreichen zu hoffen mag,

daß sie aber die ungeheuerlichsten Verleumdungen darstellen, die man einem großen und friedliebenden Volk antun kann...

Ich will heute wieder ein Prophet sein: Wenn es dem internationalen Judentum in- und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu

stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa. Denn die Zeit der propagandistischen Wehrlosigkeit der nichtjüdischen Völker ist zu Ende. Das nationalsozialistische Deutschland und das faschistische Italien besitzen jene Einrichtungen, die es gestatten, wenn notwendig, die Welt über das Wesen einer Frage aufzuklären, die vielen Völkern instinktiv bewußt und nur wissenschaftlich unklar ist.

Augenblicklich mag das Judentum in gewissen Staaten seine Hetze betreiben unter dem Schutz einer dort in seinen Händen befindlichen Presse, des Films, der Rundfunkpropaganda, der Theater, der Literatur usw.. Wenn es diesem Volke aber noch einmal gelingen sollte, die Millionenmassen der Völker in einen für diese gänzlich sinnlosen und nur jüdischen Interessen dienenden Kampf zu hetzen, dann wird sich die Wirksamkeit einer Aufklärung äußern, der in Deutschland allein schon in wenigen Jahren das Judentum restlos erlegen ist. ...

Wenn ich meine heutigen Erklärungen nunmehr vor Ihnen schließe, dann gleitet mein Blick noch einmal zurück auf die hinter uns liegenden Jahre des Kampfes und der Erfüllung. Für die meisten bedeuten sie Sinn und Inhalt des ganzen Daseins. Wir wissen, daß Größeres unserem Volk und damit unserem eigenen Leben nicht mehr beschieden sein kann. ...!" 27)

Beispiel: "Hitler kündigte das Zweckbündnis mit Polen am 28. April 1939" 26) S. 111

Auch dies ist falsch! Richtig ist:

1.) war die Friedens- und Freundschaftserklärung mit Polen vom 26.1.1934 für **Hitler** kein "Zweckbündnis" in Böhlers abwertendem Sprachstil, sondern eine garantierte Zusage für Frieden und Freundschaft,

2.) hat nicht **Hitler** diese vertragliche Vereinbarung gebrochen, sondern er stellte in seiner Rede am 28. April 1939 vielmehr fest, daß Polen sie gebrochen habe, indem Polen die britische Garantie vom 31. März angenommen und Anfang

27) Originalausgaben aus dem Dritten Reich oder: Max Domarus, "Hitler Reden 1932 bis 1945 kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen", München 1965 Bd. 2, S. 1058.

April 1939 auch Großbritannien eine gegeben hat. Dieses militärische Hilfsversprechen für den Fall eines aus welchen Gründen auch immer ausgelösten Krieges zwischen Deutschland, Polen und Großbritannien widersprach in der Tat eindeutig der Abmachung von 1934, keinerlei Angriff gegen den Nachbarstaat in Erwägung zu ziehen.

Beispiel Kriegsschuld

Bei Schilderung der Kriegsentwicklung im Jahr 1939 kennt Böhler nur einen Täter: Hitler. Es gibt keine anderen Täter, keine von anderen eingeleiteten Entwicklungen, die in den politischen Zusammenhang gehören, keine Initiativen der Imperialmächte, keine Weltrevolutionäre, und von den Polen war schon gar nichts zu berichten. "Antreiber des militärischen Tötens" gab es ihm zufolge nur in Deutschland.^{25) S. 85}

Primitiver kann man wirklich nicht Geschichte schreiben!

Beispiel: "Deutsche Pläne zur Eroberung von Lebensraum und zur Ausrottung großer Teile der Bevölkerung schon vor Kriegsbeginn"

Jochen Böhler widerspricht sich zwar mehrfach, beharrt jedoch darauf:

"Deutsche Soldaten töteten 1939 nicht -- wie das Polizeibataillon 101 in Polen oder Wehrmachtverbände in der Sowjetunion -- auf höhere Weisung." ^{25) S. 18}

"Es ist von entscheidender Bedeutung für die Beurteilung der im September von deutschen Soldaten verübten Gewalttaten, daß sie sich in den ersten Tagen und Wochen des Krieges vor Ort spontan entluden. Dabei griffen die Täter auf Methoden zurück, die nicht von höherer Stelle angeordnet worden waren. ..."

^{25) S. 16}

Vor Angriffsbeginn gab es keinen Befehl, polnische Gefangen zu erschießen. ^{25) S. 179}

"Gravierende Mängel in der Vorbereitung des Heeres auf eine bewaffnete Auseinandersetzung vom Ausmaß des Polenkrieges begünstigten chaotische Zustände", da die Wehrmacht mit der hohen Zahl polnischer Kriegsgefangener überfordert war. ^{25) S. 169} War sie damit schon "überfordert" und "fehlte es im Hinterland überall an Sicherungs- und Polizeikräften", ^{25) S. 170} so war sie es mit "dem gnadenlosen Vernichtungsprogramm" offenbar nicht.

Die geschilderten Fälle von Übergriffen und Morden deutscher Soldaten an polnischen Kriegsgefangenen, zitiert nach Auslassungen sowjetischer "Untersuchungskommissionen", und von der "polnischen Hauptkommission gesammelten Zeugenaussagen" **"sind nur sehr dürftig dokumentiert"**.²⁶⁾ ²⁷⁾ Dennoch läßt der Verfasser sie als historische Tatbestände bestehen und formuliert seine nächste Überschrift: "Diskriminierung und Tötung jüdischer Kriegsgefangener". Die Quellenlage zu diesem Kapitel war nicht anders, daher können Einzelheiten übergangen werden bis auf diese:



Auf dem evangelischen Friedhof in Bromberg werden im September 1939 volksdeutsche Opfer polnischer Mörderbanden begraben.

"Nur wenige hundert der im September 1939 in deutsche Gefangenschaft geratenen Mannschaftssoldaten jüdischen Glaubens überlebten den Zweiten Weltkrieg. ..."

Die etwa 1.000 jüdischen Offiziere wurden dagegen besser behandelt, fast alle überlebten die Gefangenschaft. ^{25) S. 178}

Kein Fall ist überliefert, da Wehrmachtsoldaten im Spätsommer 1939 wegen Tötung polnischer oder jüdischer Soldaten zur Rechenschaft gezogen worden wären. ^{25) S. 190}

Wiederholt haben die deutschen Heeresgruppen Plünderungen verboten und harte Maßnahmen dagegen angedroht. ^{25) S. 182}

Dennoch "weiß" Jochen Böhler von "Massenerschießungen der Wehrmacht", "auf höheren Befehl" mordenden "paramilitärischen Verbänden" und "auf höhere Weisung veranlaßten Übergriffen" sowie von der "Gewaltentwicklung durch die nationalsozialistische Kriegsführung", schließlich von noch viel Schlimmerem:

"Die deutschen Pläne zur Eroberung von Lebensraum im Osten sahen bereits im Sommer 1939 die Ausrottung großer Teile der dort lebenden Bevölkerung und die Unterdrückung der Überlebenden vor. Über dieses Programm war die deutsche Wehrmacht bereits zu Kriegsbeginn informiert, und sie beteiligte sich aktiv an dessen Verwirklichung." ^{25) S. 20 - 22}

"In der Praxis erwies sich die deutsche Heeresführung freilich im Spätsommer 1939 ... durch ihr Vorgehen gegen die Bevölkerung Polens als willige Vollstreckerin einer gnadenlosen Vernichtungspolitik." ^{25) S. 188}

Dabei störte ihn nicht, daß es "dichte Dokumentationen deutscher Wehrmachtsakten" gibt, die das überhaupt nicht belegen:

"Doch auch die dichte Dokumentation des deutschen Vormarsches in Befehlssammlungen und Kriegstagebüchern reichen nicht aus, um das gewalttätige Verhalten deutscher Soldaten gegen die polnische Bevölkerung nachzuzeichnen. ..."

Offener gehalten sind die Erlebnisberichte, die deutsche Soldaten über ihren ersten Einsatz verfaßten, sowie private Auf-

zeichnungen. ... Konkrete Anhaltspunkte für Akte der Gewalt im September 1939 finden sich in den von der Wehrmacht hinterlassenen Quellen dennoch insgesamt nur *sporadisch*." ^{25) S. 15}

Nicht einmal in internen Berichten waren Massenerschießungen von Zivilisten erwähnt. ^{25) S. 187} Unverzüglich hat die deutsche Heeresführung eine Vielzahl von Verordnungen und Strafandrohungen gegen Übergriffe von Soldaten an der Zivilbevölkerung oder Kriegsgefangenen erlassen. ^{26) S. 186}

Einen dieser Befehle fand **Daniel Heintz** in einer von **Böhler** zitierten Akte, den dieser jedoch in seinem Buch nicht erwähnt hat: Es handelt sich um den Befehl des Kommandeurs der Pz.Div. **Kempf** vom 19.9.1939:

"Die bekannt gewordenen Greuelthaten der polnischen Soldaten und der polnischen Bevölkerung zwingen zu folgenden Maßnahmen:

1.) Freischärler sind im Kampf zu erschießen. Nach beendetem Kampf dürfen sie nicht ohne gerichtliche Verfahren bestraft werden. Falls der Gerichtsherr nicht sofort erreichbar ist, und die Eile geboten ist, können die Befugnisse des Gerichtsherrn nach § 13 KSTV. (HDv 3/13) auch von dem nächsterreichbaren Kommandeur eines Regiments oder einem mit derselben Disziplinargewalt versehenen Befehlshaber wahrgenommen werden. ...

3.) Übergriffe einzelner Soldaten gegen die Bevölkerung sind mir sofort zu melden und werden kriegsgerichtlich abgeurteilt. ... Die in Frage kommenden Soldaten sind möglichst schnell mit den Fahrzeugen dem Kriegsgerichtsrat der Division vorzuführen, damit sofortige Aburteilung erfolgen kann. ...

Ich erwarte, daß jeder Vorgesetzte den Schutz der wehrlosen Bevölkerung gewährleistet." ^{26) S. 90 + 28}

Ungeachtet dessen, daß **Jochen Böhler** um die "dichte Dokumentation der Befehlssammlungen und Kriegstagebücher" mit derlei Disziplin und kriegsrechtlich korrektes Verhalten der Truppe verlangenden Befehlen weiß, wagte er dennoch zu schreiben:

"Zum anderen hatte der »Freischärlermythos« innerhalb des deutschen Heeres eine lange Tradition, ohne die die Untätigkeit der Wehrmachtführung angesichts der von ihren Soldaten verübten Massaker nicht zu erklären ist." ^{26) S. 158}

Doch zurück zu den "deutschen Eroberungs- und Ausrottungsplänen":

"Die nationalsozialistischen Eroberungs- und Siedlungspläne ließen sich mit der alten ordensritterlichen Formel vom »Ritt gen Ostland« in Einklang bringen und eröffneten einem modernen Raubrittertum völlig neue Perspektiven." ^{25) S. 26}

Begierig zu wissen, was das nun für Pläne sind, erfährt der erstaunte Leser, daß all die alten Geschichten der alliierten Dokumentenfälscher über **Hitlers** Geheimreden erneut als historische Tatbestände ausgegeben werden, so, als seien diese angeblichen Geheimreden in den vergangenen 60 Jahren nie wissenschaftlich untersucht und widerlegt worden. ²⁹⁾

Das von **Adolf Hitler** im geheimen Kreis angeblich einmal Gesprochene – was die Besprechungsteilnehmer zudem alle

im Nürnberger Tribunal-Prozeß 1945 - 1946 bestritten haben –, avanciert beim 26 Jahre nach Kriegsende geborenen Zauberkünstler **Jochen Böhler** potz blitz zu "nationalsozialistischen Plänen" (Mehrzahl!), zu "rücksichtsloser Germanisierung", zur "Weltherrschaft der Arier". ^{26) S. 30}

Beispiel Bromberger "Blutsonntag" am 3. September 1939:

Zwar gesteht **Jochen Böhler** in einem kurzen Vermerk ein, polnische Truppen und Zivilisten hätten am 3. September, "nachdem sie unter Beschuß geraten waren", "einen Pogrom an den Angehörigen der deutschen Minderheit, die sie für den Angriff verantwortlich machten, durchgeführt". ²⁵⁾ S. 135 Die polnischen Nachkriegsforschungen hätten das ergeben.

"Am Abend des 3. September 1939 zählte man in Bromberg 40 - 50 getötete polnische Soldaten."

Die Zahl der getöteten Volksdeutschen auf dem Bromberger Stadtgebiet bis zum Einmarsch der Wehrmacht werde auf 100 - 300, die Zahl der während des gesamten Polenfeldzugs getöteten Volksdeutschen auf ungefähr 2.000 geschätzt. ²⁵⁾ S. 136

Wer hier wann wie "geschätzt" hat, blieb unerwähnt. Zu den Nachweisen der deutschen Ermittlungsbehörden 1939 außer Hinweis auf Propagandaafällschungen kein Wort. Zur Einebnung des Gräberfeldes der Mordopfer in Bromberg nach 1945 ebenfalls Schweigen.

Jochen Böhler macht aus dem polnischen Massenmord an über 5.437 Volksdeutschen nach vorbereiteten Listen ein deutsches Kriegsverbrechen, indem er schreibt:

"Einzelne Befehlshaber aber mochten sich bisweilen über die Vorgehensweise paramilitärischer Formationen empören. Insgesamt aber waren diese bei der »Befriedung der eroberten Räume und der Verfolgung der polnischen Bevölkerung – wie etwa die Vorgänge in Bromberg in der ersten Woche deutscher Herrschaft belegen – durchaus willkommene Partner. Letztendlich unterschieden sich dabei die Mordorgien von Wehrmachteinheiten auf der einen, die von Polizei- und SS-Einheiten auf der anderen Seite lediglich hinsichtlich ihrer Motivation: hier SS-Schulung und offenkundig höhere Weisung, dort abwertendes Slawen- bzw. Judenbild und Freischärlerwahn." ^{25) S. 246}

Beispiel Heckenschützenkrieg:

"Ein Großteil der Erschießungen polnischer Zivilisten durch deutsche Soldaten im September 1939 ist darauf zurückzuführen, daß die Truppe die Einwohner von Ortschaften an den Vormarschstraßen verdächtige, sich an den Kampfhandlungen zu beteiligen. Tatsächlich kämpfte die Wehrmacht hier jedoch nicht gegen einen realen Gegner, sondern gegen eine Schimäre."

Eine Partisanenbewegung, an der sich große Teile der polnischen Bevölkerung beteiligten, hat es in Polen zu Beginn des Zweiten Weltkrieges nicht gegeben. Die angenommene Bedrohung, der sich die deutschen Soldaten ausgesetzt fühlten, läßt sich in Wirklichkeit auf einen »Freischärlerwahn« zurückführen. ... " ^{25) S. 19}

Historiker, die dennoch polnische Heckenschützentätigkeit als Realität ansehen, erliegen einer "Sinnestäuschung". ²⁶⁾ S. 19 Dabei gesteht **Jochen Böhler** ein, daß es

"eine Flut von Freischärlermeldungen bei allen deutschen Kommandostäben" vom ersten Kriegstag an gegeben

28) Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg, RS 4/1118.

29) Vergl. Udo Welendy, "Wahrheit für Deutschland – Die Schuldfrage des Zweiten Weltkrieges", Vlotho 1965, S. 431 ff.

habe, ²⁶⁾ S. 58

"kaum einen deutschen Verband im Polenfeldzug gegeben habe, der von der Tätigkeit der Heckenschützen nichts gespürt hat". ²⁵⁾ S. 158

Doch zieht er dann einen Vergleich mit irgendwelchen "Akten deutscher militärischer und polizeilicher Stellen" und "den zeitgenössischen deutschen Ermittlungsakten" – ohne sich darüber auszulassen, was das für Akten sind, ob sie vollzählig und repräsentativ sind oder nicht –, um zu schlußfolgern, daß in ihnen

"kein Name eines polnischen Zivilisten ist, der mit der Waffe in der Hand im Kampf gegen die Wehrmacht gefaßt worden wäre."

Böhler räumt zwar ein,

daß die Truppe mit solchen Leuten gar nicht erst gerichtliche Verfahren einleitet, sondern diese am Tatort sofort erschossen hätte,

daß die deutschen Kriegsgerichte eindeutige Beweise verlangten, die Truppe in der Hektik der Gefechtsaufgaben jedoch oft nicht die Beweise sorgfältig mit den Gefangenen mitgeliefert habe.

Dennoch folgert er aus diesem fragwürdigen Aktenvergleich, daß es folglich keine gegeben habe und die Deutschen sich den Heckenschützenkrieg im September 1939 nur eingebildet und sich ihn zum Vorwand für Morde an "tausenden Zivilisten" ²⁶⁾ S. 76 nur ausgedacht hätten.

Seine Formulierung, es habe zu Kriegsbeginn "keine polnische Partisanenbewegung gegeben, an der sich große Teile der Bevölkerung beteiligten", ist mit dem Nebensatz zwar richtig, widerlegt jedoch den polnischen Heckenschützenkrieg im September 1939 in keiner Weise, der "ohne große Teile der Bevölkerung" von der polnischen Führung vorbereitet und vom ersten Kriegstag an im gesamten Land durchgeführt worden ist. Die deutschen Beweisdokumente hierfür sind so erdrückend, daß man sich vor so viel Frechheit, dies alles "im Namen der Wissenschaft" zu leugnen, zur Ruhe zwingen muß, zumal Böhler die Verunglimpfung der Wehrmacht und der deutschen Führung noch bis zum Extrem der Genozid-Singularität ohne jede Beweisführung steigert:

"Der »Freischärlerwahn« innerhalb des deutschen Heeres im Jahr 1939 ist aus zweierlei Gründen als deutsches Spezifikum von ähnlichen Phänomenen innerhalb der Invasionsarmeen anderer Länder abzugrenzen: Zum einen diente die Wahrnehmung der gesamten slawischen und jüdischen Einwohner Polens als »deutsches Feindbild« unmittelbar nach Abschluß der Kampfhandlungen als Legitimation der nationalsozialistischen »Volkstumspolitik«, die durch ihre spätere genozidale Ausrichtung in der Weltgeschichte ohne Beispiel ist." ²⁶⁾ S. 157

Beispiel: Behandlung der Juden:

"Überall im Lande wurden Juden Opfer von »Blitzpogromen«, wie die Herausgeber des »Black Book of Polish Jewry« bereits 1943 (New York) die unmittelbar nach der Belegung polnischer Ortschaften mit deutschen Soldaten einsetzende Mißhandlung, Demütigung und Ermordung jüdischer Einwohner bezeichneten." ²⁵⁾ S. 189

Daß dieses "Black Book" ein reines Kriegspropagandabuch in eigener Sache war und jüdische Kriegsziele verfolgte, aber nicht historische Wahrheit, wird dem Leser verschwiegen, statt dessen die Kriegspropaganda kriegsteilnehmender jü-

discher Organisationen kritiklos zu historischen Wahrheiten erklärt. Noch schlimmer steht es um das nachfolgende Zitat:

"Die Ermordung von tausenden von polnischen Juden im Spätsommer 1939 sowohl durch deutsche SS- und Polizeieinheiten als auch durch Wehrmachtsformationen ist in der Forschung heute unbestritten."

Seit dem 1. September 1939 verging kein Tag, an dem nicht Wehrmacht, SS oder Polizei polnische Staatsbürger jüdischer Nationalität erschossen, erschlugen, erstachen, füsilierten oder lebendig verbrannten – von gewöhnlichen Drangsaliierungen und Ausplünderungen ganz abgesehen –." ²⁶⁾ S. 194

Dabei gesteht Jochen Böhler ein: Weder läßt sich etwas genaues über den Umfang antijüdischer Gewaltmaßnahmen im September/Oktober 1939 und damit verbunden offensichtlich auch nichts über Tatorte sagen, noch konnte konkretes über die Beteiligung der Wehrmacht ermittelt werden. Seine zitierten Fallbeispiele könnten nur "als Illustration eines Phänomens" verstanden werden. *"offensichtlich hatte selbst er Zweifel an dem, was er als »Fallbeispiele« von der Forschung heute vorgelegt bekam."* ²⁶⁾ S. 194

Der bereits vorab erwähnte junge deutsche Historiker Daniel Heintz hat bei der Nachprüfung in den Archiven zu diesem Bezug folgende, von Böhler verschwiegene oder nur teilweise ausgewertete, Dokumente herausgefunden: Im Fall der am Westufer des Bug gelegenen Kleinstadt Wlodowa verwies Böhler zwar auf einen "Ansatz zu undiszipliniertem Verhalten der Truppe, da Ansichten laut wurden, bei Juden könnte geplündert werden", doch verschwie er den Folge-satz im Dokument der 3. Pz. Div.:

"Eine geringe Zahl kriegsgerichtlicher Verhandlungen schafft Ordnung und Klarheit." ²⁶⁾ S. 65

Böhler zitiert einen Tagesbefehl des Oberbefehlshabers der 14. Armee, Generaloberst List, vom 19.9.1939, ²⁶⁾ S. 214 der "in aller Schärfe" verfügte, daß "Maßnahmen gegen die Juden ... unbedingt zu unterbleiben hätten". Während Böhler nun der Vermutung nachgeht, daß dieser Befehl auf Grund von Exzessen seiner Soldaten offensichtlich notwendig war, hätte er besser daran getan, diesen Befehl ausführlich zu zitieren. Dort heißt es:

"Die Juden, die einen großen Teil der Mittelschicht in den Städten bilden, sind deutschefeindlich. Sie werden auch vom größten Teil der heimischen Bevölkerung abgelehnt. Seit Jahrhunderten beherrschen sie jedoch weitgehend den Handel, insbesondere den Kleinhandel in Polen. Bevor sie nicht ersetzt werden können ist es im Interesse einer geregelten Versorgung der Bevölkerung notwendig, sie, soweit möglich, unter Aufsicht weiter arbeiten zu lassen. Eigenmächtige Maßnahmen gegen die Juden haben unbedingt zu unterbleiben." ²⁶⁾ S. 74

Dieser Befehl bestätigt den Willen der deutschen Heeresführung, für die Juden gleichermaßen wie für die polnische Zivilbevölkerung geregelte Lebensverhältnisse wiederherzustellen und von der eigenen Truppe Disziplin zu verlangen.

"Die unmenschliche Behandlung durch Wehrmachtsoldaten, der speziell polnische Juden während des Polenkrieges ausgesetzt waren – Demütigung und Arbeitszwang, Mißhandlung Vergewaltigung, Raub und Mord – , läßt sich allerdings nur mit einem virulenten Antisemitismus erklären ..."

Die gemeinsam mit den Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei durchgeführte Vertreibung von Juden aus den deutsch besetzten Räumen stellte des Weiteren eine neue Dimension der nationalso-

zialistischen Judenverfolgung dar." (25) S. 20

Konkretes wußte er hierzu nicht vorzubringen, auch nicht, als seine Darlegungen für die Folgejahre "in Gruben und Gaskammern mündeten".

Beispiel: "Heydrichs Liquidierungsbefehl":

"Heydrich brachte es im Sommer 1940 rückblickend auf den Punkt" (richtig gesagt: angeblich auf ein Stück Papier ohne Unterschrift, das erst nach Kriegsende "entdeckt" wurde):

"daß die Weisungen, nach denen der polizeiliche Einsatz in Polen 1939 handelte, außerordentlich radikal waren (z.B. Liquidierungsbefehl für zahlreiche polnische Führungskreise, der in die Tausende ging), daß den gesamten führenden Heeresbefehlshabern ... dieser Befehl nicht mitgeteilt werden konnte, so daß nach außen hin das Handeln der Polizei und SS als willkürlich brutale Eigenmächtigkeit in Erscheinung trat.

Am 13. März 1940 wurde Himmler durch Generaloberst von Brauchitsch dann Gelegenheit gegeben, vor versammelter Generalität klarzustellen, daß die Liquidierungen von Hitler gebilligt worden waren:

»In diesem Gremium der höchsten Offiziere des Heeres kann ich es wohl offen aussprechen: Ich tue nichts, was der Führer nicht weiß.« (26) S. 239

Böhlers Schlußbetrachtung

"Die Wehrmacht selbst hat kaum Dokumente hinterlassen, aus denen sich das Ausmaß ihrer Beteiligung an Übergriffen im September und Oktober 1939 ablesen ließe. Kriegsgerichtsverfahren gegen einzelne Soldaten wurden nur in Ausnahmefällen eingeleitet. Auffällig ist allenfalls ... das geringe Strafmaß.

Die genaue Zahl der polnischen Zivilisten und Kriegsgefangenen, die zur Zeit der deutschen Militärverwaltung ums Leben kamen, läßt sich nicht mehr ermitteln.

Polnischen Schätzungen zufolge forderten Luftangriffe und Artilleriebeschuß deutlich über 10.000 zivile Opfer. Mehr als 3.000 Soldaten kamen im September 1939 abseits der Kampfhandlungen ums Leben. Des weiteren wurden für diesen Zeitraum 714 Exekutionen ermittelt, in deren Verlauf über 16.000 Zivilisten hingerichtet wurden. ... Wie hoch der Anteil der Juden unter den Opfern war läßt sich nicht mit Bestimmtheit sagen. Wie viele der Exekutionen von den Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei durchgeführt wurden und wie viele von Wehrmachtsoldaten ist ebenfalls nicht exakt zu bestimmen.

Die polnischen Zahlen stützen sich hauptsächlich auf Aussagen von Augenzeugen und Ergebnissen von Exhumierungen." (25) S. 242

Böhler belegt diese Behauptungen mit dem Befund des Leiters der kommunistischen Untersuchungskommission Szymon Datner und vermeidet jedwede Überprüfung und Angaben, wo, wann, von wem und mit welchen Ergebnissen unter Hinzuziehung welcher neutralen Beobachter solche Exhumierungen durchgeführt worden sind.

Ungeachtet der vorgenannten Darlegungen müsse laut Böhler die Frage neu gestellt werden:

"Was Wehrmachtsoldaten im Osten dazu bewogte, sich an der Tötung breiter Bevölkerungsschichten zu beteiligen ..." (26) S. 243

Die Wehrmacht war mit den Gegebenheiten in Polen nicht

Die Historischen Tatsachen Nr. 96 haben sich in den Seiten 19 ff und 25 ff ("Himmler-Rede" S. 22) detailliert mit diesen gefälschten Papieren -- "Vermerk Heydrichs" ohne Unterschrift und den umfangreich verfälschten Groscurth-Tagebüchern, denen der bruchstückhafte und von niemandem bestätigte Hören-Sagen-Text der "Himmler-Rede" entnommen ist -- auseinandergesetzt.

Das Stück Papier ohne Unterschrift, bezeichnet als "Vermerk Heydrichs" und enthaltend den Hinweis auf "den Liquidierungsbefehl für zahlreiche polnische Führungskreise, der in die Tausende ging", ist ebenso gefälscht und blieb infolgedessen auch ohne Bestätigung durch irgendwelche Fakten wie das, was ein Widerstands-General von Himmler gehört haben will oder man ihm diese "Erinnerung" erst nach seinem Tod über die Tagebücher des ebenfalls verstorbenen Groscurth in den Mund legte".

Jochen Böhler hat dieses Thema völlig kritiklos von Umerziehungsefolsleuten östlicher und westlicher Provenienz abgeschrieben und als historische Tatsachen -- "von der Forschung unbestritten" -- ausgegeben, was fantasievoll nach Kriegsende zusammengelogen und in Tagebücher und Aktenbestände Verstorbener geschmuggelt worden ist.

vertraut, nicht geschult für einen Wald- und Ortskampf. Dar- aus sei jedoch nicht etwa eine Erziehung zu Disziplin, korrektem Verhalten gemäß dem Kriegsvölkerrecht, Achtung vor dem Gegner zu folgern, sondern genau das Gegenteil "eine konzipierte gnadenlose Verfolgung von Slawen und Juden" (25) S. 246 und:

"Übergriffe gegen Zivilisten und Kriegsgefangene erschienen deutschen Soldaten in diesem Licht nicht als Kriegsverbrechen, sondern als legitimes Mittel der Selbstverteidigung." (25) S. 248

Der 26 Jahre nach Kriegsende geborene Jochen Böhler "weiß das alles", ohne daß dies eines Beweises bedarf, und fährt im Romanstil weiter fort, indem er sich vom Sprachgebrauch "der Täter" wie am Beispiel »reichsfeindlich eingestellte Teile der Bevölkerung« deutlich distanziert: die deutschen Truppen hätten sich -- vor allem nachts an allen Frontabschnitten, wenn auch versehentlich, nahezu täglich -- gegenseitig beschossen und dafür die Freischärler verantwortlich gemacht. Ergebnis sei gewesen, daß

"Hunderte polnischer Ortschaften im deutschen Vormarschstreifen eingedacht, tausende Zivilisten -- alte Menschen, Männer, Frauen und Kinder -- durch Feuer, Handgranaten und Maschinengewehre ums Leben kamen." (25) S. 243-244

Böhler kennt zwar die Orte nicht, nicht die Zahlen, "weiß aber", daß den Erschießungen überall im Land "tausende Zivilisten und Kriegsgefangene durch Wehrmachtsoldaten" zum Opfer gefallen "waren", (25) S. 246 obgleich er kurz danach zugab, daß diese Zahlen gar nicht zu ermitteln sind." (25) S. 241

Dabei prangert er die bundesdeutsche Nachkriegsjustiz an, daß sie polnische Amtshilfeersuchen zur Strafverfolgung "deutscher Täter" abgelehnt und keine ehemaligen Wehrmachtsangehörigen dieser "tausenden von Erschießungen" wegen strafverfolgt habe. Die Gründe für die Ablehnung solcher Gesuche verschweigt er allerdings. Dabei weiß er um die

"Sammlungen von Beweismaterial und Zeugenaussagen west-

deutscher Nachkriegsuntersuchungen, von denen die Forschung bisher kaum Kenntnis genommen hat" (25) S. 88

Warum er diese für sein Thema offensichtlich wichtigen "Sammlungen" nicht überprüft und ausgewertet hat, obgleich er den Nachholbedarf erkannt hat, verschweigt er.

Demgegenüber "war" für die Erschießung gefangener polnischer Soldaten "eine Vielzahl anderer Motive maßgebend":

a) "Durst nach Rache für erlittene eigene Verluste sowie für polnische Übergriffe gegen Angehörige der deutschen Minderheit, von denen sie oft freilich nur gerücheweise erfahren hatten".

b) "Wahnvorstellung eines Partisanenkrieges". Diesem "Franktireurmythos" (26) S. 246 seien zu Unrecht Tausende Zivilisten, Bürgerwehren und im rückwärtigen Gebiet kämpfende Soldaten zum Opfer gefallen,

"Franktireurmythos" bedeutet, daß es einen Franktireurkrieg in Wirklichkeit gar nicht gegeben habe, sondern nur in der Einbildung der deutschen Truppen existierte.

c) "vom ersten Tag der Invasion an wurden die Juden von Wehrmachtsoldaten zu Freiwild erklärt

Antisemitisch motivierte Demütigungen und Arbeitszwang, Plünderungen, gewalttätige Übergriffe und

Morde waren in Polen im Spätsommer 1939 an der Tagesordnung und wurden innerhalb der Truppe als grobe Späße verharmlost oder als Kavaliersdelikte betrachtet. Hier ging die böse Saat eines seit Jahrhunderten bestehenden und durch die nationalsozialistische Ideologie propagierten Antisemitismus auf..." (25) S. 244

d) Die deutschen Soldaten "haben keine brauchbaren Vorgehen erhalten, wie sie sich gegenüber den Einwohnern zu verhalten hätten".

e) Das deutsche Bemühen, Polen möglichst schnell zu erobern, habe "allzu drastische Reaktionen auf vermeintliche Angriffe" ausgelöst, was einem "verschärften Vorgehen gegen die Landeseinwohner Vorschub leistete, ... die man ohnehin nur als minderwertige Slawen und Juden erachtete" (26) S. 246

Erschütternd bleibt, wie ein sich als Wissenschaftler ausgebender Akademiker und seine Förderkreise der Öffentlichkeit solche pauschal gehaltenen Albernheiten anbieten, die jedweder ernsthaften Überprüfung Hohn sprechen und die deutsche Wehrmacht als Repräsentantin des deutschen Volkes in übelster Weise diffamieren.

Drohungen eines polnischen Dogmatikers

Eines der krassesten Beispiele, wie "rücksichtsvoll und sensibel" polnische Politiker den Umgang mit Deutschen pflegen, lieferte Revolutionsführer der Gewerkschaft "Solidarność" und Friedensnobelpreisträger sowie späterer polnischer Staatspräsident **Lech Walesa**. Zeitpunkt: Nach Vertreibung von über 12 Millionen Deutschen aus ihrer 700-jährigen Heimat und Massenmorden an ihnen in Millionenhöhe, nach dennoch erlangten "Wiedergutmachungszahlungen" und Schuldenerlassen in Milliardenhöhe und Territorialverzicht auf ein Drittel des Heimatlandes seitens schuldbeflissener brd-Politiker.

Am 4.4.1990 gab er in der französischen Zeitung *Le Figaro* und am 7.4.1990 in der niederländischen Wochenzeitung *Elsevier* anlässlich der Wiedervereinigung Deutschlands "seiner Sorge" in Form einer gewaltigen Genozid-Drohung Ausdruck:

JOURNAL

Polen fordert Akten aus dem Preußischen Kulturbesitz

ASD. Warschau

"Polen fordert die Herausgabe aller Urkunden und Akten, die im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz in Berlin oder in anderen westdeutschen Archiven als historische Geschichte von Ostpreußen, Pommern und Schlesien aufbewahrt werden. Die polnischen Behörden berufen sich dabei laut eines Artikels in der Warschauer Tageszeitung *»Zycie Warszawy«* auf die KSZE-Schlußakte von Helsinki über den Austausch von Archivalien nach ihrer territorialen Zugehörigkeit."

DIE WELT, 11. April 1979, S. 23,
Ausland, Kultur

"Ich schreke nicht einmal vor einer Erklärung zurück, die mich in Deutschland nicht populär machen wird.

Wenn die Deutschen -- auf die eine oder andere Weise -- von neuem Europa destabilisieren sollten, dann darf nicht auf die Teilung Deutsch-



lands zurückgegriffen werden, sondern muß dieses Land schlicht und einfach von der Landkarte gestrichen werden.

Der Osten und Westen verfügen über die notwendige und fortgeschrittene Technologie, um dieses Urteil auszuführen. Wenn Deutschland wieder anfängt, gibt es keine andere Lösung." (30)

Ein Atombombenteppich über Mitteleuropa mit einem ausgerotteten deutschen Volk war ihm lieber als eine "Destabilisierung Europas", was immer er darunter verstehen mochte, sicherlich eine deutsche Forderung auf Herausgabe der geraubten deutschen Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Ostpommern, Ostbrandenburg und Schlesien.

30) *Unabhängige Nachrichten (UN)*, Bochum 7/90 (1990).

"Entfesselter Terror (1939/40)"

Das Institut für Zeitgeschichte in München bemühte sich schon frühzeitig unter ihren repräsentativen Professoren **Hans Rothfels, Theodor Eschenburg und Martin Broszat** ihrem öffentlichen Umerziehungsauftrag auch in bezug auf den Polenfeldzug im September 1939 gerecht zu werden, indem sie ihm den Charakter eines völkischen Vernichtungsfeldzuges zuschrieben. Skizzierten sie die unblutigste Revolution der Geschichte 1933 einleitend als *"freigelassenen Terror von SA und SS"* nach dem Motto "andere Täter gab es nicht", so reduzierten sie den Polenfeldzug auf ein

"gleichzeitig gelenktes und ungezügelter Geschehen, als Gemisch von organisierter Aktion und freier Willkür. Ausdrückliche Vernichtungsbefehle, die -- obwohl schriftlich nicht belegbar -- vereinzelt existierten, waren im ganzen vielleicht weniger entscheidend als die automatische Terrorwirkung blinder Aktionsprogramme." 31) S. 38

Wiederholt sei:

"Vernichtungsbefehle sind schriftlich nicht belegbar";

"bereinzelt existierten" sie zwar (Mehrzahl!), waren aber **"im ganzen vielleicht weniger entscheidend"** und wurden deshalb gar nicht erst spezifiziert, geschweige denn untersucht;

"Blinde Aktionsprogramme" standen offenbar im Vordergrund. Ein Beispiel sei zitiert:

"In den westpreußischen Städten wurden von der Geheimen Staatspolizei und vom Selbstschutz Aktionen durchgeführt, um die polnischen Lehrer zu verhaften und in das Zuchthaus Krone abzutransportieren. Es ist geplant, die radikalen polnischen Elemente zu liquidieren. Außerdem wurden in letzter Zeit planmäßig Aktionen durchgeführt, bei denen vor allem Angehörige der polnischen Intelligenzschicht festgenommen wurden. Es ist anzunehmen, daß mit diesen in letzter Zeit durchgeführten Aktionen der größte Teil der polnischen Intelligenz in Haft gesetzt ist. ... Ein Großteil der polnischen Geistlichkeit ist infolge der bekannten radikal-polnischen Haltung beseitigt. ..."

Am Schluß seines Schreibens bedauert der Schreiber, daß im Hinblick auf den bevorstehenden Aufbau der Verwaltung *"die Liquidierungen wohl nur noch kurze Zeit durchgeführt werden können"*. So würde *"am Ende trotz aller Härte nur ein Bruchteil der Polen in Westpreußen vernichtet sein (Schätzungsweise 20.000)"*. -- Es ist ziemlich nebensächlich, wie man diese Zahlenangaben des Liquidierungsfachmannes der Bromberger Sicherheitspolizei einschätzt, ... die Vernichtungsaktion wird dadurch immerhin ersichtlich." 31) S. 45

Dieser **"Bericht"** vom Führer des Einsatzkommandos der Sicherheitspolizei und des SD in Bromberg an das Reichssicherheitshauptamt (RSHA) vom 20. Oktober 1939 an eine

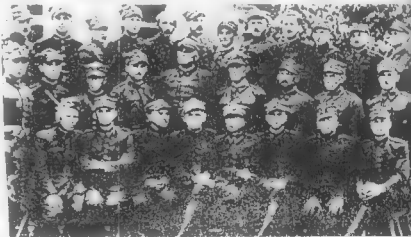
nicht genannte Bezugsperson **kann nicht authentisch sein!**

Viermal erwähnt der namentlich anscheinend unbekannte "Schreiber" des EK-Bromberg **"durchzuführende oder durchgeführte Aktionen"** in ganz Westpreußen, für das er gar nicht zuständig und berichtspflichtig war, ohne Spezifizierung und in einer Weise, als sei nicht das RSHA Befehlsggeber, sondern der *"Liquidierungsfachmann"* des Einsatzkommandos in Bromberg, der völlige Freiheit hätte, wen und wieviel Menschen er umbringen wollte.

Das ist angesichts der seinerzeitigen Befehlslage sowie der politischen Richtlinien eine völlige Unmöglichkeit! Es gab nie eine deutsche Anweisung, "Polen in Westpreußen zu vernichten" Lediglich sollten jene ins Generalgouvernement umgesiedelt werden, die nach 1919 zugewandert waren und deutsche Bewohner vertrieben hatten!

Auch ein Quellenhinweis auf eine Fotokopie eines in demselben Institut für Zeitgeschichte herausgegebenen Buches des Danziger Bischofs v. Splett kann kein Beweismittel zur Bestätigung des vorgenannten "Dokumentes" sein! Das wäre auch wieder nur ein Stück Papier, das nach seinem Tode geschrieben sein dürfte. Denn woher sollte Bischof v. Splett diese Geheimschreiben an das RSHA gekannt haben?

"Es genügten Generalanweisungen Himmlers wie jene vom 30.10.1939, die in trockenen Worten befahl, bis Februar 1940 aus den neuen Ostgebieten alle Juden, aus Danzig-Westpreußen,



Deutschland behandelte die 700.000 polnischen Kriegsgefangenen nach den Vorschriften der internationalen Kriegsgesetze und Genfer Konventionen von 1929. Die circa 18.000 polnischen kriegsgefangenen Offiziere konnten sich sogar Lageruniversitäten einrichten und dort studieren, wie in Murnau, Woldenberg oder Düsseldorf." 32) S. 23

Diese Mitteilung korrespondiert mit Erfahrungen des Internationalen Roten Kreuzes 1939/1940:

"Im humanitären Bereich wie in allen anderen wurde zu jener Zeit die erdrückende Präsenz des Dritten Reiches fühlbar." 33)

"Die etwa 1.000 jüdischen Offiziere wurden dagegen besser behandelt, fast alle überlebten die Gefangenschaft." 36) S. 178

31) Martin Broszat, "Nationalsozialistische Polenpolitik 1939 - 1945", Schriftenreihe der Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte, Nr. 2, Stuttgart - München 1961.

32) Dr. Alfred Schickel, "Beiträge zur Zeitgeschichte", Ingolstadt 1983.

33) Jean-Claude Favre, "Das Internationale Rote Kreuz und das Dritte Reich", München - Zürich 1989, S. 173.

alle Kongreßpolen, die führenden deutschumsfeindlichen Polen und die polnische Intelligenz aus Danzig-Westpreußen und Posen umzuwideln." 31) S. 38

Die nachfolgenden Aussagen verweisen ausschließlich auf "Dokumente" des Nürnberger Siegertribunals, die Prof. Martin Broszat ausnahmslos als authentisch unterstellt. Er schneidet gar nicht erst das Thema der alliierten Dokumentenfälschungen, Aussageergänzungen, einseitigen Justiz gemäß Londoner Statut vom 8. August 1945 an, demzufolge das Tribunal von seinen Regierungen vorgelegte Papiere nicht auf ihre Richtigkeit überprüfen durfte. Er schreibt seine gesamte Geschichte nach diesen "Dokumenten", nach "Vermerken", "Notizen", "Aussagen", "Berichten", "Briefen", einer geheimnisvollen "Denkschrift" und einer späteren "Vortragsnotiz" von General Blaskowitz, kurz, nach irgendwelchen Papieren, nicht nach mehrfach belegten und sich bestätigenden konkreten Faktenanalysen.

Während Prof. Martin Broszat aus der "Vortragsnotiz von General Blaskowitz vom 15. Februar 1940" zitiert und

dies als historisches Faktum ausgibt:

"Es ist abwegig, einige 10.000 Polen, so wie es augenblicklich geschieht, abzuschlachten ..." 31) S. 41

geht er nicht etwa der Frage nach, wo denn dies geschehen sei und wer die Leichen wann gefunden und wer sie bestätigt hat. Statt dessen steht er auf Seite 44 selbst:

"Es ist schwer abzuschätzen, welche rein zahlenmäßige Auswirkung die entfesselte Gewaltsamkeit der Herbst- und Wintermonate seit Oktober 1939 insbesondere in den eingegliederten Ostgebieten hatte."

Bleibt das alles für ihn nur "abzuschätzen", so meint er dennoch -- abgesehen von noch vielen anderen -- auf "gewiß einige Zehntausend" ermordete Polen und auch auf nicht näher spezifizierte "Großaktionen (Mehrzahl!) zur Beseitigung der polnischen Intelligenz" verweisen zu sollen.

Dabei weiß Prof. Broszat, daß er zu Fundorten der Leichen nichts in Erfahrung gebracht hat. Nirgendwo ist in Polen nach Kriegsende ein diesbezügliches Massengrab gefunden und international begutachtet worden!

Tragödie ungeheuren Ausmaßes

"Eine Dokumentation über die »Tragödie ungeheuren Ausmaßes« (Winston Churchill) wurde zwar vor 10 Jahren bereits vom Kabinett der Großen Koalition beim Koblenzer Bundesarchiv in Auftrag gegeben. Aber sie wird von den sozialliberalen Entspannern geheimgehalten und liegt, so »Report«, »seit 5 Jahren unter Verschluss.«" 34)

Nein -- so hieß es in Bonner Regierungskreisen --, man dürfe nicht "aufrechnen", "den Revanchismus begünstigen", und deshalb eine Diskussion über die Vertreibungsverbrechen "nicht wollen", "schon gar nicht die Deutschen". Derlei dumme Sprüche waren denn doch zu viel. Es gelang, die vom Bundesarchiv zusammengestellte Studie 1975 privat zu veröffentlichen. Schließlich "muß Schluß gemacht werden mit einseitiger Hetze".

Unabhängig von vielerlei Behinderungen, Entmachtung der Vertriebenen, Subventionierung verlogener antideutscher Propagandaliteratur, Finanzierung von Umerziehungs-Instituten, Schulrichtlinien nach Vorgaben ausländischer Interessenten und auf "Ersbüden"-Schuld Deutschlands fixierter Behörden und Medien-Verantwortlicher sind doch seit 1953 dank privater Initiative zahlreiche Dokumentationen über das Vertreibungsschicksal der ostdeutschen Bevölkerung erschienen. Diese haben wenigstens aus der Fülle der über 50.000 im Bundesarchiv registrierten Erlebnisberichte einen eindrucksvollen Geschehensüberblick für die Öffentlichkeit festgehalten.³⁵⁾

Die von Winston Churchill vorhergesehene, begünstigte, ja gewollte "ungeheure Tragödie" betraf nicht nur Ostdeutschland, sondern ganz Deutschland schon im Kriege. Auf der Jalta-Konferenz hatte dieser britische Premier am 11. Febru-

ar 1945 erklärt:

"Wir haben 6 oder 7 Millionen getötet und werden wahrscheinlich noch 1 Million töten, bevor der Krieg aus ist." 36)

Diese Menschenverachtung den Deutschen gegenüber wirft die Frage auf, seit wann und wodurch sich diese "heiligen Krieger" für berechtigt fühlen konnten, Haß und Rache für sich in Anspruch nehmen zu können. Mit diesem Vorwand haben sie seit 1919 bzw. 1933 einen Krieg bis zum Genozid des deutschen Volkes mit hemmungslosen Verleumdungen angestrengt, geführt und gedenken ihn, sich auf "Rache" berufend, bis zur "ewigen Verdammung der Deutschen" fortzusetzen.

Im Kaiserreich lebten die Juden -- weltweit anerkanntermaßen! -- als gleichberechtigte und geachtete Staatsbürger. Sie kämpften im Ersten Weltkrieg auf deutscher Seite!

Nahum Goldmann, der langjährige Präsident des Jüdischen Weltkongresses, war es, der festgestellt hat:

"Das deutsche Judentum war eines der einflußreichsten Zentren der europäischen Judentum. Es hatte im Zeitalter der Emanzipation ... einen meteorhaften Aufstieg genommen ... Es hatte an dem rapiden wirtschaftlichen Aufstieg des kaiserlichen Deutschland vollen Anteil genommen ..."

Von der wirtschaftlichen Position her konnte sich keine jüdische Minderheit in anderen Ländern, nicht einmal die amerikanische, mit den deutschen Juden messen. ..."

Die Geschichte der Juden in Deutschland von 1870 bis 1930 -- das ist wohl der glänzendste Aufstieg, der einem Zweig des jüdischen Volkes geglückt ist." 37)

Während der Weimarer Zeit bis 1933 hatte sich daran nichts geändert, -- mit Ausnahme der Tatsache, daß ausländische Judenorganisationen in die Gestaltung des Versailler Vertrages dominant eingriffen und diesen nicht als Frieden,

34) *Der Spiegel* Nr. 27/1979, S. 75 ff.

35) Abgesehen von landsmannschaftlichen Einzeldarstellungen ist die vom Deutschen Taschenbuch Verlag -- dtv -- (München 1984, Nachdruck aus 1953 ff) herausgegebene 8-bändige Sammlung "Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße, der Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien" hervorzuheben.

36) "Die Jalta Dokumente". Göttingen 1956, S.166 + 171.

37) Nahum Goldmann, "Mein Leben als deutscher Jude", München - Wien 1980, S. 115 - 116.

sondern als Waffenstillstand verstanden wissen wollten und als Berechtigung für eine sich stets verstärkende Einflußnahme auf innerdeutsche Verhältnisse bis zur endgültigen Machtergreifung in Berlin und gänzlichen Ausschaltung der deutschen Lebensinteressen. Auch der für Deutschland lebensbedrohlich bis zum Bürgerkriegschaos hereinschwappende revolutionäre Bolschewismus stand mit diesen "heiligen Kriegen" der US-Ostküste in enger Verbindung.³⁸⁾

Eine deutsche Einmischung in deren Verhältnisse hat es nicht gegeben! Was hat diese Leute damals zu einer solchen Haltung berechtigt? -- **Nichts!**

Ihr Verhalten war hochgradige Volksverhetzung, ihr Ziel eine völkerrechtswidrige "Verschwörung gegen den Frieden"! Sie nutzten die Niederlage der Mittelmächte von 1918 aus, um sich die Herrschaft über Deutschland anzueignen! Am 22. Oktober 1939 erklärte der Ehrenpräsident der britischen Zionisten, **Lord Lionel de Rothschild**, auf die Frage, warum er denn Krieg gegen Deutschland führe:

"Um Deutschland den Juden zu übergeben und die Deutschen unter den anderen Völkern dieser Erde aufzuteilen."³⁹⁾

War eine solche Zielsetzung völkerrechtsgemäß, humanistisch? -- **Nein!**

Konnten sich jene Regierungen, die solche "heiligen Krieger" walten ließen und sie gar noch unterstützten, darauf berufen, etwas für Frieden und Humanität zu tun? -- **Nein!**

Adolf Hitler, vom deutschen Volk überwältigend gewählt, hatte nicht die Juden angegriffen, sondern fremden Einfluß aus Deutschland zurückgedrängt und schließlich ausgeschaltet, was völkerrechtlich absolut legitim und von der Weltgemeinschaft auch anerkannt war. -- Wie eigentlich geht Israel gegen fremdvölkische Einflüsse vor?

Schon sein Versuch seit dem 30. Januar 1933, das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes zu gewährleisten, hat ihm die sofortige Kriegserklärung des internationalen Judentums eingetragen. -- War diese berechtigt? -- **Nein!**

Was sollte diese Leute zur Kriegserklärung "against Germany" berechtigt haben? -- **Nichts!**

Das deutsche Volk war bis zum Abgrund eines Bürgerkrieges getrieben worden mit über 6 Millionen Erwerbslosen und einem Wirtschaftsleiden ohnegleichen. **Hitlers** Ziel war es, diese Not zu beseitigen, und er schaffte es!

Die Judea-Kriegserklärung on Germany -- also an das ganze deutsche Volk! -- am 24. März 1933, die intern bereits am 30.1.1933 beschlossen worden war, hat Deutschland seit diesem Zeitpunkt einen permanenten Kriegszustand aufgezungen, ähnlich wie es die Bolschewisten seit 1918 getan haben. **Die Deutschen hätten Anlaß zu Haß und Rache, doch nicht aber derartige Demokratieverächter und "heilige" Kriegserklärer!**

Je mehr die Auseinandersetzung eskalierte, desto hemmungsloser verstärkten die an deutscher Beute interessierten Kräfte die Ausmaße ihrer Verleumdungen Deutschlands. Die von ihrer Macht und Gewaltanwendung ("Gewaltherrschaft" gab es tatsächlich bei ihnen!) Abhängigen und "Gläubigen" ihrer mörderischen Hetze wurden zu Haß, Rache, Vertreiben, Vergewaltigen und zum Morden aufgerufen -- so etwas hatte es auf deutscher Seite nie gegeben! --, zu denen sie nicht willens und fähig gewesen wären, hätten sie die wahren Zusammenhänge erfahren. So mordeten sie während des Krieges und nach Kapitulation der Wehrmacht massenhaft wehrlose Deutsche mit dem Argument, aus "Haß und Rache" für das, was Deutsche den Ihren angetan haben (sollen). Der jüdische, russische, polnische, tschechische, jugoslawische Kämpfer konnte das alles gar nicht überprüfen, sondern führte Befehle aus und ging eigenmächtig im Sinne dieser vorgegebenen Parolen noch darüber hinaus. Verbrechen bleiben derartige Delikte allemal. **Haß und Rache waren von Anfang an nicht berechtigt und sind daher auch für die Folgeereignisse keine Entschuldigung!**

Niemals hat eine deutsche Propaganda den politischen Gegner so verleumdet, ihm Verbrechen angedichtet, herabgewürdigt, wie dies die jüdische, bolschewistische und westalliierte Vorkriegs-, Kriegs- und Nachkriegspropaganda mit Deutschland skrupellos und permanent bis zur Stunde veranstaltet hat!

Rudolf Augstein durfte es ungestraft bekanntmachen:

"Weder die Gaskammern noch den Namen Auschwitz muß er (Adolf Hitler) zwingend gekannt haben."⁴⁰⁾

Frellich hat **Rudolf Augstein** diesen Satz in einen Sack von dümmlichen Phrasen gesteckt: Ist auch das vergangene Jahrhundert nur von wenigen Menschen politisch geprägt worden, so könne man diesen **Winston Churchill** und **Charles de Gaulle** mit Mühe zurechnen. An **Roosevelt** und **Stalin** komme man zwar kaum vorbei, doch der einzige Mensch, ohne den wir unter keinen Umständen auskommen, ist **Adolf Hitler**. Seine "wölfisch anmutende Psyche" ist zwar nicht zu entschlüsseln, doch weiß **Rudolf Augstein**, daß er den "brutalsten aller Kriege wie eine Droge brauchte". Er weiß ferner, daß

"die Deutschen vielleicht auch ohne Hitler den Zweiten Welt-

krieg entfesselt hätten, aber kaum mit so katastrophalen Folgen. Und er allein betrieb und erreichte die Vernichtung von 5 bis 6 Millionen europäischer Juden. ...

Dabei muß er Einzelheiten nicht gekannt haben. Ohne Zweifel hat er befohlen und gebilligt, was Heinrich Himmler für ihn besorgte."

Rudolf Augstein benötigt hierfür nur journalistische Sprüche, ohne einen einzigen Beleg. Immerhin ist davon auszugehen, daß dieser Lizenzträger britischer Besatzungsmacht seit 1945/46 auch 1995 noch wußte, was er seinen Existenzgründern und den internationalen Meinungsmanagern schuldig ist, aber auch, daß er, der jahrelang mit diesem Thema befaßt war, ernsthafte Gründe hatte, jene beachtlichen Sätze zu schlußfolgern und sie so "konspirativ" der Öffentlichkeit zu 40) *Der Spiegel*, 1995, Nr. 4, S. 41.

38) Vergl. *Historische Tatsachen* Nr. 88.

39) John Colville, "Downing Street Tagebücher 1939 - 1945", Berlin 1988, III. 31.

vermitteln. Bei allen mythologischen Erklärungsversuchen fehlten offensichtlich auch ihm wesentliche Belege für Zusammenhänge der Befehlsgebung, Organisation, Mitwisserschaft, Technik, Logistik. Das Abschieben "dieser gewaltigen

Aufgabe" auf den Reichsführer-SS, der alles dies geheim und selbständig "durchgeführt" habe, bewältigte Rudolf Augstein mit einer Sprechblase. Ein Journalist wie er darf das alles, doch historische Sachverhalte geklärt hat er damit nicht!

This month
the Holocaust museum opens
in Washington, D.C.

It should
Parade Magazine, April 18, 1993

Shake People up

Museum of Hate

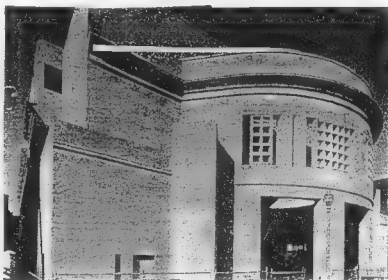
"This month the Holocaust Memorial Museum in Washington D.C. will be dedicated. Dissenters are expected to be there to declare that this tax-supported museum serves only to perpetuate Talmudic hatred against Germans and Christians, since no mention will be made of the many other Holocausts in this century, including that of 50 - 60 million people under the Jewish Commissars in the USSR. Why should Washington be the site of a memorial to foreigners who died in a foreign country? Many Jewish historians have said for years that the total of Jewish deaths due to Nazi action (1943 - 45) is far less than the claimed six million, but the Holocaust has become a religion with believers who fervently oppose any historical examination of the facts. There are 19 Holocaust museums in this country plus 99 research centers, archives, memorials and libraries."

The Christian News, Washington, April 26, 1993.

Ins deutsche übersetzt:

Museum des Hasses

"Diesen Monat wird in Washington D.C. das Holocaust Gedenkstätten-Museum eingeweiht. Es wird erwartet, daß auch Andersdenkende anwesend sein werden, um zu erklären, daß dieses mit Steuergeldern unterstützte Museum talmudischen Haß gegen Deutsche und Christen verewigt, da keinerlei Erwähnung der vielen anderen Holocaust-Ereignisse dieses Jahrhunderts zugelassen wird einschließlich jenes der 50 - 60 Millionen Menschen unter den jüdischen Kommissaren der UdSSR. Warum soll Washington der Platz einer Gedenkstätte für Ausländer sein, die in einem fremden Land starben? Viele jüdische Historiker haben schon seit Jahren gesagt, daß die Summe jüdischer Toten auf Grund von Nazi-Aktionen (1943 - 1945) viel geringer ist als die behaupteten 6 Millionen. Doch der Holocaust ist eine Religion geworden mit Gläubigen, die inbrünstig jedweder historischen Untersuchung der Fakten Widerstand entgegenzusetzen. In diesem Lande gibt es 19 Holocaust-Museen plus 99 Forschungszentren, Archive, Gedenkstätten und Bibliotheken."



Letzterer Satzteil wäre zu ergänzen mit dem Hinweis, daß in diesen 99 Zentren nur jüdisch-zionistische Auffassungen zur Geltung kommen.

Ersatz für historische Beweisführung?

In Washington, New York, Los Angeles, Berlin und anderen markanten Orten sind in den letzten Jahrzehnten vielfältige Gedenkstätten für ausschließlich jüdische "Holocaustopfer" mit Steuergeldern der anderen errichtet worden, die den Eindruck erwecken sollen, der Zweite Weltkrieg sei nur der "Rassepolitik" Hitlers, seines den Juden zugedachten "Ausrottungsplanes" wegen geführt worden. Für dieses Volk sei alles singulär: seine Unschuld, sein Imstichgelassensein, die Tötungsplanung, die industrielle Vernichtungsmethode, seine Opferzahl, der widerstandslose Opfergang, die Geheimhaltung, die Kurzfristigkeit ihrer Vernichtung, die Spurenbeseitigung, das singulär gebliebene Vergessen seiner "Judea decla-

res War on Germany" Kriegserklärung vom 24. März 1933. Schließlich sind singulär die geforderte Wiedergutmachung für den mit ihrer Kriegserklärung beginnenden Krieg⁴¹⁾ und zum Schutz bestimmter Auffassungen über jüdisches Kriegsschicksal das Strafrecht zu bemühen.

Nur all die anderen hatten von Anfang an über alles das ganz andere Erkenntnisse und Probleme. Schließlich brach

41) Nana Sagi, "Wiedergutmachung für Israel -- die deutschen Zahlungen und Leistungen", Stuttgart 1981, S. 27:

"Jüdische Ansprüche auf Entschädigung müssen auf Anerkennung der Tatsache beruhen, daß die Juden einer seit 1933 mit Deutschland im Krieg befindlichen Nation angehören."

der Krieg auf Grund polnischer, von Großbritannien "vorangetriebener" (so Neville Chamberlain⁴² S. 416) Provokationen aus, die sogar Präsident F.D. Roosevelt geschürt hatte, während Stalin sein eigenes Konzept zur Eroberung Europas langfristig vorbereitet hatte.

Im Rahmen dieser ganz anderen Zusammenhänge haben zwar die Leute um den US-Präsidenten bereits zu einer Zeit öffentlich Absichten erörtert, wie man das deutsche Volk sterilisieren oder anders ausrotten, das deutsche Territorium zerstücken, die deutsche Industrie vernichten könnte, als von einer "Endlösung der Judenfrage" oder "Vernichtungslagern" im deutschen Herrschaftsbereich, von deutschen "Gaskammern" und ähnlichem – sogar im Jahre 1941 – noch niemand etwas geahnt oder als Propagandafantasie erfunden hatte, zumal es alles dies ihren eigenen späteren Angaben zufolge seinerzeit noch gar nicht gegeben hatte.

Das alles können Jahrzehnte später weder auf "Verbrenchens-Singularität" abgestellte Gedenkstätten, noch jährliche Holocaust-Gedenktage oder Sondergesetze gegen Zweifler und "Leugner" ändern.

Erinnert sei an die Konstituierung eines hochrangigen jüdisch-amerikanischen Holocaust-Ausschusses im Jahre 1981,⁴³ dem ein umfassendes Forschungsprogramm aufgetragen worden war über alles das, was man bis dahin nicht wußte. Innerhalb von 2 Jahren sollte dieser hochqualifizierte Ausschuß die ihm aufgelisteten noch ungeklärten Fragen an Hand intensiver wissenschaftlicher Recherchen in den Archiven der US-Regierung sowie der weltweit jüdischen Organisationen beantworten. Im Mittelpunkt stand dabei die Untätigkeit der alliierten Regierungen sowie der internationalen jüdischen Führungsmannschaften während des Krieges in bezug auf die Thematik "Holocaust". Wie konnte es sein, daß sie nichts wußten, nichts getan, sich nicht gekümmert hatten?

Und selbst ein jüdischer Autor wie Walter Laqueur "behauptet in seinem Werk,⁴⁴ daß nicht einmal der jüdische Weltkongreß, dessen Präsident Anfang der vierziger Jahre Rabbiner Stephen Wise war, Alarm schlug. Im November 1944 erklärte Nahum Goldmann, damaliger Vorsitzender des Verwaltungsrats des Weltkongresses, er und Stephen Wise hätten dem Ersuchen des State Department, die 'Greuelgeschichten' vorläufig nicht zu veröffentlichen, aus diplomatischen Gründen stattgeben müssen.

Hyman Bookbinder, Washingtoner Repräsentant des American Jewish Committee, sagte unlängst:

"Die Frage, warum wir in den tragischen Jahren des Holocaust so passiv geblieben sind, ist für die amerikanischen Judenheit qualvoll und bereitet noch immer neue Pein."⁴⁵

Bedenkt man hierbei, daß

a) bereits in der *New York Times* seit 1942 aus der Feder von Rabbi Stephen Wise und anderen führenden Vertretern des amerikanischen Judentums mehrfach Vergasungs-Nachrichten bis in die 2 Millionen Größenordnung publiziert worden waren,

42) Keith Felling, "The Life of Neville Chamberlain", London 1947.

43) Vergl. *Historische Tatsachen* Nr. 15, S. 3.

44) Walter Laqueur, "The Terrible Secret: Suppression of the Truth about Hitler's 'Final Solution'", London 1982. – deutsch: "Was niemand wissen wollte: Die Unterdrückung der Nachrichten über Hitler's 'Endlösung'", Frankfurt - Berlin - Wien, 1981.

45) *Die Allgemeine Jüdische Wochenzeitung*, 6. November 1981.

b) diese Kreise einen nahezu ungehinderten Zugang zu F.D. Roosevelt und Henry Morgenthau,⁴⁶ aber auch zum britischen Premier Winston Churchill hatten,⁴⁷

– "Ich, Chaim Weizmann, gehe zu Churchill oder Daladier, und die Sache ist geregelt. Was soll das übrige?"⁴⁸ –,

c) diese Kreise weltweit die öffentliche Meinung beherrschen,

d) ihnen auch Nachrichten aus Geheimdiensten, Kirchen, Untergrundbewegungen usw. zur Verfügung standen,

e) sie selbst Kriegsteilnehmer waren und alles taten, um ihren Gegner zu verleumdern und zu vernichten.

Ist schon ihr Forschungs-Ausschuß 1981 sehr erstaunlich, so überrascht noch mehr, daß er nach 2 Jahren seine Arbeit ohne Ergebnis eingestellt hat. Angeblich fehlten die finanziellen Mittel. Doch dies ist nicht überzeugend angesichts der vielen Ausgaben für Gedenkstätten und museale Demonstrationen sonstiger Art. Immerhin: in der Fülle der Roosevelt-Papiere einschließlich derer aus den Geheimkonferenzen mit Churchill und Stalin in Teheran und Jalta und auch später in den Protokollen von Potsdam 1945 finden sich keine "Holocaust"-Diskussionen, und die Repräsentanten des internationalen Judentums – wie die Memoiren von Stephen Wise, Chaim Weizmann und Nahum Goldmann ausweisen – steuern hierzu auch nichts bei.

Man stelle jedoch diese Kenntnismängel der von Haß und Rache geprägten gnadenlosen Kriegsführungsmethoden und Kriegszieleforderungen dieser Leute gegenüber, die mit den Namen Ilja Ehrenburg bis Henry Morgenthau jr. und Theodor Nathan Kaufman nur unzureichend umschrieben sind. Für sie war kein "Holocaust" maßgebend, sondern

"das deutsche Volk müsse als Strafe dafür eliminiert werden, weil es vor Tausenden von Jahren keine Anstrengungen unternommen hat, zivilisiert zu werden".⁴⁹

46) Morgenthau Diary, U.S. Government Printing Office, Washington 1967 ff.

47) Conrad Grieb, "American Manifest Destiny and The Holocausts -- An Historical and Sociological Encyclopedia", New York, Examiner Books 1979, S. 323.

"Die Morgenthau-Tagebücher offenbaren den enormen Einfluß, den seine jüdischen Berater -- Bernard Baruch, Henry Morgenthau jr., Harry Dexter White und andere auf Präsident Roosevelt hatten. In einer entscheidenden Epoche der Weltgeschichte gelang es einer Gruppe von Juden in politischen Führungskreisen die Außenpolitik der Vereinigten Staaten insgeheim dahingehend auszurichten, eine dominante Rolle in der Entwicklung der Ereignisse in Europa zu spielen. Es ist nicht übertrieben zu sagen, daß es Finanzminister Morgenthau war, der, umgeben von ausschließlich jüdischen Mitarbeitern und Beratern, eine Politik verfolgte, die von rein jüdischen Konzernen diktiert wurde, die sich nicht einen Augenblick um die Interessen Amerikas kümmerten.

Seine Freundschaft mit Roosevelt ausnutzend, dehnte er seine Autorität als Finanzminister so weit aus, daß er während der Jahre 1934 - 1945 die Kontrolle über die amerikanische Außenpolitik übernahm (to take control of). Morgenthau ignorierte den Kriegsminister und Außenminister. ... Diese waren sometimes unwissend über die geheimen Absprachen zwischen Morgenthau, und Roosevelt."

48) Nahum Goldmann, "Das jüdische Paradox", Köln - Frankfurt 1978, S. 152.

49) Theodore Nathan Kaufman, "Germany must perish", Washington 1941, S. 7 + 80.

Einführung der "6 Millionen" in den Nürnberger Prozeß 1945

Es ist wichtig und wert, hier noch einmal aufzuzeigen, was **David Irving** in seinem Buch "Nürnberg die letzte Schlacht"⁵⁰⁾ aus den Tagebuchaufzeichnungen des US-Bundesrichters **Robert H. Jackson**,⁵¹⁾ der von US-Präsident **Harry S. Truman** mit der Leitung der "Prozesse gegen die Hauptkriegsverbrecher" beauftragt worden war, über die von den US-jüdischen Organisationen beabsichtigt gewesene gesonderte Anklage hinsichtlich der "während des Krieges ermordeten 6 Millionen Juden" zu berichten wußte.

Anläßlich der Vorbereitungen des Sieger-Tribunals erhielt **R.H. Jackson** kurz vor seinem Abflug nach London zwecks Vorbesprechung des "Londoner Statuts" -- der "internationalen Rechtsgrundlage" für das Nürnberger Tribunal -- am 11. Juni 1945 in Washington Besuch von einer Gruppe FBI-Beamten. Sie hatten jedoch nicht vor, mit ihm US-Geheimdienst-Fragen zu klären, sondern ihm Anliegen mehrerer mächtiger jüdischer Organisationen und des Jüdischen Weltkongresses vorzutragen, die darauf hinausliefen, ihnen ein Mitbestimmungsrecht beim "Internationalen Kriegsverbrecherprozeß" einzuräumen.

"In einem vom FBI zur Verfügung gestellten Büro fanden sich 3 führende jüdische Juristen ein: Richter **Nathan Perlman**, **Dr. Jacob Robinson** und **Dr. Alexander Kohanski**. Sie waren gekommen, um im Namen eines Dachverbandes amerikanisch-jüdischer Organisationen Druck zu machen.

Zunächst überhäufte sie **Jackson** für seinen ersten Bericht an die Präsidenten mit überschwänglichem Lob: der Bericht sei für die Juden wie Regen in der Wüste gewesen. ...

Wie groß denn diese Verluste seien, erkundigte sich **Jackson**, der für den bevorstehenden Prozeß eine Zahl brauchte.

»6 Millionen« erwiderte **Dr. Robinson** und verdeutlichte, diese Zahl umfasse die Juden in allen deutschbesetzten Ländern vom Ärmelkanal bis Stalingrad.

Jackson notierte an diesem Tag:

»Ich war besonders an der Quelle für seine Schätzung und deren Zuverlässigkeit interessiert, da ich keine authentischen Unterlagen darüber kenne.«

Robinson sagte, er sei auf diese Zahl gekommen, indem er die bekannten Zahlen für die jüdische Bevölkerung im Jahre 1929 mit derjenigen der Juden verglichen habe, die vermutlich heute noch lebten.

»Die Differenz ist, wie man annehmen muß, entweder gelötet worden oder hält sich versteckt.«,

sagte er. Angesichts der Wirren und Tragödien in einem bomben- und seuchenverheerten Europa war dies keine Ziffer, auf die sich ein Statistiker hätte verlassen können. Wie stand es mit den Grenzverschiebungen? Wer genau war eigentlich Jude? Über diese Fragen schlugen sich Kartographen, religiöse Fanatiker und Politiker immer noch die Köpfe ein.

Doch so war die historische Zahl von 6 Millionen für **Jack-**

son geboren. ...

Sie verlangten sogar ein besonderes Gericht zur Behandlung dieser Anklagen, und als sie damit nicht durchdrangen, forderten sie das Recht zur Berufung eines jüdischen Beauftragten zur Unterstützung des Gerichts in **Jacksons** Gerichtshof. Dieser sollte die »6 Millionen Abgeschlachteten« vertreten.

Jackson war von diesem Vorschlag keineswegs angetan, da er unvermeidliche Probleme voraussah. Alle anderen verfolgten Minderheiten würden dann die gleichen Rechte für sich in An-



US-Hauptankläger **Robert H. Jackson** plädiert für den Schuld-spruch der 21 deutschen Angeklagten im Nürnberger -Sieger-Tribunal, nachdem er selbst mitgeholfen hatte, die ihm notwendig erscheinende einseitigen, gegen die Grundsätze des Völkerrechts verstoßenden, "Rechtsgrundlagen" in London mit den Regierungsvertretern der Sowjetunion, Großbritanniens und Frankreichs "vertraglich" zu vereinbaren.

spruch nehmen. ... (50) S. 88-87 + 51)

Diese von dem US-Höchst Richter **Robert H. Jackson** mit diesen Worten in seinem Tagebuch festgehaltene Szene hat historische Bedeutung: Nach Kriegsende forderten 3 führende jüdische Juristen, von ihnen zumindest 1 Richter, die Ermordung von "6 Millionen Juden" als Kriegsverbrechen in eigener Regie zu verurteilen, ohne daß sie die geringste Kenntnis über irgendwelche Einzelheiten vorzutragen wußten. Sie nannten (kannten?) nicht einmal die Zahlen von 1929 für die europäischen Juden noch jene von 1945, die "vermutlich heute

51) R. H. Jackson, "Diary" (Tagebuch) in Library of Congress, Manuscript Division, R.H. Jackson papers, box 95.

noch leben", "schätzten", wie gesagt, ohne jegliche Kenntnis und zählten ohne Hemmung auch jene mit zu den Mordopfern, "die sich versteckt hielten".

Nicht die geringste Rolle spielten bei den "Schätzungen" dieser "Juristen":

- Die 360.000 aus Deutschland von 1933, die 147.000 (1938) aus Österreich, die 30.000 aus dem Protektorat Böhmen und Mähren 1938 noch vor Kriegsbeginn ausgewanderten Juden,

- die über 400.000 aus Polen 1939 - 1941 nach Rumänien oder in die Sowjetunion geflohenen Juden,

- die über 600.000 von den Sowjets 1940 aus Polen und dem Baltikum deportierten Juden, die in sibirischen Arbeitslagern verschwanden und verschollen blieben,⁽⁵²⁾

- die 1,5 - 2,33 Millionen Juden, die von den Sowjets nach Beginn des Rußlandfeldzuges ins Hinterland evakuiert wurden,⁽⁵³⁾

- "die Masse" der 1944/1945 nach Polen zurückgekehrten Juden, die vielfach auch in der Staatssicherheit tätig geworden sind,⁽⁵⁴⁾

- die 550.000 in der Roten Armee und als Partisanen kämpfenden und teils gefallenen Juden,

- die unbekannte Zahl der noch während des Krieges ausgewanderten, geflohenen oder abgeschobenen Juden,

- die unbekannte Zahl der an Krankheit, Seuchen, sonstigen natürlichen Ursachen oder an Kriegseinwirkungen Verstorbenen,

- die "600.000 Überlebenden, die (1945) kein Land haben wollte",⁽⁵⁴⁾

- die der Öffentlichkeit unbekannt gebliebene Zahl der

Juden, die sich nach Kriegsende offiziell in Palästina, den USA und anderen Ländern niederließen, teils andere Namen angenommen, ihre Herkunft verändert, ihren Glauben verheimlicht haben,

- die 1959 laut Volkszählung in der Sowjetunion erschienenen 2.335.000 Juden,⁽⁵⁵⁾

- die 5 - 7 Millionen Wiedergutmachungsanträge von überlebenden Juden, die später einmal, im September 1985, das Bundesfinanzministerium Bonn bestätigen sollte.⁽⁵⁶⁾

Alle diese Millionen waren schon einmal von diesen "führenden jüdischen Juristen" auf das "deutsche Mordkonto" verbucht. Man brauchte keine Beweise -- die US-Ämter "haben herzlich wenig getan, um wirkliche Beweise zu sammeln"⁽⁵⁰⁾

S. 62 --, "Kriegsverbrecherprozesse" ließen sich auch so durchführen, selbst wenn der Chefankläger -- Robert H. Jackson -- zu dem Anklagekomplex "keine authentischen Unterlagen kennt",^{(50) S. 86}

Das US-amerikanische Office of Strategic Services (O.S.S.) bot gleichzeitig allein schon von den USA aus verstärkte Greuelpropaganda als Schützenhilfe an,^{(50) S. 81 - 83}

Erinnert sei in diesem Zusammenhang an das Bekenntnis des langjährigen Präsidenten des Weltjudenkongresses, Nahum Goldmann, aus dem Jahr 1952, als er anlässlich der Wiedergutmachungsverhandlungen mit Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer schrieb:

"Während der Verhandlungen hatte noch niemand eine zureichende Vorstellung vom Umfang der nazistischen Verbrechen und der gewaltigen Zahl der anspruchsberechtigten Opfer."^{(57) S. 440}

Bild-Zeitung diffamiert permanent die deutsche Geschichte

Der Nürnberger Ärzte-Prozess von 1946. Ein Blick in die tiefsten menschlichen Abgründe



In der Ausgabe vom 13. Dezember 2006 wurde ein Foto verwendet, das in der Literatur durchaus bekannt ist, wahrscheinlich schon im Dritten Reich veröffentlicht worden sein dürfte, allerdings einen Sachverhalt darstellend, den die Bild-Zeitung total auf den Kopf stellt:

(52) Vergl. *Historische Tatsachen* Nr. 87 S. 21.

(53) Vergl. *Historische Tatsachen* Nr. 96, S. 33 - 34.

(54) Nahum Goldmann, "Das jüdische Paradox", Köln - Frankfurt/M 1978, S. 263.

(55) Vergl. *Historische Tatsachen* Nr. 96, S. 34.

(56) Vergl. *Historische Tatsachen* Nr. 49, S. 35.

(57) Nahum Goldmann, "Mein Leben als deutscher Jude", München - Wien 1980. -- Vergl. *HT* Nr. 15, S. 27.

Recycling the Gassing Story

Erneut sind Deutsche als "Täter" verdächtigt worden, ohne daß ein offizieller brd-"Demokrat" widersprochen hat.

Die vom Wiesenthal-Center in Los Angeles unter dem Schutz der USA-Flagge bedenkenlos fortgesetzte "psychologische Kriegführungsmethode" überraschte den Sachkenner nicht, begleitete sie doch die US-Politik seit dem vergangenen Jahrhundert bis in die Gegenwart.

Dem IHR (Institut for Historical Review, Los Angeles) News Letter Nr. 82 vom Oktober 1991 entnehmen wir folgenden Bericht:

"Der Vorwurf während des Zweiten Weltkrieges, die Deutschen würden Juden und andere Menschen »vergasen«, war nicht neu. Diese Geschichte wurde »recycled« von einer ähnlichen Geschichte, die während des Ersten Weltkrieges in die Welt gesetzt worden war und die immer noch nicht gestorben ist.

Während des Golfkrieges gegen den Irak Anfang dieses Jahres wurde sie erneut wiederbelebt.

Eine bedeutende Titelseiten-Überschrift in der Jewish Press -- Brooklyn-Paper behauptet, innerhalb der englisch-sprachigen jüdischen Gemeinde wöchentlich die größte Verbreitung zu erzielen -- erklärte am 15. Februar 1991:

»Die Iraker haben Gaskammern für alle Juden. Saddam Hussein habe Gaskammern gebaut, um die Juden überall in der Welt auszurotten.«

Allerdings wurde keinerlei Beweis für diese wilde Anschuldigung beigebracht.

Das Simon Wiesenthal Center griff dieses Thema bereits während der Vorbereitung des Golf Krieges ebenfalls auf. Auf

A Full Page of Photos of American Soldiers in Israel
See Page 41

JEWISH PRESS 75¢
75¢
1000 LAMARCK STREET, NEW YORK, N.Y. 10019
Copyright © 1991 The Jewish Press Inc. All rights reserved. Printed in the U.S.A.
Vol. 111, No. 1 Week of February 10 to February 15, 1991 14th Floor

WAR NEWS!

IRAQIS HAVE GAS CHAMBERS FOR ALL JEWS

See Story on Page 4

IRAQ NEARING TOTAL DISASTER

The extensive bombing of Iraq by the United States and its allies has caused the country to be on the verge of total disaster. The Jewish Press has reported that the United States is planning to bomb the country again. The Jewish Press has also reported that the United States is planning to bomb the country again.



einer gut besuchten Pressekonferenz in Los Angeles verkündete Rabbi Marvin Hier:

»Es ist unglaublich (unconscionable), daß wir 55 Jahre nach dem Holocaust noch einmal die Möglichkeit haben, deutsch-produzierte Kanister an einem anderen Massenmord-Platz, -- im Irak -- zu finden.«

Hier bot keine Beweise für seine Andeutungen auf irgendwelche solcher »Kanister« an irgendeinem »Platz des Massenmordes«.

Vergleich des Angriffskrieges der Vereinigten Staaten von Amerika gegen den Irak im März 2003 mit den Ursachen des Polenfeldzuges 1939

Der US-amerikanische Angriffskrieg gegen den Irak im März 2003 erfüllt den Tatbestand eines "Verbrechens gegen den Frieden" gemäß dem Londoner Statut vom 8. August 1945, demzufolge die überlebenden obersten Führungskräfte des Deutschen Reiches vom Nürnberger Sieger-Tribunal 1946 zum Tode verurteilt und hingerichtet worden sind.

Art. 6 a dieses im Namen der USA, Großbritannien, der Sowjetunion und Frankreichs ausgehandelten und mit dem Charakter einer "internationalen Völkerrechtsregel" gekennzeichneten Statuts lautet:⁵⁸⁾

"Verbrechen gegen den Frieden: Nämlich Planung, Vorbereitung, Einleitung oder Durchführung eines Angriffskrieges oder eines Krieges unter Verletzung internationaler Verträge, Abkommen oder Zusicherungen oder Beilegung an einem gemeinsamen Plan oder an einer Verschwörung zur Ausführung einer der vorgenannten Handlungen."

Adolf Hitler hatte im Spätsommer 1939 -- im Gegensatz zum US-Präsidenten George W. Bush im Fall des auf einem fremden Kontinent befindlichen Irak -- völkerrechtlich wohl fundierte Rechte, am 1. September 1939 gegen Polen zurückzuschießen und dort einzumarschieren.

"Der Verschwörung gegen den Frieden" machten sich im Frühjahr 2003 -- vor aller Welt erkennbar -- die Führungskreise der USA und Großbritannien schuldig. Sie haben die Weltgemeinschaft im UN-Sicherheitsrat wiederholt mit schon zeitig erkennbaren Lügen über gar nicht existente "Massenvernichtungswaffen" des Irak und der völkerrechtswidrigen Zielsetzung eines geforderten Regimewechsels für den Krieg

58) Protokolle des Internationalen Militärtribunals 1945/1946 Nürnberg (IMT), Bd. 1, S. 12 ff.

gegen dieses Land im Nahen Osten einzustimmen versucht. Dabei wußten sie über ihre bereits zuvor monatelang durchgeführte völkerrechtswidrige Luftaufklärung, Beschießung irakischer Radaranlagen und Rüstungsinspektionen, daß der Irak gegen die technisierte US-Militärstreitmacht nicht verteidigungsfähig, geschweige denn für einen Offensivkrieg gegen eine Großmacht gerüstet war.

Der UN-Weltsicherheitsrat hat sich zwar von der Aggression des US-Präsidenten gegen den Irak distanziert, ihm im übrigen jedoch, sich der Gewalt des Faktischen beugend, anschließend zusagebend Absolution erteilt und ihn im Kreis der hochrangigen und ehrenwerten Führungseliten der Weltpolitik weiterhin willkommen geheißen. Wenn von Kriegsverbrechen, Verletzern der Menschenrechte und des Völkerrechts fortan die Rede war, wurden ausschließlich die neuerlichen Verlierer damit gemeint, die wie zuvor 1945/46 nach Schauprozessen im Namen der siegreichen Edelmänner und nach deren Maßregeln hingerichtet wurden.

Die USA haben sich mit dieser Methode über die ursprünglichen Völkerrechtsgrundsätze sowie über die von ihnen für eigene Zwecke geschaffenen "internationalen Völkerrechtsregeln" hinweggesetzt und so ihr Kontinente übergreifendes Stützpunktsystem weiter ausgebaut. Neue "Schurkenstaaten" werden definiert, weitere "Regimewechsel" erwogen, Präventivkriege für die eigene Nation legitimiert und auch für anschließende Schauprozesse die Akzeptanz ihrer Verhaltensnormen von allen Staaten der Welt eingefordert. Das ganze nennt sich dann Friedenspolitik im Zeitalter der Globalisierung.

Kritiker wurde zu Terroristen erklärt, die laut Chefidologen der US-Ostküsten-Globalisierer **Thomas Barnett** im geeigneten Fall zu töten wären.⁵⁹⁾ In New York und Washington ist man offensichtlich schon so unsensibel geworden, daß der Pentagon (das US-Kriegsministerium) es für angebracht hielt, den Völkern der Welt die beabsichtigte Methode und Zielrichtung der Globalisierer zur Erringung der Weltherrschaft durch ihren Strategieplaner **Thomas Barnett** schriftlich bekanntzumachen. Die zusätzlichen Erörterungen auf internationalen Konferenzen unterstrichen ihren ernsthaften Charakter.

Wenn das alles legitim sein soll, was bleibt **Adolf Hitler** vorzuwerfen?

Parallelen zwischen Deutschland und dem Irak:

Vor der Aggression haben die USA und andere Mächte den Irak einem jahrelangen Handelsboykott unterworfen.

Derselben Methode war das Deutsche Reich seit 1919 ausgesetzt gewesen.

Die – ebenfalls von den USA und Großbritannien diktierten – Versailler Friedensbedingungen hatten Deutschland 1919 in eine analoge Situation versetzt, indem es zur totalen

Abrüstung und zu unbezahlbaren Reparationsleistungen gezwungen sowie anschließend jahrelang überwacht wurde. Binnen weniger Jahre ab 1933 konnte Deutschland normalerweise weder den technischen Fortschritt noch das inzwischen weiter aufgestockte Rüstungsvolumen der Versailler Siegermächte eingeholt haben, zumal es selbst im Wirtschaftschaos und bürgerkriegsähnlichen Zustand versunken war. Da das Reich auch nach 1933 ein für Ausländer offenes Land geblieben war, konnten sich deren Spionagedienste weiterhin genügend Kenntnisse über den jeweiligen deutschen Rüstungsstand verschaffen. Abrüstungsvorschläge **Adolf Hitlers** haben die Imperialmächte abgelehnt, Deutschlands Gleichberechtigung nach wie vor verweigert.

Großbritannien, das sich stets einer eindrucksvollen Zahl von Verbündeten sicher war, wußte um die militärische Schwäche des auf sich selbst gestellten Deutschlands, verließ es sich doch noch 1939 zusätzlich auf die innerdeutsche "militärische Opposition" und deren Zusage eines sofortigen Zusammenbruches des ns-Regimes "im Falle eines Krieges".

Die ns-Reichsregierung hatte die ganzen Jahre ihrer Existenz den Willen und die Notwendigkeit bekundet und mit Taten belegt, in Frieden und Freundschaft mit allen Nachbarn, speziell mit Großbritannien und Frankreich, leben, die Volksgemeinschaft herstellen, die Wirtschaft in Gang bringen und Deutschlands Gleichberechtigung herstellen zu wollen. Sie hat keinerlei Pläne für Angriffswaffen gegen die Imperialstaaten oder Waffenprogramme entwickelt, die einer Gleichberechtigung Deutschlands widersprochen hätten. Ihre Rüstungsmaßnahmen waren weitgehend offengelegt und sogar z.T. – wie im Fall des Flottenvertrages mit Großbritannien 1935 – im Rahmen bewilligter Zustimmung gehalten.

Im Gegensatz hierzu haben die USA und Großbritannien bereits 1936 mit dem Bau von viermotorigen Bombenflugzeugen begonnen, um sie künftig gegen Deutschland einsetzen zu können. **Winston Churchill** hatte die Entwicklung dieser Waffe bereits 1919 als britischer Kriegs- und Luftfahrtminister empfohlen und nicht vergessen hinzuzufügen, sie künftig auch gegen Frauen und Kinder, die Zivilbevölkerung einzusetzen.⁶⁰⁾

US-Präsident **George W. Bush** hat vor dem Forum der Weltöffentlichkeit erklärt, sein Militärschlag und die Besetzung des Irak mit all ihren Folgen sei notwendig, um die USA vor einer terroristischen Bedrohung durch den Irak zu bewahren. Gemäß Art. 51 der UN-Satzung sei dies Notwehr und daher mit Präventivkrieg zu beantworten.

Angesichts der tatsächlichen geografischen (Tausende Kilometer Entfernung über Ozeane und Länder) und militärischen Verhältnisse zwischen den USA und dem Irak ist eine solche "Begründung" eine weitaus lächerlichere, als jene, die **Stalin** im November 1939 verkünden ließ, das kleine Finnland habe die "friedliebende" Sowjetunion überfallen. Nicht nur, daß die Fadenscheinigkeit solcher Argumente vor aller Welt auch für die Dummsten erkennbar war, die Unverfrorenheit der Lügen über die "geheimen irakischen Vernichtungswaffen" und vorher schon über die aus den Brutkästen geworfenen kuwaitischen Babies war es auch.

59) Thomas Barnett, "The Pentagon's New Map: War And Peace In The Twentyfirst Century", New York 2004, Berkley Books + "Blue Print for Action -- A Future Worth Creating" ("Feldzugsplan für eine bessere Zukunft"), New York 2005, published by Putnam's Sons. – Vergl. Richard Melisch, "Der letzte Akt – Die Kriegserklärung der Globalisierer", Tübingen 2007, S. 67, Hohenrain Verlag, Postfach 1611.

60) Bernhard Steidle (Hrsg.), "Verheimlichte Dokumente", Bd. 2, München 1995, FZ Verlag, S. 184.

Im Gegensatz hierzu hatte sich Adolf Hitler am Vorabend des Polenfeldzuges keinerlei Lügen oder fadenscheiniger Begründungen bedient!

Was man ihm als Lügen und verbrecherische Zielsetzungen unentwegt vorhält, hat sich in sämtlichen Fällen als von seinen Feinden inszenierte "Schwarz"-propaganda herausgestellt! Seine Gegner waren es, die sich der Lügen in vielfältiger Form bedienten!

Angefangen vom "Überfall auf den Gleiwitzer Sender" zwecks "Begründung eines militärischen Gegenschlages" ⁽¹⁾ S. 66 bis zu den in "Geheimreden geäußerten Zielsetzungen" und unzähligen verlogenen "Zeugenaussagen", "Tagebucheinträgen" und "Dokumenten" sind diese Vorhaltungen in umfangreichen wissenschaftlichen Untersuchungen in der Tat als Kriegs- und Nachkriegsfälschungen nachgewiesen. ⁽²⁾ S. 431 ff + (2) S. 296 ff + (3)

Das Deutsche Reich sah sich 1939 aus vielfältigen Gründen einer existenzgefährdenden Kriegsbedrohung ausgesetzt:

1.) Polens Repräsentanten haben jahrelang unverhohlen über die schon 1919 geraubten Gebiete hinaus weitere völlig unberechtigte Territorialansprüche gestellt ("Wir wollen Danzig haben, Ostpreußen, die Oder-Neiße Gebiete"). ⁽²⁾ S. 140 ff

2.) Die seit März 1939 teilmobilisierte Armee hat sogleich feste Positionen entlang der deutschen Grenze mit Angriffszielsetzung bezogen. Die Reichsregierung war auch über die polnischen Pläne unterrichtet.

3.) Die schon seit Jahren im von Polen 1919 geraubten Gebiet lebenden Volksdeutschen sahen sich vom Februar 1939 an einer erneut verschärften Verdrängung mit Mißhandlung, Existenzvernichtung, Enteignung, Verhaftung, Verschleppung, Vertreibung und sogar Ermordung ausgesetzt. Die Reichsregierung hat diesem Treiben monatelang tatenlos zugesehen und sogar zu beschwichtigen versucht, indem sie Presseberichte hierüber zurückhalten ließ.

Über 200.000 volksdeutsche Flüchtlinge in den Sommermonaten 1939 aus Polen waren handfeste Zeugen für die Vorgänge jenseits der Grenze. Die internationale Presse konnte sich von diesem Sachstand überzeugen.

Keine andere souveräne Macht hätte sich eine solche Behandlung seiner Landsleute durch seinen Nachbarn gefallen lassen!

4.) Die Zahl der Überfälle polnischer Kavalleriebanden in deutschen Grenzregionen mit Zivilistenmorden und Brandschatzungen hatte im Juli/August 1939 nicht mehr hinnehmbare Ausmaße angenommen. Auch hiervon konnte sich die internationale Presse überzeugen.

5.) Mittels diplomatischer Kriegsdrohungen vom 26. März und 4. August 1939 hat Polen die Reichsregierung zum Schweigen gegenüber allen von Polen durchgeführten Aktionen ge-

(1) Udo Walendy, "Europa in Flammen 1939 - 1945", Bd. 2, Vlotho 1967.

(2) Udo Walendy, "Wahrheit für Deutschland -- Die Schuldfrage des Zweiten Weltkrieges", Vlotho 1965.

(3) Vgl. Historische Tatsachen der verschiedenen Nr. unter Verwendung der Registerhefte + David Hoggan, "Der erzwungene Krieg", Tübingen 1961.

nötigt, wollte sie keinen Krieg riskieren.

6.) Deutsche Verhandlungsbemühungen, über Großbritannien mit Polen wieder zu normalen Beziehungen zu gelangen, beantwortete die Warschauer Regierung mit am 27. August beschlossener und am 30.8.1939 verkündeter Generalmobilmachung. Eine solche bedeutete nach damaligen Völkerrechtsgrundsätzen Kriegserklärung. Der Offensivplan für die polnische Armee zum Marsch auf Berlin war der Reichsregierung bekannt, die Kriegserklärung über den polnischen Rundfunk am 31.8. nach dortiger Kenntnisnahme des Inhalts des deutschen Verhandlungsvorschlages freilich ebenfalls.

7.) Auch im August 1939 hatte die Reichsregierung weder gegenüber Polen noch anderen Staaten irgendwelche Eroberungsziele oder -pläne. Allerdings hat Adolf Hitler den festen Willen zur Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechtes für das deutsche Volk wiederholt zum Ausdruck gebracht. Allen anderen Völkern in Europa war es zugestanden. US-Präsident Woodrow Wilson zufolge sollte es die Weltordnung nach dem Ersten Weltkrieg kennzeichnen.

Der Angriffsplan gegen Polen war ausdrücklich mit der Bedrohung des Reiches durch die an der Grenze mit offensiver Zielvorstellung aufmarschierte polnische Armee begründet worden, die unter Berücksichtigung der Generalmobilmachung vom 30.8. und der übrigen Begleitumstände tatsächlich vorgelegen hat.

Das Selbstbestimmungsrecht für die Bevölkerung Danzigs oder für die den Polen unterworfenen Volksdeutschen hat die "Garantiemächte" Großbritannien und Frankreich ebenso wenig bekümmert wie den US-Präsidenten George W. Bush für die irakischen Völkerschaften.

George W. Bush forderte den Regimewechsel in Irak nicht aus demokratischen Gründen, um dem dortigen Volkswillen Rechnung zu tragen -- eine solchen Legitimation hatte er von niemandem --, sondern einzig und allein zwecks Durchsetzung der US-Präsenz im Irak. Zur Sicherstellung der dortigen Ölfquellen.

Analog haben Unruhestifter der Feindmächte Deutschlands entgegen allen demokratischen Grundsätzen die "Ver-nichtung Deutschlands", nicht nur den "Regimewechsel" gefordert, doch nicht etwa, um dem Willen des deutschen Volkes Rechnung zu tragen. Dieser war in zahlreichen freien Wahlen vor aller Welt eindrucksvoll bekundet worden.

Die Struktur der inneren Ordnung in Deutschland war innerdeutsche Angelegenheit, war ein Ergebnis zahlreicher freier Wahlen und hatte gemäß Völkerrecht keinem Ausländer ein Recht zum Eingreifen gegeben.

Sollten dennoch sich "heilige Krieger" nennende internationale "Moralisten" meinen, sie hätten sich von außen für abgewählte oder ausgeschaltete Parteien einsetzen müssen, dann wäre zu erwarten gewesen, daß sie sich schon Jahrzehnte vor dem Dritten Reich Polen und die Sowjetunion für ihren "heiligen Krieg" vorgenommen hätten. Deren diktatorische Strukturen in Verbindung mit beispiellosem Terror gegenüber der eigenen Bevölkerung konnten ihnen kaum entgangen sein. Insbesondere die Bolschewisten hätten sie angesichts deren weltweiter Brutalitäten und ihrer Kriegserklärung an alle kapitalistischen Staaten der Welt schon 1917 aufgeschreckt haben müssen. Doch dies hatte solche Leute

überhaupt nicht bekümmert. Daher war alles, was sie später von der sicheren Ostküste der USA, von der britischen Insel und Frankreich aus mit humanistisch verbrämten Parolen gegen das Dritte Reich schmetzerten, reine Heuchelei zwecks Durchsetzung ganz anderer Ziele.

Von 1933 an hatte **Adolf Hitler** im Gegensatz zu der imperialistischen Politik der vorgenannten Länder die Außenpolitik des Dritten Reiches auf Frieden und Freundschaft mit seinen Nachbarn festgelegt, wenngleich er ein von den Versailler Mächten übel zugerichtetes Erbe übernommen hatte. Selbst Polens Regierung hat **Hitlers** aufrichtigen Friedenswillen bis zur Einmischung Großbritanniens Ende Januar 1939 offen anerkannt.

Erst nach anschließenden Signalen für britischen Kriegswillen schwenkte sie auf anti-deutschen Kurs um, in der Hoffnung, mit Hilfe von London und Paris, seine weiteren – völlig aus der Luft gegriffenen! – „Territorialansprüche“ gegen Deutschland verwirklichen zu können.

Angesichts der nun erfolgten polnischen Kriegsdrohungen, Territorialansprüchen, Offensivplänen und verschärfter Verfolgung der Volksdeutschen auf der einen und Großbritannien wie auch Frankreichs vorbehaltloses Wohlwollen gegenüber allen polnischen Provokationen auf der anderen Seite mußte sich Deutschland erneut von kriegswilligen Mächten eingekreist sehen. Die zahlreichen polnischen Grenzzwischenfälle mit anschließender Generalmobilmachung am 30. August und gar erst die polnische Kriegserklärung vom 31. August erzwangen von Deutschland zur eigenen Existenzsicherung unaufschiebbare militärische Abwehrmaßnahmen gegen erkannte Kriegsentschlüsse der genannten Mächte.

Die Entsendung von US-Truppen zum Angriff gegen den Irak konnte nicht auf eine Bedrohung durch **Sadam Hussein**,

geschweige denn eine Einkreisung der USA zurückgeführt werden, noch konnte es später Dokumente geben, die Derartiges erwiesen hätten.

Zudem war der US-Angriff auf den Irak 1½ Jahre zuvor im Zusammenhang mit dem Einsturz der World-Trade-Center-Türme in New York am 11. September 2001 konzipiert worden, zu einem Zeitpunkt, als der spätere Vorwand der „Verneinungswaffen des Irak“ oder gar einer Bedrohung der USA hierdurch gar keine Rolle gespielt hatte. Auch hätten sich die Amerikaner vor einer irakischen Generalmobilmachung nicht fürchten oder besorgt sein müssen.

Daß die brd-Politiker und Publizisten im Verein mit den Führungskreisen der Weltmächte entgegen den offenkundigen historischen Tatsachen die auf Verbrechen und Alleinschuld des Dritten Reiches nebst „Ersünden-Verantwortung“ für alle künftigen Generationen des deutschen Volkes ausmündenden Umerziehungsparolen der Siegermächte von 1945 dogmatisiert haben, ist beschämend und erkennbar verlogen. Gleichermassen beschämend und unsachgemäß ist, daß sie Kritik an der Kriegspolitik des US-Präsidenten **George W. Bush** oder einen Vergleich seines Handelns mit **Adolf Hitler** sowie den Umständen, unter denen er handelte, mit opportunistisch-dümmlichen Sprüchen „empört“ abwehren.

Eine Staatengemeinschaft, die trotz eklatanter Offenkundigkeiten entgegen historisch erkennbarer Zusammenhänge ausschließliche Strafnormen für den Besiegten bereithält und anwendet, mit anderen Worten, die Deutschland weiterhin mit willkürlichen Maßstäben mißt, diskriminiert und entrechtet hält, bleibt unglaublich und kann für die Zukunft keine Friedensaufgaben bewältigen.

Frankfurter Rundschau 21. September 2005 mit den Fotos: "Im Camp X-Ray Guantanamo sind Gefangene in offenen Zellen der Witterung ausgesetzt" + "US-Militärs tragen einen afghanischen Häftling im Camp X-Ray zum Verhör – Teil eines Systems, den Willen der Gefangenen zu brechen" + "Folterbilder aus dem irakischen US-Gefängnis Abu Chraib empören im Mai 2004 die Welt" + "Entwürdigung als Methode: eine Pyramide nackter irakischer Gefangener in Abu Chraib" + "Ein maskierter, angeketteter Iraker muß in Abu Chraib auf 2 Boxen balancieren." – Berichterstatte Paul Rosenzweig für die Regierung George W. Bush, speziell für das Justiz- und Heimatschutzministerium.⁽⁵⁴⁾

"Kein Anspruch aufs Völkerrecht"

... Gegenwärtig sind etwa 540 Gefangene auf dem Stützpunkt Guantanamo Bay inhaftiert. Die Mehrzahl von ihnen sind Al-Qaeda-Kämpfer, die in den Jahren 2001 und 2002 auf den Schlachtfeldern in Afghanistan festgenommen worden sind. Es handelt sich dabei nicht um »rechtmäßige Kämpfer« im Sinne

des Völkerrechts, deswegen haben sie auch keinen Anspruch auf den Schutz internationaler Verträge. ... Juristisch betrachtet erhalten die Guantanamo-Häftlinge eine deutlich bessere Behandlung als jene Iraker, die wir nach dem ersten Golfkrieg festgenommen hatten."

US-Justizminister Alberto R. Gonzales in einem Rechtsmemorandum an Präsident Bush am 25. Januar 2002:

"Der Krieg gegen die Al Qaeda ist eine neue Form des Krieges. (...) Dieses neue Paradigma macht die strengen Genfer Einschränkungen für die Vernehmung feindlicher Gefangener obsolet und läßt einige ihrer Regelungen als überholt erscheinen."

US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld in einer Rede am 8. Februar 2002:

"Weil die Vereinigten Staaten den Genfer Konventionen eine so große Bedeutung beimessen, sehen sie Al-Qaeda-Mitglieder nicht als Subjekt dieser Vereinbarungen und weigern sich strikt, den festgenommenen Taliban den Status von Kriegsgefangenen zuzuerkennen."

⁵⁴⁾ Offizielle Foltermethoden in Israel, vergl. in *Historische Tatsachen* Nr. 70 S. 33 - 37 - Vergl. "Foltermethoden der Wehrmacht unbekannt" in *HT* Nr. 84/29 - Vergl. *HT* Nr. 98, S. 6, Fn 8) S. 4:

"im großen ganzen konnte das IKRK seine Tätigkeit für die Kriegsgefangenen in Deutschland in zufriedenstellender Weise durchführen."